

# Texte

dietz berlin

Stefanie Holuba (Hrsg.)

## Was hat Arbeit mit Leben zu tun?



Die breite Masse ist genauso träge.

Die Firma habe ich aufgebaut und bin dann ersetzt durch Leute, die vom Arbeitsamt finanziert werden.

Mir genü

Ich habe heute keine Identität, ich habe...

Arbeit ist ein Entwicklungsfaktor...lichkeit.

...ar arbeitslos

rls

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 60



Rosa-Luxemburg-Stiftung

STEFANIE HOLUBA (HRSG.)

**Was hat Arbeit  
mit Leben zu tun?**

Karl Dietz Verlag Berlin

Die vorliegenden Texte sind Ergebnis des Gesprächskreises  
»Lebenszeit – Arbeitszeit« der Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
Das Redigieren der Manuskripte lag in den Händen von Marga Voigt.

Stefanie Holuba (Hrsg.):  
Was hat Arbeit mit Leben zu tun?  
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 60)  
Berlin: Karl Dietz Verlag 2009

ISBN 978-3-320-02198-6

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2009

Satz: Elke Sadzinski

Umschlag: Heike Schmelter (unter Verwendung eines Fotos der Video-Installation »Berufung –  
Job – Maloche?« von Judith Siegmund in der Ausstellung »Hannah-Arendt-Denkraum«, Berlin 2006)

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort	7
<i>Rosalind Honig</i> Was hat Arbeit mit Leben zu tun? Bericht aus der Praxis eines eigenständigen Arbeits-Lebens-Weges	11
<i>Benno Herzog</i> Was ist Arbeit? Kulturelle, politische und ökonomische Unterschiede eines gesellschaftlichen Schlüsselbegriffes	23
<i>Dietrich Fischer</i> Öffentlich geförderte Beschäftigung	38
<i>Axel Krumrey</i> »Arbeit nur für Deutsche!« – oder wie der Arbeitsbegriff als Instrument der Ausgrenzung missbraucht wird	53
<i>Judith Siegmund</i> Arendt und Arbeit Reflexion einer interaktiven Erprobung von Arendts Begriffen des Tätigseins	71
<i>Adeline Otto</i> Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens Wider die Verwertungslogik des Menschen nach ökonomischer Nützlichkeit	85
Resümee	96
Literatur-Empfehlungen	98
Zu den Filmen	99
Zu den AutorInnen	100

»Um Arbeit für alle zu haben, muss man sie rationieren,  
wie Wasser auf einem Schiff in Not.«

*Paul Lafargue*

# Vorwort

Verehrte Leserinnen und Leser,

das Buch, das Sie in den Händen halten, will nachdenken über Arbeit. »Ja ja – Arbeit«, kann man da nicken und weiß, was gemeint ist. Das Wort Arbeit wird inflationär gebraucht, es ist zu einem großen »Alles und Nichts« geworden. Der tägliche Sprachgebrauch kennt viele Wendungen: Man geht zur Arbeit, wird zum Arbeitessen eingeladen, man arbeitet im Haushalt, verrichtet Gartenarbeit, leistet Beziehungsarbeit – Arbeit am Computer, Arbeit in der (meist häuslichen) Pflege von Kindern und Gebrechlichen, Arbeit an sich selbst, politische Arbeit, ehrenamtliche Arbeit und so weiter und so fort. Allen Formulierungen gemeinsam scheint, dass Arbeiten bedeutet, etwas stetig und regelmäßig zu verrichten, auch wenn es keinen Spaß (mehr) macht. Das Wort Beziehungsarbeit kommt beispielsweise erst dann ins Spiel, wenn die Liebe in die Jahre geraten ist. Rauschhaft verliebt würde wohl niemand auf die Idee verfallen, gemeinsame Unternehmungen und Gespräche unter dem Stichwort Beziehungsarbeit zu fassen. Verfolgt man die Herkunft des Wortes Arbeit zurück, bestätigt sich diese Deutung. »Arbeit« leitet sich vom mittelhochdeutschen *arbeit* her und bedeutet als solches ursprünglich Mühsal, Beschweris und Leiden.

Frühere Kulturen machten denn auch aus ihrer Verachtung für die Arbeit kein Hehl. Nur zu gerne überließ man diese den Sklaven oder Leibeigenen. In der Antike galt es als Allgemeinplatz, dass Arbeit den Körper verunstalte – und dies selbstverständlich auf den Geist zurückwirkt. Aristoteles meinte, dass Arbeit und Tugend sich gegenseitig ausschlossen. Nur Politik, Kunst oder Rhetorik waren eines freien Mannes (dem natürlich vor allem) würdig.

Erst mit der Industrialisierung änderte sich hierzulande die Bewertung von Arbeit. Arbeit wurde zum Lebenszweck, zum Gottes-Dienst, diente der Selbstverwirklichung, hatte Anteil an der Menschwerdung des Affen – und wurde mit Bedeutsamkeit aufgeladen. Rund um den industriearbeitenden Menschen konstituierte sich die Arbeiterbewegung mit ihren Arbeiterparteien, der lohnarbeitende Mensch bzw. Mann wurde zum zentralen Subjekt der Gewerkschaften und sozialen Sicherungssysteme.

Würden wir der Arbeit ein Museum errichten, dann gehörte diese Art der Arbeit dort hinein: Industriearbeit für die Lohn bezahlt wird. Das hat verschiedene Gründe, nur zwei seien hier genannt: Industriearbeit zieht weiter in andere Länder (irgendwo gibt es billigere Arbeitskräfte und Menschen, die dort den Gestank der Fabriken ertragen müssen), und es gibt Maschinen, die uns körperliche und stupide Arbeit abnehmen. An Letzterem ist nichts zu bedauern.



Doch ein rechtes Jubelgeschrei angesichts des Aussterbens dieser Arbeit hierzulande mag sich nicht einstellen. Der Abbau von Arbeitsplätzen, auch der von schrecklichen, wird zumeist als beängstigend und verunsichernd erlebt. Schon 1883 rechnete Paul Lafargue in seinem Buch »Recht auf Faulheit« vor: »Jede Minute der Maschine ist gleich hundert Arbeitsstunden der Arbeiterin, oder vielmehr, jede Minute Maschinenarbeit ermöglicht der Arbeiterin zehn Tage Ruhe.« Ruhe – oder auch Freistellung vom Arbeitsprozess als paradiesischer Zustand: Das klingt ebenso einleuchtend wie von der Realität entfernt.

Und was ist mit dem Schlagwort der »Ausbeutung«? Den dicken pfeiferauchenden Kapitalisten mit Melone, der die Fabrik besitzt und das Letzte aus seinen Arbeitern herauspresst, sucht man vergeblich. Er ist unsichtbar geworden. Aber dadurch umso wirksamer.

»Nicht zu spät kommen, nur nicht. Solche Angst vor dem zu spät kommen, dem nicht genügen, dem ausgetauscht werden. Von wem nur. [...] Sie lassen sich ausbeuten und würden es doch nie so nennen. Ich arbeite gern, würden sie sagen, was auch sonst. Es können ja nicht alle Selbständig sein, Künstler oder Penner, einer muss ja arbeiten. Für wen eigentlich? Für Vorstandsvorsitzende, für Manager mit Millionensalären. Ein paar Milliarden Bonus für die Mitarbeiter einer Bank, die ein paar Milliarden Minus erwirtschaftet hat. Früher nannte man das Klassenkampf. Die da oben die da unten. Heute nennt man es einfach Angestelltenverhältnis. [...] Auf die Idee, dass da irgendetwas nicht stimmt, kommt kaum einer. Auf die Idee zu demonstrieren, keiner. Auf die Idee sich nach einem Stück Kommunismus zurück zu sehen, und dieses verdammte System, das uns alle so glücklich macht und mit guten Zähnen ausstattet, kommen doch nur Chaoten. Am 1. Mai. Mit denen haben wir nichts zu tun. Wir müssen arbeiten. Gerne.« schreibt Sibylle Berg.

Wenn momentan in Deutschland über Arbeit gesprochen wird, fallen Stichworte wie Wissensgesellschaft, digitale Bohème, Prekariat, Dienstleistungsgesellschaft, lebenslanges Lernen etc. Klar ist, der Charakter der Arbeit hat sich gewandelt – aber auch unser Anspruch an sie.

Körperliche Arbeit wird unwichtiger und zunehmend zum Mythos, geistige Fähigkeiten gewinnen an Bedeutung, soziale Kompetenzen sowieso. Das macht die Erwerbsarbeit und das Arbeitsleben vordergründig angenehmer. Doch auch diese Medaille hat ihre Kehrseite. Stechuhren und Taktzeiten in der Fabrik definieren nicht nur den Beginn der Erwerbsarbeit – sie markieren auch deren Ende. Selbstbestimmte und projektgebundene Arbeitszeiten führen dazu, dass die Grenzen von Berufstätigkeit und Freizeit verwischen. Abteilungen werden aus Firmen ausgegliedert, ehemals Angestellte machen sich selbständig, die »Ich-AG« erreichte traurige Berühmtheit, FreiberuflerInnen ziehen ihr Los dem Arbeitslossein vor. Für viele ist das Selbständigsein nicht bewusste Entscheidung, sondern Flucht nach vorn mangels anderer Alternativen. Selbstausbeutung wird oftmals zur Kehrseite der Selbstverwirklichung. (Das gilt für Selbständige ebenso wie für eigen-

verantwortlich arbeitende Angestellte.) Natürlich immer in der Hoffnung auf den großen Gewinn, den großen Auftrag, bessere Zeiten.

Für die Bürgerinnen und Bürger der DDR waren die Wandlungen der Arbeitswelt eine doppelte »Wende«. Für viele von ihnen war das Ende der DDR 1990 verbunden mit dem Ende ihres bisherigen Betriebes oder der Arbeitsstelle. Dinge, die sie hergestellt hatten, wurden nicht mehr gebraucht; Lebensmittel, die sie produzierten, gab es woanders besser, billiger oder einfach nur anders; Gedanken, die sie entwickelt hatten, wirkten überflüssig. Damit einher ging ein tiefgreifender Bruch in den Biographien. Schlagartig wurden Generationen arbeitslos oder/und zu Umzuschulenden erklärt. Ihre bisherigen Qualifikationen und Erfahrungen schienen kaum etwas wert. Wer bis dato ein Lexikon verfasst hatte, durfte es nun an der Haustür verkaufen. Parallel zu dieser Entwicklung wurden die Anforderungen der Wissensgesellschaft sichtbar, denen sich natürlich die Menschen aus dem gesamten Land stellen mussten und müssen. Der Computer hielt rasant Einzug bis in den letzten Winkel des Lebens, neue Kommunikationstechniken veränderten das Zeitempfinden der Arbeitswelt, erworbenes Wissen bekam eine immer kürzere Halbwertszeit. Berufliche Orientierung ist von einer Phase am Lebensanfang zu einem immerwährenden Prozess geworden. Das birgt Chancen ebenso wie Risiken.

Eine Kultur des neuen Kapitalismus hat sich etabliert, welche den »flexiblen Menschen« als zentrales Moment hat. Jeder Arbeitnehmer erfindet sich immer wieder neu – das ist die Möglichkeit zum ständigen Neuanfang und gleichzeitig permanentes Entwerten von Lebenserfahrung. Die Arbeitsbiographie gerät zur lebenslangen Probezeit.

Wie passt das zusammen: Leben und menschenwürdig arbeiten? Wie kann man seinen Idealen nahe kommen und dennoch den Realitätsbezug wahren? Und ist das im Kapitalismus überhaupt möglich? Erwerbsarbeit bedingt bislang zwei Perspektiven: die von denen »drinnen« und von denen »draußen«. Welches Potenzial hat es, den Arbeitsbegriff weiter als bislang zu fassen?

Über diese und andere Fragen denken die AutorInnen in den folgenden Texten nach. »Was hat Arbeit mit Leben zu tun?« fragt Rosalind Honig. Die Mentorin für »Neue Arbeit – Neue Kultur« berichtet aus ihrer Praxis und gibt so einen biographischen Einstieg in das Thema. Nach der praktischen Reflexion von Arbeit folgt die theoretische: Benno Herzog untersucht kulturelle, politische und ökonomische Unterschiede des Schlüsselbegriffes Arbeit in Europa.

Arbeit als Mangel – das ist das Thema der nächsten beiden Beiträge. Dietrich Fischer beschreibt das Entstehen der öffentlich geförderten Beschäftigung als Reaktion auf Massenarbeitslosigkeit in der Weimarer Republik. Die Idee, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu fördern, verfolgt er bis in die heutige Zeit hinein.

Dass das Stichwort Arbeit in den politischen Debatten eine zentrale Rolle spielt, ist ein bekanntes Phänomen. Man denke nur an die ständig bemühten Argu-

mente, was in Deutschland Arbeitsplätze schafft, was sie vernichtet etc. pp. Arbeit wird vor allem als (verhinderte oder drohende) Arbeitslosigkeit thematisiert beziehungsweise problematisiert. Einer speziellen Art politischer Auseinandersetzung nimmt sich Axel Krumrey in seinem Text an. Er zeigt, welche Gedankengänge hinter solchem Slogan wie »Arbeit nur für Deutsche!« stehen und vor welchem Weltbild hier wer aus dem Arbeitsmarkt (respektive der Gesellschaft) ausgeschlossen werden soll.

Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht – Judith Sigmund greift diesen Gedanken von Hannah Arendt auf. Da aber das Einkommen an Arbeit geknüpft ist, entsteht das Problem von Prekarität. Prekarität meint aber nicht in erster Linie das Fehlen von ökonomischer Potenz, sondern den »Verlust der Welt« – verursacht durch Kontaktarmut und Passivität. Angesichts dieser Prekarisierung stellt sich Adeline Otto die Frage, inwieweit Einkommenssicherheit, Anerkennung, sozialer Kontakt und Selbstverwirklichung auf anderem Weg zu erreichen sind. Sie plädiert für ein bedingungsloses Grundeinkommen, das Erwerbsarbeit und Einkommen entkoppeln würde.

Danach schließt sich ein Fundus an: Die Autoren empfehlen ihre Lieblingsbücher zum Thema. Parallel zum Buch ist eine DVD mit thematischen Kurzfilmen erschienen. Der Initiator des Konzeptes von »Neue Arbeit – Neue Kultur«, Frithjof Bergmann, kommt zu Wort und ein Potsdamer Projekt wird vorgestellt, das sich seinen Ideen verbunden fühlt. In »Kleingeld« begegnen sich ein obdachloser Bettler und ein gut situierter Banker im aufstrebenden Berlin der 1990er Jahre. Der Spielfilm fragt nach dem Wert von Arbeit, in materieller, sinnstiftender und zwischenmenschlicher Hinsicht. Der Film »Handicap« ist eine Satire. Er zeigt das »leidvolle« Leben Rechtsradikaler und überlegt, ob diese mittels Arbeit zu resozialisieren wären: Hitlergrüße werden zu Wäscheständern.

Vergeblich suchen wird man im Buch die allumfassende Weltformel, was Arbeit ist und wie es idealerweise mit ihr und uns weitergeht, inklusive der Lösung aller Probleme. Es geht uns eher darum, unterschiedliche Sichtweisen produktiv zu machen. Das Buch versteht sich als Beitrag zur Diskussion – nicht als deren Ende.

Eine anregende Lektüre wünscht  
*Stefanie Holuba*

## Was hat Arbeit mit Leben zu tun?

Bericht aus der Praxis eines eigenständigen Arbeits-Lebens-Weges

»Ich kann mir nicht vorstellen, nochmal an meinen Arbeitsplatz zurückzugehen, ich halte diesen Druck und diese Fremdbestimmung nicht mehr aus! Ich kann dort nicht sein, wie ich bin. Ich passe da nicht mehr rein und kann einfach nicht mehr [...] Es müsste doch auch irgendwie anders gehen!« So oder ähnlich hört es sich an, wenn Menschen zu mir in die Beratung kommen. Sie wenden sich vom Arbeitsmarkt ab, weil sie die Verschärfung von Druck, Misstrauen, Angst und Mobbing nicht mehr ertragen wollen oder können. Dennoch bleiben sie nicht in der Resignation stecken, sondern fragen sich, wie es anders gehen könnte. Sie machen sich auf, einen eigenständigen Arbeits-Lebens-Weg zu finden und herauszufinden, was Arbeit mit *ihrem* Leben zu tun haben könnte.

### Betrachtung des aktuellen Arbeitsmarktes

Die Arbeitswelt verändert sich drastisch: Geradlinige Verläufe des Berufslebens nach dem Motto »Schule – Ausbildung – Beruf – Rente« sind kaum noch zu finden. Die Berufsbiographien werden bunter, Zeiten der Arbeitslosigkeit kommen bei immer mehr Menschen vor, und die Aussicht auf kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung ist für viele Menschen ins Utopische gerückt. In dieser Zeit des Wandels greifen die Rezepte von früher (»Wenn du fleißig bist und einen guten Abschluss machst, bekommst du auch einen guten Beruf mit anständigem Einkommen«) nicht mehr. Es ist komplizierter geworden, sich beruflich zu orientieren. Das Tempo nimmt zu und *die* Entscheidung für einen Beruf gibt es nur noch selten.

Bewerbungsleitfäden fordern Menschen außer hoher fachlicher Kompetenz eine Reihe von Fähigkeiten ab, wenn sie den Wünschen des Arbeitsmarktes gerecht werden wollen: Sie sollen zielorientiert, kommunikativ, flexibel, belastbar und mobil sein, sollen mitdenken, Verantwortung übernehmen und selbständig handeln können, Medien-, Methoden- und Sozialkompetenz sowie die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen mitbringen. Entsprechende Stellenanzeigen und die schlechten Erfolgsaussichten rauben vielen Menschen den Mut.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Frauke Hagemann: Starker Einstieg. Unterrichtsbausteine zur Berufsorientierung, Wiesbaden 2007, S. 15 ff.

Trendforschungen gehen davon aus, dass die Spannung auf dem Arbeitsmarkt eher noch zunimmt: Menschen in Vollzeitjobs müssen immer mehr und effektiver arbeiten, den »wenigen Vollzeitwerbstätigen steht ein großes Heer von Gelegenheitsarbeitern und Aushilfsjobbern, Teilzeitbeschäftigten und Arbeitnehmern auf Abruf gegenüber. [...] Arbeitnehmer in Deutschland müssen in Zukunft zu Lasten des Familienlebens permanente Flexibilität und berufliche Mobilität beweisen.«<sup>2</sup> Verständlich, dass manche Menschen einfach keine Lust oder Kraft mehr haben mitzuhalten und diesen Veränderungen der Arbeitswelt nicht mehr folgen wollen.

Gleichzeitig bieten solche Zeiten der Veränderung jedoch auch Chancen und neue Möglichkeiten. Da kurvige Lebensläufe normaler werden, wird die Angst geringer, mit einem solchen individuellen Weg etwas falsch zu machen. Lebenslaufücken oder Situationen, in denen der nächste Schritt nicht automatisch funktioniert, geben verstärkt den Anreiz, sich der eigenen Wünsche, Stärken und Schwächen bewusst zu werden und unabhängig von dem »eigentlich normalen« Weg und den Anforderungen des Arbeitsmarktes Schritte zu wagen, die ganz speziell auf die eigene Persönlichkeit zugeschnitten sind und zu ganz neuen Arbeitsformen oder Lebensweisen führen können.

Es ist aber noch nötig, Energie in das Entdecken und Umsetzen dieser Möglichkeiten zu stecken, denn man begibt sich damit in ein neues Fahrwasser jenseits des Hauptstroms. Die gängige Methode ist nach wie vor, die Menschen »fit für den Arbeitsmarkt« zu machen, da das Allheilmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach wie vor im Wirtschaftswachstum und einem darauf ausgerichteten Arbeitsmarkt gesehen wird, dem sich die Menschen unterordnen müssen.

Aber wenn man Ausschau hält, stellt man fest, dass es neue Ansätze und Herangehensweisen für berufliche Orientierung gibt. Ich selbst habe im Jahr 2004 das Konzept »Neue Arbeit – Neue Kultur« von Frithjof Bergmann kennen gelernt.

## **Neue Arbeit im Spannungsfeld zwischen Vision und Realität**

Im Kern geht es beim Konzept »Neue Arbeit – Neue Kultur« einerseits um das Herausfinden und schrittweise Umsetzen dessen, was jeder in seinem Leben »wirklich, wirklich will« und andererseits um das konkrete Ausprobieren und Umsetzen solidarökonomischer Ansätze und intelligenter Formen der Selbstversorgung, um sich unabhängiger von Lohnarbeit zu machen. Hierfür sollen »Zentren für Neue Arbeit« gegründet werden, die auch gemeinschaftliche Unternehmensgründungen ermöglichen. Dies alles vor dem Hintergrund einer »Neuen Kultur«, die auf partnerschaftlicher Zusammenarbeit basiert, auf respektvollem Umgang miteinander, nationaler und internationaler Vernetzung, ökologisch-ökonomisch-

2 Mark Hübner-Weinhold: Der Zweitjob wird zur Regel. Zehn Thesen: Welche Veränderungen der Forscher Horst W. Opaschowski bis 2020 für unser Leben prognostiziert. In: Hamburger Abendblatt, 16./17. Februar 2008, S. 59.

sozial nachhaltigem Wirtschaften sowie der Freiheit, das Leben selbst zu gestalten.<sup>3</sup>

Viele Menschen haben sich von diesem Konzept ansprechen lassen, seit über 20 Jahren reist Frithjof Bergmann herum und hält inspirierende Vorträge darüber. Im deutschsprachigen Raum wurden mehrere Projekte und Initiativen gegründet<sup>4</sup>, es gab Netzwerktreffen und viele Kontakte zu ähnlich arbeitenden Gruppen. Ein »Zentrum für Neue Arbeit« mit all den oben beschriebenen Aspekten gibt es jedoch noch nicht. Nach wie vor geht es für die meisten darum, ihren eigenen Umsetzungsweg »Neuer Arbeit« und »Neuer Kultur« zu erarbeiten.

Mich hat angesprochen, dass bei Bergmanns Konzept die Menschen zuallererst »fit für sich selbst« werden sollen, um mit dem ständigen Wandel auf dem Arbeitsmarkt souverän umgehen zu können. Ich habe an der ersten MentorInnen-Fortbildung teilgenommen, die Frithjof Bergmann 2005/2006 in Kooperation mit dem Verein *Mit Kindern wachsen*<sup>5</sup> anbot. Während dieser Zeit kristallisierte sich mein Wunsch heraus, beratend tätig zu werden und Menschen sowohl auf ihrem beruflichen Weg als auch bei Projektgründungen im Sinne »Neuer Arbeit« und »Neuer Kultur« zu unterstützen. Mitte 2006 machte ich mich als freiberufliche Mentorin selbständig. Seitdem begleite ich Menschen bei ihrer Berufs-Lebens-Gestaltung, gebe Workshops und halte Vorträge, bringe mich in das Neue-Arbeit-Netzwerk und das Netzwerk der MentorInnen ein und bin Mitbegründerin des Fundus e.V., eines offenen Werkstattprojektes in Potsdam.<sup>6</sup>

Aber natürlich ging nicht alles glatt, denn es zeigte sich relativ bald, dass es mein Lebensalltag als Teilzeit arbeitende Mutter zweier Kinder nicht hergab, parallel Aufträge zu akquirieren, Fördergelder zu beantragen, die Arbeit inhaltlich weiter zu entwickeln sowie ein unterstützendes Netzwerk aufzubauen. Nachdem zwei vielversprechende Projekte, in die ich meine Tätigkeit einbinden wollte, sich viel langsamer entwickelten als erwartet, musste ich akzeptieren, dass das weitere Umsetzen der Arbeitsform »Einzelunternehmerin« durch meine ständige Überlastung nicht dem von mir selbst propagierten menschlicheren Arbeitsleben entsprach. So leicht ging es also nicht mit meiner »Neuen Arbeit«.

In dieser Situation waren mir Erfahrungen aus meiner früheren Tätigkeit als Projektkoordinatorin von Susila Dharma – Soziale Dienste e. V.<sup>7</sup> hilfreich: wusste

3 Vgl. Frithjof Bergmann, Stella Friedland: Neue Arbeit kompakt. Vision einer selbstbestimmten Gesellschaft, Freiamt 2007.

4 [www.neuearbeit-neuekultur.de](http://www.neuearbeit-neuekultur.de)

5 [www.mit-kindern-wachsen.de/verein](http://www.mit-kindern-wachsen.de/verein)

6 Der Fundus soll sich zu einem Umfeld entwickeln, in dem Menschen solidarökonomische Ansätze praktizieren, sich gegenseitig unterstützen, Tätigkeiten ausprobieren und voneinander lernen können. Die Idee dazu entstand im Umfeld des freien Kindergarten- und Schulprojektes »Rappelkiste« ([www.aktive-schule-potsdam.de](http://www.aktive-schule-potsdam.de)) mit dem Ziel, auch für Jugendliche und Erwachsene eine anregende und entspannte Lernumgebung anzubieten, wie sie unsere Kinder dort schon täglich erleben (<http://coforum.de/?5437>).

7 Susila Dharma – Soziale Dienste e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der national und international partnerschaftlich mit Entwicklungsprojekten kooperiert und dabei viele Aspekte einer respektvollen, menschlichen, wertschätzenden Kultur der Zusammenarbeit umsetzt ([www.susiladharmade.de](http://www.susiladharmade.de)).

ich doch, dass es normal ist, dass Projekte ihre Zeit brauchen, um sich zu entwickeln – zumal solche, die auf neuen Konzepten basieren. Und dass es noch länger dauert, sich auch wirtschaftlich zu etablieren. Jetzt half mir die Geduld, das konstruktive Hinterfragen meines Vorgehens, der kritische Blick und die Fähigkeit des Perspektivwechsels, die ich bei vielen Diskussionen im Susila-Dharma-Team einüben konnte – und ich konnte mir selbst Mut machen und mich darauf hinweisen, dass es wichtig ist, auch kleine Schritte und Erfolge wertzuschätzen. Zusammen mit vielen bestärkenden Gesprächen mit den Menschen aus meinem Umfeld half mir das, mir Zeit zu nehmen, in mich hineinzuhorchen und herauszukristallisieren, welche Lernschritte vor mir lagen.

Schließlich fiel mir ein Aspekt auf, der ein grundlegender Bestandteil der »Neuen Arbeit« ist: Frithjof Bergmann geht von einer Dreiteilung der Arbeitszeit aus: ein Drittel herkömmliche Erwerbsarbeit, ein Drittel »High-Tech-Selbstversorgung« in Gemeinschaften, ein Drittel das, was man »wirklich, wirklich will«.<sup>8</sup> Und ich hatte in meiner Begeisterung versucht, nur eines davon zu leben, nur das »wirklich, wirklich Gewollte«, denn der Fundus als solidarökonomisches Projekt war noch längst nicht so weit, dass er ausreichende Möglichkeiten zur Selbstversorgung bot. Da hatte ich wohl noch etwas zu lernen und begann, von Grund auf zu überprüfen, wie ich tatsächlich mein eigenes Berufsleben gestalten wollte – schön auf dem Boden der Realität, ohne jedoch meine Ideale aus den Augen zu verlieren.

So bin ich zu meinem eigenen Beispiel für Berufsorientierung im Sinne »Neuer Arbeit« und »Neuer Kultur« geworden, entwickelte Schritt für Schritt mein Vorgehen, musste dabei auch Rückschläge hinnehmen, konnte meine Erfahrungen jedoch immer in Lernschritte umwandeln, die mich weiter gebracht haben und natürlich auch in meine Beratungsarbeit einfließen.

Auch im Neue-Arbeit-Netzwerk ging es teilweise drunter und drüber. Es gelang uns nicht, mit den weit verstreuten Mitgliedern konstruktiv per E-Mail zusammen zu arbeiten, wir kommunizierten aneinander vorbei, Emotionen und Inhalt liefen durcheinander und führten zu vielen unschönen Missverständnissen. Dies hat meine Freude, mich für das Netzwerk zu engagieren, zunächst ziemlich gedämpft. War das hier nicht ein Netzwerk für »Neue Arbeit« und »Neue Kultur«?! Dann hat mich dieses Erlebnis jedoch herausgefordert: Ich wusste doch, dass es auch Menschen mit unterschiedlichen Meinungen, Hintergründen und Erfahrungen möglich ist, gut und produktiv zusammen zu arbeiten – ich hatte es in verschiedenen Zusammenhängen erlebt. Allerdings ist dazu, außer regelmäßigen Treffen, die Bereitschaft der Mitglieder zu konstruktiver Kritik, wertschätzender Kommunikation und einem grundsätzlichen gegenseitigen Wohlwollen notwendig. Solch eine Kultur der Zusammenarbeit ist nicht selbstverständlich, sondern will offensichtlich eingeübt werden.

8 Vgl. Bergmann, Friedland: Neue Arbeit kompakt, S. 43.

Und das Konzept »Neue Arbeit – Neue Kultur« birgt eine weitere Herausforderung: Es gibt keine Anleitung, wie es konkret umzusetzen ist. Jeder ist auf sich selbst zurückgeworfen, muss seine eigene, persönliche Form »Neuer Arbeit« und »Neuer Kultur« entwickeln, was einerseits oft länger dauert, andererseits aber die große Chance bietet, die Ideen in vielfältiger Weise in die Realität umzusetzen. Bei einem solchen Prozess stößt man immer wieder an eigene Grenzen und ist aufgefordert, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Geduld, Anerkennung von Ideen, Träumen, Stärken und Schwächen, Ehrlichkeit mit sich selbst und die Wertschätzung der anderen mit ihren jeweils eigenen Geschichten tragen dabei zur Umsetzung einer »Neuen Kultur« bei.

### **»Neue Kultur« wirklich leben!**

Aus diesen Erfahrungen, aus meiner Beratungsarbeit und weil ich immer wieder auf meine eigenen Grenzen stieß, schälte sich mein jetziger Arbeitsschwerpunkt zur »Neuen Kultur« heraus: Mir geht es darum, ein partnerschaftliches Miteinander in unserer Gesellschaft zu fördern, das die bisher vorherrschenden Aspekte wie Konkurrenzdenken, Misstrauen, angst- und druckgeleitetes Handeln nach und nach ersetzen kann.

Schon als Studentin hatte ich mich mit gesellschaftlichen Konzepten beschäftigt, die zu dem Prinzip des Neuen Denkens passen, das seit den 1980er Jahren (z. B. Vester oder Capra) propagiert wird: Dabei geht es u. a. darum, für eine Entwicklung der gesellschaftlichen Kultur

- rein lineares durch prozesshaftes Vorgehen zu ersetzen,
- die Konzentration auf Ziele durch eine Betonung des Weges zu ergänzen,
- vom polarisierenden, technokratischen Denken zu integrativem, systemischem und vernetztem Denken und Handeln zu gelangen.

Von der Haltung her passt auch das Konzept »Neue Arbeit – Neue Kultur« zu diesen Prinzipien.

Aus dem im vorigen Abschnitt Gesagten ergeben sich weitere Punkte, die für eine »Neue Kultur« wichtig sind:

- Geduld,
- gegenseitiges Wohlwollen, konstruktive Kritik, gewaltfreie Kommunikation,
- Wertschätzung von Wünschen, Ideen und Träumen,
- Ehrlichkeit mit sich selbst und anderen,
- Wertschätzung von Unterschiedlichkeit (auch und gerade der Meinungen) einschließlich des Lernpotenzials, das darin liegt,
- Fokus auf den gemeinsamen Nenner, so klein er auch sein mag: Was ist das *gemeinsame* Ziel – bei aller Unterschiedlichkeit der Herangehensweisen? Wo kann man sich ergänzen, wo muss man sich einigen, was kann parallel laufen?



- Bereitschaft zu einem gemeinsamen Lernprozess, zum Perspektivwechsel, zur Horizonterweiterung,
- Bereitschaft zur Selbstreflexion/zur Übernahme der Verantwortung für das eigene Sein und Handeln, wozu sowohl das Annehmen eigener Schwächen und Ängste, als auch eigener Stärken gehört.

Weitere Aspekte entnehme ich einem Zielsystem für nachhaltige Entwicklung.<sup>9</sup> Es geht hier um gesellschaftliche Prinzipien, die das Menschliche in den Vordergrund rücken:

- Fehlerfreundlichkeit, eine Fehler-Lernkultur,
- Entschleunigung der Lebensprozesse,
- die Lebensnähe von Entscheidungswegen,
- der verantwortliche Umgang mit Geld, Nutzen der Möglichkeiten von Tauschringen, Regionalwährungen und ähnlichen Konzepten,
- das Nutzen (nicht lediglich Tolerieren) von Vielfalt – sowohl interkulturelle Vielfalt als auch unterschiedliche Herangehensweisen innerhalb desselben Kulturraums.

Diese Sammlung ließe sich sicherlich noch fortsetzen – es gibt eine Reihe von Gruppen, Projekten, Ansätzen und Konzepten, die alle auf ihre Weise eine Neue Kultur umsetzen. Ich selbst habe beispielsweise das pädagogische Konzept der Nichtdirektivität von Rebeca und Mauricio Wild<sup>10</sup>, den Ansatz partizipativer Projektentwicklung »Planning for Real«<sup>11</sup> und die Entwicklungshilfearbeit von Susila Dharma – Soziale Dienste e. V.<sup>12</sup> genauer kennengelernt und dabei festgestellt, dass diesen so unterschiedlichen Arbeitsfeldern eine Grundhaltung den Menschen gegenüber gemeinsam ist. »Neue Kultur« geht vom Menschen aus, Freiheit wird hier nicht als »grenzenloser Raum«, sondern als die Möglichkeit verstanden, im Einklang mit sich selbst zu handeln.<sup>13</sup>

Diese Grundhaltung, die genauso auch im Arbeitsleben umgesetzt werden kann, umfasst den Respekt vor den individuellen Bedürfnissen, dem Wissen und den Fähigkeiten der beteiligten Menschen.<sup>14</sup> Dazu die Geduld, sich auf gemeinsame Lern- und Kooperationsprozesse einzulassen, deren Ergebnisse nicht unbedingt vorhersehbar sind und das Schaffen einer Umgebung, in der eben diese Prozesse geschehen können. Hierarchische Strukturen werden in einer Weise gewandelt, dass Führungspersonen nicht mehr Leiter sind, die alles bestimmen,

9 Vgl. Projektgruppe TU Berlin: Nachhaltige Regionalentwicklung. Unveröffentlichter Projektbericht, Berlin 1997, S. 41 ff.

10 Vgl. z. B. Rebeca Wild: Erziehung zum Sein. Erfahrungsbericht einer aktiven Schule, Heidelberg 1986 oder die Arbeit der »Rappelkiste« ([www.aktive-schule-potsdam.de](http://www.aktive-schule-potsdam.de)).

11 Vgl. Tony Gibson: The Power in Our Hands. Neighbourhood based – World shaking, Charlbury/Oxfordshire 1996.

12 Vgl. Susila Dharma – Soziale Dienste e.V. (Hrsg.): Durch Partnerschaft wachsen. Grundsätze und Erfahrungen partnerschaftlicher Zusammenarbeit, Hamburg 2006.

13 Vgl. Frithjof Bergmann: Die Freiheit leben, Freiamt 2005, S. 73-91.

14 Vgl. Rosalind Honig: Nichtdirektive Planung. Verbesserte Umsetzung partizipativer Projektentwicklung in Deutschland durch ein pädagogisches Konzept. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Berlin 2000, S. 92 f.

sondern eher moderierende, organisierende, ermöglichende Begleiter des gemeinsamen Arbeits-prozesses.<sup>15</sup> Partnerschaftliche Kooperation tritt gleichwertig neben (manchmal ja auch hilfreiches) Konkurrenzdenken. Vertrauen, Achtsamkeit und Konfliktfähigkeit ersetzen Misstrauen und Kontrolle. Fehlerfreundliche Prozesse ermöglichen es, optimal angepasste Lösungswege auszuprobieren und die Lernkultur hilft allen Beteiligten, sich zu entwickeln und Erfahrungen zu sammeln. Ich bin überzeugt, dass viele Projekte und Arbeitsprozesse sich leichter und besser umsetzen ließen, wenn während ihrer Entwicklung außer dem Inhalt auch eine solche »Neue Kultur« in den Blick genommen würde. Das trüge im Übrigen auch zu mehr Spaß und Genuss bei der ganzen Sache bei.

Eine offene und wertschätzende Kommunikation der beteiligten Menschen untereinander ist dabei von zentraler Bedeutung. Konkrete Anknüpfungspunkte, um dies zu üben, bietet z. B. Marshall B. Rosenberg mit seinem Konzept »Gewaltfreie Kommunikation«.<sup>16</sup>

Wenn es schon so viele Erkenntnisse und Möglichkeiten in dieser Richtung gibt – warum hört sich das alles so schön an, wird jedoch nicht einfach und selbstverständlich gelebt? Wieso gibt es trotz vieler Inseln, wo »Neue Kultur« längst umgesetzt wird, kein Übergreifen einer solchen Haltung auf den »Mainstream«?

## **Zur Geschichte der politischen Kultur in Deutschland**

In einer Analyse, warum Verfahren, die den Prinzipien der Neuen Kultur entsprechen, nicht so leicht funktionieren, habe ich mich ausführlicher mit der deutschen politischen Kultur auseinandergesetzt.<sup>17</sup> Sie ist eine der Grenzen, auf die man immer wieder stößt, wenn man versucht, Wege jenseits traditioneller Pfade zu gehen:

In Deutschland hatte sich, v. a. in Preußen, ein konservativ-autoritäres Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft herausgebildet, das sich durch alle deutschen Staatsformen bis zum Dritten Reich gehalten hat. »Ob konservativ oder faschistisch, in jedem Falle siegte das Prinzip von Befehl und Gehorsam [...] und hat in Deutschland zur Ausbildung einer Untertanenkultur geführt [...]«<sup>18</sup>

Martin Greiffenhagen nennt fünf Merkmale, die den deutschen Obrigkeitsstaat charakterisieren, von denen ich hier zwei herausgreifen will<sup>19</sup>:

- Die prinzipielle Unterscheidung von Staat und Gesellschaft:

In Deutschland waren nur Regierung und Verwaltung politisch tätig, die Gesellschaft hatte sich politischer Tätigkeit weitgehend zu enthalten. Dabei wur-

15 Vgl. hier auch das Konzept »Serving Leaders« in Ken Jennings, John Stahl-Wert: *Serving Leaders. Führen heißt dienen*, Offenbach 2004.

16 Vgl. Marshall B. Rosenberg: *Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens*, Paderborn 2007.

17 Vgl. Honig: *Nichtdirektive Planung*, S. 50 ff.

18 Martin Greiffenhagen: *Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie: Die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Peter Reichel (Hrsg.): *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*. Frankfurt a. Main/New York 1984, S. 54.

19 Vgl. ebenda.

den zur Gesellschaft nicht nur Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Vereinsleben und Familie, sondern zunächst auch die Parteien gezählt.

- Die politischen Tugenden des Untertanen:

Die Bürger als Untertanen mussten absolute Folgebereitschaft gegenüber staatlicher Autorität sowie das Eingeständnis zeigen, selbst inkompetent in politischen Fragen zu sein und sich daher nicht in solche einzumischen.

In England dagegen hatte der Staat während der Industrialisierung einen geringeren Stellenwert, dort konnte sich eine »Zivilkultur« entwickeln. »Zivil ist diese Kultur in dem Sinne, dass sie nach Möglichkeit stets ›zivile‹ Lösungen an Stelle von ›staatlichen‹ Lösungen gesucht hat, um den gesellschaftlichen Frieden zu sichern.«<sup>20</sup> Unabdingbare Voraussetzung für eine Zivilkultur wie im früheren England ist die Existenz eines Gesellschaftsvertrauens, also der Annahme, dass man seinen Mitmenschen grundsätzlich vertrauen kann.<sup>21</sup>

Die weitere Entwicklung der deutschen<sup>22</sup> politischen Kultur seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt, dass sie einem drastischen Wandel unterliegt, der sich von Generation zu Generation mehr von der obrigkeitlichen Tradition entfernt. Meinungsforschungen belegen immer höhere Werte zugunsten einer demokratischen Einstellung der Bevölkerung, auch wenn noch in den 1970er Jahren Basisinitiativen oder alternative Gruppen eher als »Störenfriede« galten und politisches Engagement häufig noch als suspekt angesehen wurde.<sup>23</sup> Das alte Verständnis vom Staat, der agiert und der Bevölkerung, die folgt, sitzt jedoch auch heute noch tief in den Köpfen und macht es sehr schwierig, eine »Neue Kultur« zu leben. So gibt es viele Vorschriften, die das Engagement von Initiativen erschweren, aber auch viele Bürger, die erwarten, dass es »der Staat schon richtet«. Aus dieser Quelle stammt die Tendenz, Verantwortung lieber abzugeben und auch das tiefe Misstrauen oder Unverständnis, das einem so häufig noch entgegenschlägt, wenn man es wagt, unkonventionelle, individuelle Wege zu gehen.

Darüber hinaus hat die obrigkeitliche Tradition über die persönlichen Familiengeschichten und entsprechende automatisierte Verhaltensmuster weitreichenden Einfluss in das Verhalten Einzelner, was umso dramatischer sein kann, je weniger man sich solche Muster bewusst macht. Jürgen Müller-Hohagen hat entsprechende Verhaltensweisen in Bezug auf Nachwirkungen des Nationalsozialismus bis heute analysiert und stellt fest, wie wichtig es ist, »bei der Suche nach Bedingungen seelischer Störungen systematisch auch solche aus dem gesellschaftlich-historischen Bereich für möglich zu halten, vermittelt natürlich immer über individuelle Erfahrungen.«<sup>24</sup> Ängste, Misstrauen, das Gefühl sich unterordnen oder

20 Karl Rohe: Großbritannien: Krise einer Zivilkultur? In: Peter Reichel (Hrsg.): Politische Kultur in Westeuropa, S. 175.

21 Vgl. ebenda.

22 Hier beziehe ich mich auf die Entwicklung in Westdeutschland.

23 Vgl. Greiffenhagen: Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie, S. 54.

24 Jürgen Müller-Hohagen: Verleugnet, verdrängt, verschwiegen. Seelische Nachwirkungen der NS-Zeit und Wege zu ihrer Überwindung, München 2005, S. 151.

Macht durch Unterdrückung ausüben zu müssen, Minderwertigkeitsgefühle oder mangelnde Konfliktfähigkeit können hier ihren Ursprung haben. »Die Humanität einer Gesellschaft bestimmt sich wesentlich nach dem, wie in ihr mit Angst umgegangen wird.«<sup>25</sup> Fast jeder kennt unterschwellige Ängste, zum Beispiel die Angst, etwas »falsch« zu machen, wenn man es »anders« macht. In der obrigkeitlichen Tradition wurde man für das Abweichen von der Norm teilweise sehr hart bestraft.

Obrigkeitliches Verhalten ist bei vielen ins Unbewusste übergegangen und macht sich hintergründig und auf unerwartete Weise gerade in Situationen bemerkbar, in denen man an seine Grenzen kommt. Plötzlich legt man aus einer Überforderung heraus Verhaltensweisen an den Tag, die man doch eigentlich immer abgelehnt hat. Viele Mütter und Väter können ein Lied davon singen, wenn es um die Erziehung ihrer eigenen Kinder geht. Und es braucht eine bewusste und ehrliche Auseinandersetzung jedes Einzelnen mit diesem Thema, wenn es nicht zu einem Fallstrick auf dem eigenständigen Weg werden soll.

## **Spannungsfelder der eigenständigen Arbeits-Lebens-Gestaltung**

Um Menschen auf einem eigenständigen Arbeits-Lebens-Weg zu unterstützen, ist es also notwendig, das Erbe der obrigkeitlichen Tradition sowie die Möglichkeiten einer »Neuen Kultur« ins Bewusstsein zu rücken.

Unsere Gesellschaft befindet sich derzeit in einer ambivalenten Situation: Einerseits bestehen noch die dominanten, alten Strukturen, andererseits gibt es immer mehr Entwicklungen, die sich von diesen Strukturen lösen und neue Wege gesellschaftlichen Handelns aufzeigen. Hiervon wird das alte System zunehmend infiltriert und ändert sich – zwar langsam, aber stetig. Lukas Willhauck stellt diese Ambivalenz in Anlehnung an Habermas als ein Spannungsfeld zwischen Lebenswelt und System dar<sup>26</sup>: Auf der einen Seite steht das System, über das mit formalen Regeln, Strukturen und mit Kontrolle versucht wird, das gesellschaftliche Leben zu organisieren, auf der anderen Seite die Lebenswelt, in der konkrete Situationen mit ihren jeweiligen Problemen und Potenzialen im Vordergrund stehen, auf die spontan, bedürfnis- und interessenpezifisch reagiert wird. Früher war das System der alles entscheidende Faktor, heute bekommen die Bedürfnisse und Interessen aus der Lebenswelt zunehmend Gewicht, was sich in neuen Organisations- und Entscheidungsformen ausdrückt. Dabei kann der Grad dieser Entwicklung – das Verhältnis zwischen »alt« und »neu« – nicht klar ermittelt werden, jedoch kann weder der weiter bestehende Einfluss des alten, noch der hinzugekommene Einfluss des neuen Denkens und Handelns geleugnet werden – beides besteht parallel zueinander.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 190.

<sup>26</sup> Vgl. Lukas Willhauck: Partizipatorische Planung als politische Kultur. Chancen für neue Formen politischen Handelns im Spannungsfeld von Lebenswelt und politisch-administrativem System. In: Beiträge zur Kulturgeschichte der Natur, Bd. 7, Berlin 1997, S. 35 f.

Für die eigenständige Arbeits-Lebens-Gestaltung bedeutet dies, dass es wichtig, aber auch möglich ist, Gleichgesinnte zu finden oder Menschen in ähnlichen Lebenssituationen, mit denen man sich austauschen, sich gegenseitig bestärken und unterstützen kann. Das ist der Grund, warum MentorInnen der »Neuen Arbeit« und »Neuen Kultur« zusätzlich zur individuellen Begleitung Einzelner auch die Entwicklung von Projekten, Gemeinschaften und Netzwerken unterstützen, die für Menschen auf kurvigen Lebenswegen als sicherndes und bestärkendes Umfeld dienen können. Wir arbeiten daran, Beratungsansätze zu entwickeln, die der neuen Situation am Arbeitsmarkt gerecht werden. Ansätze, die vom einzelnen Menschen und seinen Möglichkeiten ausgehen, ohne die aktuelle Situation der Arbeitswelt sowie die ambivalente gesellschaftliche Situation aus den Augen zu verlieren. Es geht darum, nicht nur punktuell beratend zu unterstützen, sondern auch die Umsetzung der erarbeiteten Schritte zu begleiten. Wir halten es für wichtig, integrativ an die Arbeitsmarktproblematik heranzugehen und beziehen sowohl die persönlichen als auch die gesellschaftlich-kulturellen Aspekte mit ein.

Dabei sind die Aus- oder Fortbildungen der MentorInnen ganz unterschiedlich: Gestaltarbeit, Biographiearbeit, Berufsnavigation, systemische Arbeit, prozessorientierte Psychologie, Wishcraft und ähnliche – meist in Kombination mit anderen »fachfremden« Berufen, die in die individuelle Begleitung je nach Situation einfließen. Nicht die konkrete Methode, sondern die Haltung bei der Arbeit ist entscheidend. Es ist noch Praxisarbeit notwendig, um die Ansätze und die dazugehörige Haltung grundsätzlicher auszuarbeiten, zu erproben und Netzwerke weiterzuentwickeln, durch die mehr Menschen auf dem Weg ihrer eigenständigen Arbeits-Lebens-Gestaltung unterstützt werden können. Hierzu haben wir eine MentorInnen-Akademie gegründet, die einen Rahmen für regelmäßige Treffen bietet. MentorInnen der »Neuen Arbeit« und »Neuen Kultur« sowie Coaches und BeraterInnen, die ihre Arbeit um die Prinzipien der »Neuen Arbeit« und »Neuen Kultur« erweitern möchten, sollen hier eine Anlauf-, Austausch- und Weiterbildungsmöglichkeit erhalten, sie ist also unser eigenes unterstützendes Projekt. Außerdem wollen wir uns über die Akademie mit anderen Gruppen vernetzen, die ebenfalls Menschen und Projekte im Sinne einer »Neuen Kultur« fördern.

Die Spannungsfelder, in denen sich die Arbeit zur Unterstützung einer eigenständigen Arbeits-Lebens-Gestaltung bewegt, können so beschrieben werden:

- Das Spannungsfeld zwischen persönlichen *Wünschen und Ideen* und der ganz praktischen, konkreten, individuell passenden Realisierung aus der aktuellen, oft problematischen Situation heraus. Hierzu gehört auch die Wertschätzung ganz kleiner Schritte und Erfolge, die den *Tatsachen der Realität* (wie z. B. der Notwendigkeit einer Grundsicherung) Rechnung tragen, ohne die Ideale aus den Augen zu verlieren.
- Das Spannungsfeld zwischen *traditionell etabliertem Vorgehen* und der Möglichkeit, *neue Wege* auszuprobieren. Dies in einer Gesellschaft, die sich immer schneller entwickelt, aber nach wie vor das Ausscheren aus traditionellen Bah-

nen skeptisch beäugt. Hierbei geht es auch um ein respektvolles Umgehen mit eigenen Ängsten und Blockaden und darum, die eigene Intuition und das Gefühl neben dem Verstand wieder bewusst in die Entscheidungsfindung einzu beziehen. Hierdurch wird das Kennenlernen der eigenen Schwächen und Stärken sowie das *Vertrauen in sich selbst* gefördert. Dies gegenüber den ebenso starken *Stimmen des Massenbewusstseins*, die laut »ja, aber« oder »das war doch schon immer so, da kann man nichts ändern« sagen und Ängste verstärken, etwas falsch zu machen.

- Das Spannungsfeld zwischen vermeintlich *gegensätzlichen Vorgehensweisen*. Es geht jedoch um die *Verbindung* fehlerfreundlichen Vorgehens mit planbaren Ergebnissen, die *Verbindung* sogenannter harter Fakten mit weichen Qualitäten, die *Verbindung* linearer, zielorientierter Methoden mit prozessualen, systemischen Herangehensweisen. *Gegenseitige Ergänzung* und ein Ausnutzen der Vielfalt an Möglichkeiten bergen das größte Potenzial. Es geht um partnerschaftliche Strukturen und ebenso um das Etablieren gleichwürdiger Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher Geschlechter, Kulturen, sozialer Hintergründe, Altersgruppen – und mit unterschiedlichen Berufsbiographien. Und auch um das Finden und Nutzen der vermeintlich gegensätzlichen Anteile in sich selbst.
- Das Spannungsfeld durch den großen *Beratungsbedarf vieler Menschen*, der häufig zu Gruppenangeboten führt und wenig Zeit lässt für die eigentlich notwendige *individuelle Begleitung*. Alle Formen der Begleitung sollen dem Empowerment von Menschen dienen, die sich dem aktuell vorherrschenden Druck des Arbeitsmarktes nicht mehr anpassen wollen oder können. Wir bestärken sie, ihre individuelle Umgangsweise mit der Arbeitsmarktsituation zu entwickeln und einen eigenständigen Weg zu gehen – eingebunden in unser großes Netzwerk nützlicher Kontakte.
- Das Spannungsfeld zwischen der persönlichen *Lebenssituation* und der *beruflichen Herausforderung*. Dazu gehört die Klärung der Bedeutung des Begriffs »Arbeit« für das eigene Leben, das Herausfinden des persönlich passenden Maßes an Aktivität und Entspannung, an Familienzeit und Arbeitszeit oder einer sinnvollen Verbindung von beidem, eine persönlich angepasste Arbeitsorganisation, das Finden von ArbeitgeberInnen, Gruppen, Projekten, Gemeinschaften, die das persönliche Vorgehen fördern.

## Am Ziel?

»Für jedes komplexe Problem gibt es eine Lösung, die kurz, einfach und falsch ist.«<sup>27</sup>

Die Ausgangsfrage »Was hat Arbeit mit Leben zu tun?« ist nur individuell zu beantworten, das haben die vorherigen Abschnitte gezeigt. Zunächst geht es um

<sup>27</sup> Henry L. Mencken, zitiert in Honig, 2000, S. 91.

eine Begriffsklärung: Was ist »Arbeit« überhaupt? Außer Erwerbsarbeit, Hausarbeit und ehrenamtlichem Engagement gibt es unendlich viele Möglichkeiten des Tätigseins. Wenn man nicht unreflektiert dem Diktat des Arbeitsmarktes folgen, sondern einen eigenständigen Weg finden möchte, ist es notwendig, zuerst Prioritäten für das eigene Leben zu setzen und daraufhin festzustellen, welchen Stellenwert »Arbeit« und »Geldverdienen« darin haben sollen. Suche ich den alles erfüllenden Traumjob? Oder einfach eine Geldquelle? Es geht darum, die eigene Arbeits-Lebens-Gestaltung als Ganzes zu betrachten, sich das eigene Leben einmal ganz genau anzuschauen und die Ist-Situation zu vergleichen mit dem, was man »eigentlich« gerne möchte. Danach werden Möglichkeiten herausgearbeitet, in der aktuellen Realität – mit all ihren Schwierigkeiten – dennoch erste Schritte zu dem wirklich Gewollten zu gehen und sich so auf das Ziel hin zu bewegen.

Gleichzeitig – und das ist die zweite Schlussfolgerung – darf man das Thema nicht losgelöst von dem gesellschaftlichen Kontext betrachten, in dem wir uns bewegen. Es ist notwendig, sich darüber klar zu sein, wie der Begriff »Arbeit« in unserer Gesellschaft belegt ist – vom glorifizierten Statussymbol »Arbeitsplatz« bis zur »Pflichterfüllung« im Haushalt ist vieles möglich. Außerdem ist es hilfreich, sich der geschichtlichen Entwicklung unserer politischen Kultur bewusst zu sein, um auf dem eigenständigen Weg nicht zu resignieren, der hierdurch erschwert werden kann, sondern gezielt diejenigen Menschen, Projekte und Konzepte zu suchen, die unterstützend wirken können.

Durch Bekanntmachen und Erzählen, dass man sich dem aktuellen Druck des Arbeitsmarktes nicht mehr aussetzen möchte, dass man einen anderen, stimmigeren, schöneren Arbeits-Lebens-Weg sucht, können Gleichgesinnte davon erfahren. So ist es möglich, Projekte zu finden, die zu einem passen und Gruppen, die eine »Neue Kultur« voranbringen – und dieses Netzwerk wächst.

## Was ist Arbeit?

Kulturelle, politische und ökonomische Unterschiede  
eines gesellschaftlichen Schlüsselbegriffes

Kaum eine gesellschaftspolitische Debatte kommt heutzutage ohne den Rückgriff auf Arbeit aus. Ob es um Verteilungsgerechtigkeit geht oder um gesellschaftliche und persönliche Wertschätzung, um Chancengleichheit, ökonomische Rahmenbedingungen oder Finanzkrise, stets wird in einem oder anderen Moment auf die Arbeit zurückgegriffen. Daher verwundert es auch nicht, dass Arbeit in den Sozialwissenschaften ganz allgemein und auch in linken Bewegungszusammenhängen als Schlüsselbegriff zum Verständnis gesellschaftlicher Verhältnisse verwendet wird.

Dieser Schlüsselrolle steht allerdings entgegen, dass nicht immer dasselbe gemeint ist, wenn über Arbeit gesprochen wird. Arbeit ist je nach Kontext Beitrag zur persönlichen Freude, Fundament des Reichtums der Nationen, Waffe zur Befreiung der Unterdrückten, Ausdruck religiöser Spiritualität, Garant von Autonomie und Freiheit, patriotische Tugend, ökonomische Notwendigkeit, Spaß und vieles mehr. Schon diese kurze Aufzählung verdeutlicht, dass es »den« Arbeitsbegriff nicht gibt. Allerdings ist die jeweils gewählte Bedeutung nicht zufällig oder der persönlichen Willkür unterstellt. Der ökonomische, soziale und kulturelle Kontext entscheidet oft über die spezifische Bedeutung des Arbeitsbegriffes. Bedeutungsinhalte sind in vielen Fällen gerade keine Selbstverständlichkeiten, obwohl sie von den Betroffenen als solche wahrgenommen und folglich auch nicht hinterfragt werden.

Im Folgenden wird der Hintergrund verschiedener Konnotationen des Arbeitsbegriffes beleuchtet. Der Verweis auf Unterschiede in Europa und entlang der Zeitachse verdeutlicht die Vielfalt des Arbeitsbegriffes und schärft den Blick für die feinen Unterschiede und die latent kommunizierten Selbstverständlichkeiten, wenn Menschen über Arbeit sprechen. Dabei erhebt der Text keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit – im Gegenteil: Die Auswahl der untersuchten Aspekte und regionalen Besonderheiten kann deutlich erweitert werden. Das Ziel ist es vielmehr, durch den Verweis auf Unterschiede, die historische Zufälligkeit oder Bedingtheit des eigenen Arbeitsverständnisses zu hinterfragen. Der Arbeitsbegriff in Deutschland steht dabei im Mittelpunkt der Darstellung. Der Methode des permanenten Vergleichs folgend, wird in jedem Abschnitt mit dem Verweis auf Alternativen innerhalb Europas (und hier besonders Englands und Spaniens), die Nicht-Selbstverständlichkeit der eigenen Diskursgeschichte herausgearbeitet.



In einem ersten Schritt wird die Rolle der Religion mit ihren Auswirkungen auf die Vorstellung zur Arbeit herausgestellt. Da sich die Darstellung auf die in Europa dominanten Arbeitsbegriffe beschränkt, werden hier vor allem der Katholizismus und zwei Arten des Protestantismus vorgestellt. In einem zweiten Teil stehen politische Aspekte, allen voran die Rolle des Bürgertums und sein Einfluss auf die Konnotation von Arbeit im Mittelpunkt. Im dritten und letzten Teil geht es dann um die ökonomischen Aspekte des Arbeitsbegriffes, also um die Frage, wie unterschiedliche ökonomische Gestaltungen des Kapitalismus die Wahrnehmung der Arbeit beeinflussen.

Die Darstellung ist so gewählt, dass sie sowohl drei unterschiedliche Ebenen (Religion, Politik, Ökonomie) herausarbeitet, als auch eine historische Linie darstellt. Hatte vor einem halben Jahrtausend noch die Religion die Deutungshoheit über gesellschaftliche Prozesse, so wurde diese im 18. Jahrhundert mehr und mehr von der (nationalen) Politik abgelöst. Und schließlich erleben wir in den letzten 150 Jahren wie die Ökonomie eigene Ansprüche und Wertvorstellungen teils still, teils offen vorträgt. Es sollen bei diesen drei Aspekten sowohl Verbindungslinien, historische Kontinuitäten, als auch Friktionen zu erkennen gegeben werden.

## **Religion: Arbeit und geistliches Wohl – Einheit oder getrennte Sphären?**

Die Welt des Glaubens mit ihren Regeln und moralischen Imperativen wirkt stets auch auf den Arbeitsalltag der Gläubigen ein. Religion stellt dabei einerseits Anforderungen an das Verhalten des Einzelnen und hilft andererseits die soziale Wirklichkeit zu interpretieren. Doch auch die religiösen Schriften selbst rufen dabei oft unterschiedliche Interpretation hervor. Bei der christlichen Religion kann in Bezug auf Arbeitsvorstellung auch vor der Aufspaltung in verschiedene Konfessionen nicht von einer kohärenten Botschaft gesprochen werden.

Bereits im Alten Testament finden sich zwei verschiedene Aspekte des Arbeitsbegriffes wieder: Mit der Vertreibung aus dem Paradies wurde den Menschen Arbeit als Strafe auferlegt. Mühsal und Last prägen diesen Aspekt der harten körperlichen Arbeit. Doch man findet hier auch durchaus das Gegenbild: Arbeit als göttähnliches, schöpferisches Bepflanzen, Bebauen und Bewahren fand entgegen der Vorstellung des Paradieses als arbeitsfreier Existenz bereits vor der Vertreibung aus dem Paradies statt (Gen. 2, 15).

Da das Werk und Leben Jesu eher auf das Jenseits gerichtet war, finden sich im Neuen Testament keine Aussagen Jesu, die sich direkt mit dem Phänomen der Arbeit beschäftigen. Als Schlüsselszene kann jedoch die Vertreibung der Händler aus dem Tempel gelesen werden. Handel, also profane Tätigkeit, wurde als Entweihung der Heiligen Stätte verstanden und musste von dieser getrennt geschehen. Mit der Geburt des Christentums werden somit Aspekte des Arbeitslebens

von der Religion getrennt. Das alltägliche Arbeiten war für das Seelenheil bestenfalls wertneutral. Handel – und hier besonders der Geld- und Zwischenhandel – galten aber als bedenklich, waren sie doch stets von der Gefahr des Wuchervorwurfs begleitet. Auch wurde die Gefahr gesehen, dass Arbeit zu Habgier und Verschwendung verleitet. Seelenheil, so die allgemein verbreitete Rezeption, konnte nicht über Arbeit, sondern nur über die Hinwendung zum Heiligen und zu guten Werken erlangt werden. Dennoch bot Arbeit neben der Notwendigkeit seinen Lebensunterhalt zu schaffen auch eine Chance für das Seelenheil: Wenn Arbeit nicht auf Besitz, sondern auf Geld für die Caritas zielte, hatte sie durchaus auch ihre Funktion für das Jenseitsstreben. Außerdem zügelte Arbeit die Begierlichkeiten und galt als Heilmittel gegen Müßiggang.<sup>28</sup>

Bis zum Vorabend der Neuzeit bedeutete Arbeit für die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung körperliche Anstrengung, Mühe und Plage. Auch wenn es durchaus Ansätze gab, Arbeit als gottähnliche Schöpfung, Schaffung von Möglichkeiten zum Almosengeben etc. positiv zu konnotieren, so war die alltägliche, schwere Arbeit doch nicht nur wegen der damit verbundenen Anstrengungen negativ besetzt. Auch die soziale Situation der Arbeitenden war in der Regel die der Abhängigkeit und sozialen Minderberechtigung. Die moralische Entwicklung des Menschen und die Erlangung des Seelenheils waren eher mit kontemplativen Tätigkeiten verbunden, und wem es der Stand erlaubte, der zog diese selbstverständlich der Arbeit, verstanden als körperliche Tätigkeit, vor.

Mit Luther änderte sich die Bewertung der alltäglichen Arbeit in den lutherischen Regionen Europas so grundlegend, dass hier von der Entstehung einer neuen Arbeitsethik gesprochen werden kann. Neu bei Luther ist vor allem die Begründung der Arbeitspflicht, da er Arbeit als *eine Pflicht des einzelnen Menschen direkt gegenüber Gott* versteht. Luther stellte somit eine unmittelbare Verbindung des Einzelnen, Arbeitenden zu Gott her, wobei Arbeit selbst zu einem Medium dieser Verbindung wird. Diese neuartige Begründung schlägt sich auch in Luthers Berufsbegriff nieder, dem er durch seine Bibelübersetzung zu weiter Verbreitung verhalf. Die Mönche, die bis dahin den Berufsbegriff für sich okkupiert hatten, da sie meinten als Einzige einer Berufung zu folgen, haben laut Luther gerade keinen Beruf. Dem Ruf Christi müsse *in der Welt* geantwortet, Tugenden nur in der Welt geübt werden.<sup>29</sup> Den Gedanken, durch einzelne gute Werke sein Seelenheil sichern zu können, kritisierte Luther als Werkheiligkeit. Nach Luthers Vorstellung hat Gott jedem Einzelnen ein Stück Arbeit zugewiesen, durch dessen Erfüllung der Mensch als Handlanger Gottes zugleich seine Pflicht gegenüber den Mitmenschen erfüllt.<sup>30</sup> Profane Tätigkeiten bekamen nun die Würde eines Gottesdienstes und da Arbeit Gottesdienst war, konnte sie auch nie mit Verdruss getan werden, sondern war fröhlicher Dienst an Gott und dem Nächsten.

28 Vgl. Andreas Pawlas: Die lutherische Berufs- und Wirtschaftsethik: eine Einführung, Neukirchen-Vluyn 2000, S. 41.

29 Vgl. Max Weber: Die Protestantische Ethik I – Eine Aufsatzsammlung, Gütersloh 2000, S. 344.

30 Vgl. Pawlas: Die lutherische Berufs- und Wirtschaftsethik, S. 59.

Hier entwickelte sich zum ersten Mal der Gedanke der *Arbeitsfreude*, also die Vorstellung, dass nicht nur das Ergebnis, das Werk, der geistige Lohn, die Bezahlung oder der gesellschaftliche Nutzen der Arbeit nachträglich Sinn und dadurch vermittelt Freude bereitet, sondern dass die Arbeitstätigkeit selbst Freude bereithält.

Doch einfach nur tätig zu sein reichte nicht aus, sich seines Gnadenstandes zu versichern. Entscheidend war *die Art und Weise, wie die Arbeit ausgeführt wurde*. Diese soll in Demut, Gehorsam und vor allem im Glauben verrichtet werden. Christen sollen nach Luther nur auf die Arbeit selbst sehen und nicht auf deren Ertrag, denn die Frucht der Arbeit, also sowohl der sichtbare Ertrag als auch besonders die Gewährung der Gnade Gottes, hängt allein vom Glauben ab. Gott will demnach, dass der Mensch arbeitet, er will aber nicht, dass der Mensch glaubt, die Arbeit sei es, die ihn erhält.

Im Calvinismus hingegen – und hier kann die Entwicklung in England als beispielhaft gelten – war der Gedanke der Treue zur Arbeit von weit geringerer Bedeutung. Im Gegenteil: Ein Berufswechsel war (auch mehrmals im Leben) durchaus angesehen, wenn damit die Chance auf einen größeren ökonomischen Erfolg verbunden war. Dies lässt sich auf die calvinistische Prädestinationslehre zurückführen, welche besagt, dass das Schicksal der Seele des Einzelnen im Jenseits vorherbestimmt und nicht, wie im Katholizismus durch eine tugendhafte Lebensführung, bzw. Buße und Ablass, positiv beeinflussbar sei. Weltlicher (ökonomischer) Erfolg galt als Beweis der Gnadenwahl, war also lediglich Mittel zur Beantwortung der drängenden Frage nach dem eigenen Status vor Gott. Durch Leistung, Berufsarbeit, verbunden mit asketischer Selbstkontrolle, sollte die Gnadenwahl als weltlicher Erfolg sichtbar gemacht werden. Während man also bei Luther die Versöhnung mit Gott im Diesseits *fühlen* wollte, so konnte man im Calvinismus seine jenseitige Seeligkeit *wissen*, da der sichtbare Erfolg als Beweis des Gnadenstandes galt.<sup>31</sup>

Diese unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Protestantismus blieben nicht ohne Folgen. Das Luthertum regte dazu an, permanent selbst zu überprüfen, wie man seine Tätigkeiten ausführte und da es auf die Art und Weise ankam, wie eine Arbeit verrichtet wurde, konnten deutsche Autoren die deutsche Arbeit von dem »asketischen, alles durchdringenden Arbeitsethos« der Engländer abgrenzen. Ihm fehle die typisch deutsche »Gemütlichkeit und Natürlichkeit«. Deutsche Arbeit wurde als tiefer, urwüchsiger, authentischer empfunden und von der Arbeit des bloßen Gelderwerbs willen und ohne inneren Wert positiv unterschieden. Im calvinistischen England hingegen führte die Rationalisierung der Lebensführung zu einem starken ökonomischen Aufschwung. Die Bedeutung der Arbeit stieg, allerdings nicht als Wert an sich, sondern lediglich als Mittel zum Zweck.

31 Vgl. Weber: Die Protestantische Ethik, S. 151.

In den folgenden Jahrhunderten blieb die Tatsache, dass Arbeit im Protestantismus eine sozial hoch akzeptierte Tätigkeit war, nicht ohne Folgen. Arbeit wurde als Heilmittel gegen Krankheit, Armut und Kriminalität gesehen. Krankheiten wurden nun weniger als Schicksal oder Strafe Gottes gesehen, sondern eher als Folge von Faulheit.<sup>32</sup> Folglich konnte das Handauflegen eines Königs oder Kerzenaufstellen und Beten für einen Heiligen (wie in katholischen Gegenden noch heute gängige Praxis) nicht mehr helfen. Bettler wurden von nützlichen, weil dem Seelenheil des Spenders zuträglichen, Almosenempfängern in zu erziehende Faulpelze umcodiert. Durch die Arbeitspflicht sollte ihnen tugendhaftes Verhalten beigebracht werden.

Als Folge speziell des Luthertums kann die Verbreitung des Berufsgedankens gesehen werden. Noch heute verweist »Beruf«, anders als beispielsweise »Job«, auf einen engen Zusammenhang von Arbeit und Persönlichkeit. Das Berufsmotiv löste sich dabei in den Jahrhunderten nach Luther langsam von dem Gedanken von Gott zu etwas berufen zu sein. Da aber Arbeit eine stark gefühlsmäßige, sinnvolle Tätigkeit war, durch die sich das eigene Sein ausdrücken ließ, verlagerte sich der Ursprung der Berufung von Gott mehr und mehr in das (gedanklich neu entstehende) Individuum und wirkte auch da weiter, wo Menschen nicht mehr an den evangelischen Ansatz gebunden waren. Durch den Berufungsgedanken entwickelte sich Arbeit in lutherisch geprägten Regionen von einem Zwang zum Überleben zu einer moralischen Pflicht und zu einem Sinngebungsmoment. Diese starke Betonung des Sinns einer *Arbeits*tätigkeit (nicht zu verwechseln mit dem eher im Calvinismus verbreiteten Motiv des *Arbeitsergebnisses*) und der daraus resultierenden *Arbeitsfreude* sind weder im Calvinismus noch im Katholizismus zu beobachten.

Der Katholizismus in Europa verfolgte die ursprüngliche, christliche Linie trotz der Reformationsbewegung weitgehend weiter. Katholische ökonomische Lehren, wie diejenigen der bedeutenden *Escuela de Salamanca* in Spanien, die in etwa zeitgleich zu der Reformationsbewegung entstanden und deren Ideen noch heute einen Grundpfeiler des katholischen Ökonomieverständnisses bilden<sup>33</sup>, versuchten zwar Antworten auf moralische und ökonomische Fragen zu geben, sprachen dabei aber der Arbeit weder einen moralischen Wert noch einen Wert für die Ökonomie zu. Preise, Löhne oder Wert der Produkte wurden in ihren Vorstellungen niemals auf Arbeit zurückgeführt.

Auch in den auf die Entstehung der protestantischen Herausforderung folgenden Jahrhunderten reagierte die katholische Kirche oft nur halbherzig auf die neuen Bewegungen mit ihrer Höherbewertung der Arbeit und die relative Rückständigkeit vieler katholischer Gebiete. Noch heute existiert für den lutherischen

32 Vgl. Holger Schatz, Andrea Woeldike: Freiheit und Wahn deutscher Arbeit, Münster 2001, S. 19.

33 Vgl. hierzu auch Alejandro Chafuen: Economía y ética – Raíces cristianas de la economía de libre mercado, Madrid 1991 und Fabián Estapé Rodríguez: Revalorización de la escolástica en la formación del pensamiento económico. In: Anales de la Real Academia de Ciencias Morales y Políticas, Nr. 73, Madrid 1996.

Berufsbegriff in den romanischen Sprachen oft keine adäquate Übersetzung. Arbeit oder Beruf bekamen *keinen* moralischen Stellenwert. Über den moralischen Wert der einzelnen Handlung entschied oftmals die Intention. Es bestand zudem noch die Möglichkeit, sich durch das Sakrament der Beichte und nachfolgender Buße seiner Sünden zu entledigen. Die katholische Kirche betrachtete die Entwicklung in vielen protestantischen Ländern mit großer Skepsis, widersprach doch die Verwandlung der Arbeit von einer »Last« zur »Lust« und zum Garanten des persönlichen Wohlstandes oder gar zur Selbstbestätigung der katholischen Vorstellung von der Mühsal, in welche Gott die sündigen Menschen gestellt habe.<sup>34</sup> Auch verneinte die katholische Kirche Arbeit als Grundlage persönlichen Reichtums und sozialen Aufstiegs. Lange Zeit hing sie daher den Vorstellungen eines mittelalterlichen Ständestaates nach, worin sie wiederum der Ansicht Luthers deutlich näher stand als derjenigen Calvins.

Mit ihrer, im Gegensatz zum Protestantismus, starken Trennung von Geist und Materie, von Transzendenz, wirklichem Sein und Nähe zu Gott auf der einen Seite und weltlichem Besitz, Haben, aber auch Arbeit auf der anderen Seite bleibt die Rolle der Arbeit im Katholizismus fast ausschließlich auf den weltlichen Bereich beschränkt. Arbeit galt also als weltliche Notwendigkeit, um den Lebensunterhalt zu sichern, als instrumentelles Handeln, dessen Sinn und Ziel der Mensch (nicht Gott) ist.

Durch dieses Verschließen der Arbeit gegenüber transzendentalen Vorstellungen wird es schwieriger, den Arbeitsbegriff mit anderen abstrakten Vorstellungen wie Nation, Selbstverwirklichung, Menschwerdung etc. zu füllen. Arbeit bleibt ganz selbstverständlich eine Notwendigkeit. Eine Öffnung für geistig-moralische Ansprüche *der Arbeit selbst*, wie es Luther gelang, bleibt beim Katholizismus ausgeschlossen. *Arbeit als Instrument oder Mittel* hingegen ist im Katholizismus durchaus mit moralischen Ansprüchen verknüpft. So kann auf der einen Seite die Zielbestimmung der Arbeit moralisch begründet werden, auf der anderen Seite wird diesem Ziel als »bloßem« weltlichem Bedürfnis ein Teil der Dringlichkeit genommen.

## **Politik: Arbeit adelt – Das Bürgertum und der Arbeitsbegriff**

Die Emanzipation des Bürgertums in Europa führte dazu, dass auf vielen Gebieten eigene Vorstellungen entwickelt wurden, welche sich teilweise direkt gegen die alten Machthaber aus Adel und Klerus richteten. Ein eigenständiger bürgerlicher Arbeitsbegriff begann sich zuerst von England her zu formieren. Francis Bacon (1561-1626) gilt als einer der ersten bürgerlichen Ökonomen. Da Ökonomie (ganz im calvinistischen Sinne) von Moral nicht zu trennen war, legte er eine *Moral der Nützlichkeit*, basierend auf rational-technischem Wissen, Arbeit und der damit verbundenen Produktivität vor.

34 Vgl. Schatz, Weoldike: Freiheit und Wahn, S. 53.

Hier entsteht erstmals der uns heute so selbstverständliche Begriff der Arbeit als abstrakte, verschiedene Tätigkeiten zusammenfassende Bezeichnung. Erst mit ihrer begrifflichen Entstehung wird abstrakte Arbeit formbar. Sie wird gleichsam geöffnet und es wird Raum geschaffen für viele verschiedene Deutungen und Füllungen des Arbeitsbegriffes, die überhaupt nicht möglich wären, wenn weiterhin selbstverständlich davon ausgegangen würde, dass Arbeiten so unterschiedlich sind, dass man von Arbeit nicht abstrakt sprechen kann. In diesem historisch ersten Fall ist es also die Nützlichkeit, die alle Arbeiten miteinander verbindet und die Voraussetzung schafft, allgemein von Arbeit zu reden.

1690 veröffentlichte John Locke seine »Two Treatise on Government«, worin er den Zusammenhang von Macht, Reichtum, Eigentum und Arbeit herstellte. Gehörten vorher Arbeit und Armut ganz selbstverständlich zusammen, galt nun Arbeit erstens ökonomisch als Grund für Reichtum und zweitens rechtsphilosophisch als Grund für Eigentum.<sup>35</sup> Jetzt ist es die Arbeit, die der Natur die Dinge bringt, die Recht und Eigentum schafft und damit zum Quell des Besitzes wird.

Mit der Höherbewertung von Arbeit und der Vorstellung eines Zusammenhanges von Arbeit und Nützlichkeit, Arbeit und Reichtum, Arbeit und gesellschaftlichem Fortschritt, aber besonders auch Macht und Arbeit, konnte das Bürgertum seine Ansprüche an staatliche Führungspositionen gegen den nicht-arbeitenden Adel moralisch und ökonomisch begründen. Dieser schien nun nicht mehr zur Führung bestimmt und moralisch höher stehend, sondern als das genaue Gegenteil der Arbeit: unnützlich, Reichtum und gesellschaftlichen Fortschritt hemmend und zunehmend machtloser. Die Betonung des Leistungswillens des Bürgertums gegen das Geburtsprivileg des Adels, die Bejahung von Arbeit als Wert, die Überzeugung, dass sich Anstrengung auch im Diesseits lohnt, sowie der Glaube an Fortschritt und sozialen Aufstieg, nehmen im englischen Bürgertum ihren Anfang.

Der Einfluss bürgerlicher Arbeitsvorstellungen breitete sich durch die Teilhabe an oder die Übernahme der politischen Macht durch das Bürgertum von England her über Frankreich auch bis nach Deutschland aus, traf dort aber mit dem spezifisch deutschen Idealismus zusammen, der dem Arbeitsbegriff eine andere Schattierung verlieh.

In Deutschland sah Johann Gottlieb Fichte Arbeit anthropologisch als dem Menschen zugehörige Möglichkeit, der Freiheit Ausdruck zu verleihen. »Die Natur hat die Menschen [...] zur Freiheit bestimmt, d. i. zur Tätigkeit.«<sup>36</sup> Dieser Satz reflektiert alle drei Grundkategorien des idealistischen Arbeitsbegriffes: Arbeit als überindividuelle, *natürliche* Kategorie, welche die Bestimmung des Menschen ausmacht, Arbeit als *Entwicklung* zur menschlichen Freiheit und Arbeit als *Tätigkeit* allgemeiner Art. Wirkliches menschliches Leben drückte sich demnach nur

35 Vgl. Johannes Schnarrer: Arbeit und Wertewandel im postmodernen Deutschland: eine historische, ethisch-systematische Studie zum Berufs- und Arbeitsethos, Hamburg 1996, S. 87 f.

36 Johann Gottlieb Fichte, zit. nach: Werner Conze: Arbeit. In: Otto Brunner et al.: Geschichtliche Grundbegriffe – Historisches Lexikon zur politisch sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1973, S. 184.

noch in Tätigkeit aus, die Arbeit wird von einer Last zur Lust, ähnlich wie dies schon bei Luther anklang. Nur diesmal ist die Lust nicht religiös begründet, sondern es handelt sich um eine Lust am Menschsein.

In Schillers Gedicht von der Glocke beschreibt dieser eindrucksvoll diese Gemeinschaft der fröhlich Schaffenden, die an anschaulicher Arbeit teilhaben: »Arbeit ist des Bürgers Zierde / Segen seiner Mühe Preis.« Dieser Arbeitsbegriff hat sich nicht nur weiter von dem Gedanken der Arbeit als Schande entfernt – wie bereits bei Luther – sondern auch die Vorstellung von Demut bei der Arbeit ist verschwunden. Als »Zierde« wird Arbeit im weltlichen Leben verstanden. Der Idealismus bezeugte nicht nur das Verblassen der Kraft des Erlösungsversprechens bei gut getaner Arbeit, er wandte sich auch gleichzeitig gegen den »englischen Materialismus«. Nicht das Materielle ist der Lohn der Arbeit, sondern die Freude an der Menschwerdung durch das konkrete Ergebnis und den Arbeitsprozess selbst.

Arbeit als geistige (Hegel) und allgemein menschliche Entwicklung, bei der es auf das *Wie* der Tätigkeit und die dahinter stehende »Idee« ankommt, war ein wichtiger Faktor menschlicher Sinngebung. Der lutherische Gedanke der Arbeitsamkeit war hier gleichsam aufgehoben. Von seiner religiösen Vorstellung als Mittel zum Seelenheil entkleidet, wurde er weitergeführt zur Arbeitsamkeit als persönliche Lust und weltlicher Zweck, aber auch Mittel zur menschlichen Entwicklung.

Doch mit der *Arbeitsamkeit* brachte der deutsche Idealismus noch zwei verwandte Schlüsselkategorien zum Verständnis deutscher Arbeitsvorstellungen zum Ausdruck: *Arbeitsfreude* und *Arbeitskraft*.

Arbeitsfreude ist ein Aspekt der Arbeit, der nirgends so betont wird und wurde wie in Deutschland.<sup>37</sup> Dies lag vor allem daran, dass in der langen Tradition der Aufmerksamkeit auf das *Wie* des Arbeitsprozesses selbst, diese Tätigkeit und nicht nur das Ergebnis zum lustvollen Sinngebungsmoment wurde. Allerdings bestand ein offensichtlicher Zwiespalt zwischen der kreativen und intellektuell stimulierenden Arbeit als Ausdruck von Freiheit, die als sozial wertvoll und persönlich erfüllend dargestellt wurde, wie es die idealistischen Poeten taten, und dem Arbeitsalltag gerade in der Frühzeit der Industriearbeit, der als mechanisch und unpersönlich empfunden wurde und geradezu eine Zerstörung höherer Werte darstellte. Statt aber in der Philosophie der Realität soweit Rechnung zu tragen, der (Industrie-)Arbeit für die persönliche Entwicklung eher negative Attribute zubescheinigen, wurde in einer einmaligen intellektuellen Kraftanstrengung versucht, mit dem Konzept der Arbeitsfreude die Realität der Idee anzupassen. Das Konzept der Entfremdung und der Kampf gegen entfremdende Arbeitsbedingungen kann in dieser philosophischen Tradition verstanden werden als der Anspruch, das Versprechen auf Freude und Erfüllung im Arbeitsprozess aufrechtzuerhalten.

37 Vgl. Joan Campbell: *Joy in work, German work – The national debate 1800-1945*, Princeton/New Jersey 1989.

38 Vgl. Richard Biernacki: *The Fabrication of Labor – Germany and Britain 1640-1914*, Berkeley/Los Angeles/London 1995, S. 266.

Die Vorstellung von *Arbeitskraft* ist ebenfalls ein spezifisch deutsches Phänomen. Auch wenn der Begriff selbst erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts auftaucht, war die Vorstellung davon bereits vorher Allgemeingut. Deutschland war 1776 das erste Land, in dem Adam Smiths »Wealth of Nations« als Übersetzung erschien, also jenes Buch, in welchem Arbeit als abstrakter Begriff benutzt und als Quelle allen Reichtums gefeiert wird. Doch in Deutschland wurde dieses Buch nicht verstanden.<sup>38</sup> Deutsche Übersetzer hatten große Probleme, die in dem Werk vorkommenden abstrakten Kategorien wie »demand for labour«, welche Arbeit als Ware ansehen, zu übersetzen, weil diese in der deutschen Vorstellung gar nicht existierten. Als »Nachfrage nach Arbeitern« wurden diese Ideen schließlich dem deutschen Vorstellungsrahmen angepasst und die Ware Arbeit als sichtbare Tätigkeit oder in den Arbeitern liegende Kraft umgedeutet. In der deutschen Rezeption machte die Quelle der Kraft Arbeit miteinander vergleichbar und nicht der Austausch.<sup>39</sup>

Die englischen bürgerlichen Ökonomen verstanden Arbeit nie als eine rein individuelle Kategorie, bezogen sie immer auf die Gesellschaft und den Staat und nannten sich folgerichtig Nationalökonomien. Während der Französischen Revolution wurde der dritte Stand, weil produktiv tätig, zur ganzen Nation erhoben und damit die ökonomische Verbindung von Arbeit und Nation politisiert. Arbeit wurde also in der bürgerlichen Ideologie stets mit der Nation in Verbindung gebracht und es war ein erklärtes Ziel der europäischen bürgerlichen Bewegungen die Nation von unproduktiven und als parasitär bezeichneten Elementen zu befreien, worunter sie auch den Adel verstanden.

Die Beziehung von Adel und Bürgertum in Deutschland weist, im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten, die Besonderheit auf, dass der deutsche Adel lange Zeit einflussreicher war und zudem stärker an militärischen Werten orientiert war als an höfischen. Durch die zentrale Lage Deutschlands mit besonders häufigen militärischen Konflikten wurde »dem Wert des Kriegers der Vorrang vor denen des Höflings eingeräumt.«<sup>40</sup> Kriegerische Werte, die auch für das alltägliche Leben galten, waren zum Beispiel Ehre, Mut, Pflicht, Gehorsam, Disziplin, Loyalität oder Ordnung.

Das deutsche Bürgertum schaffte es dabei nie, diesen militärischen Tugenden eigene, selbstbewusste Vorstellungen entgegenzusetzen. Die deutsche Einheit 1871, die aufgrund eines militärischen Sieges zustande kam, stärkte die Position des Militäradels, dessen Vorstellungen große Auswirkungen auf das deutsche Arbeitsethos hatten. Die oben beschriebenen militärischen Werte flossen in das bürgerliche Arbeitsethos mit ein, wobei vor allem liberale und bildungsbürgerliche Vorstellungen wie die Betonung von geistiger, autonomer bzw. »zweckfreier« Ar-

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. Norbert Elias: Studien über die Deutschen, Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. Main 1990, S. 85.



beit an Einfluss verloren.<sup>41</sup> Pflicht, Gehorsam, Loyalität und Ordnung bestimmten nun das Bild des Arbeiters, am prägnantesten formuliert von Bismarck mit seinem Ausspruch vom »Soldat der Arbeit«. Auch Formulierungen wie »sich hoch dienen« statt »hoch arbeiten« bezeugen die Vermischung der bürgerlichen und militärischen Auffassung, in der eine Statusverbesserung durchaus möglich war, diese aber nicht mit dem bürgerlichen Begriff der Arbeit, sondern mit der aus dem Militärischen und Aristokratischen kommenden Formulierung des Dienens in Verbindung gebracht wurde.

Während im 19. Jahrhundert in England und Frankreich selbstbewusste Arbeitsvorstellungen dem Adel entgegengesetzt wurden und in Deutschland militärische Werte Einfluss auf die Arbeitsethik gewannen, sah das Bild in den Randgebieten Europas mit einem ebenfalls schwachen Bürgertum nochmals anders aus. Als ein Beispiel soll hier die Situation in Spanien vorgestellt werden.

Im 18. Jahrhundert machte der spanische Adel aufgrund der hohen Anzahl *Hidalgos* (Junker/Edelmänner), der untersten Stufe in der Adelshierarchie, im Durchschnitt 10 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.<sup>42</sup> Viele arme *Hidalgos* immigrierten vom Norden in den Süden und heirateten dort oft Partner aus dem reichen Bürgertum. Dies führte zu einer starken Veradelung im Habitus der auf diese Weise Geadelten. Das ohnehin schwache spanische Bürgertum wurde in den Folgejahren weiter geschwächt, da ein Teil durch die ökonomischen Krisen proletariisiert wurde, während ein anderer Teil in den Adelsstand aufrückte. Aus Angst ebenfalls abzurutschen, orientierte sich das verbleibende Bürgertum am Adel.

Auch die ökonomischen Theorien dieser Zeit ließen keinen Widerspruch gegen den Adel erkennen, sie kamen nicht aus dem Bürgertum, sondern waren wesentlich von der *Escuela de Salamanca* beeinflusst und sahen den Adel als nützlichen Teil der Gesellschaft, da er durch Regierung, Rechtsprechung und Verteidigung des Landes sinnvolle Aufgaben auch für die ökonomische Entwicklung liefere.

Das »Agrarbürgertum«, welches Land gekauft hatte, aber dennoch nicht den Sprung in den Adelsstand schaffte, erschwerte das Aufkommen eines »echten« Bürgertums. Die Anpassung dieser Teile des reichen Bürgertums an den Adel führte bald zu einer »neuen Aristokratie«, die den Luxus des Adels nachahmte und versuchte von Renten zu leben.<sup>43</sup> Es entstand der bürgerliche *Caballero*, eine Art Gentleman oder Kavalier, der sich elegant verhält und sich damit brüstet, nicht zu arbeiten. Doch nicht nur das Bürgertum veradelte, sondern auch der Adel verbürgerlichte zunehmend und sah sich aus ökonomischen Gründen gezwungen, wirtschaftlich stärker tätig zu werden. Auf diese Weise entstand vor allem auch in sozio-ökonomischer Hinsicht eine recht homogene Gemeinschaft von Bürgertum und Aristokratie, die sich u. a. durch eine Geringschätzung der Arbeit auszeich-

41 Vgl. Conze: Arbeit, S. 191.

42 Zur genaueren Zusammensetzung der spanischen Gesellschaft dieser Zeit vgl. Antonio Dominguez Ortiz: *Historia Universal – Edad Moderna*, Barcelona 1983, S. 207.

43 Vgl. Mikel Aizpuru, Antonio Rivera: *Manuel de historia social del trabajo*, Madrid 1994, S. 137.

nete. Dies also zu einer Zeit, in der besonders in Frankreich und England Arbeit als Kampfbegriff des Bürgertums gegen den Adel verwendet wurde.

Im 19. Jahrhundert schließlich gewann das Bürgertum an Macht und Einfluss, spürte aber andererseits, dass die politisch erwachenden unteren Klassen sich mit dem Erreichten nicht zufrieden gaben. So schwankte das spanische Bürgertum zwischen Republik und Monarchie und wurde nicht zur treibenden Kraft, wie in vielen anderen Staaten, sondern verhielt sich in weiten Teilen noch konservativer, um der Gefahr eines sozialistischen oder anarchistischen Umsturzes entgegenzuwirken.

## **Ökonomie: Ware Arbeit – Mythenbildung in Kapitalismen**

Mit dem aufkommenden Kapitalismus verändert sich nicht nur die Arbeit, sondern auch die soziale Deutung derselben. Arbeit wurde mehr und mehr in den kapitalistischen Rationalisierungsprozess mit einbezogen. Nun berechneten Manufaktur- und Fabrikherren durch die Produktion für den Markt nicht erst nachträglich, im Rahmen des Tausches, den Wert des Produktes, sondern sie kalkulierten direkt mit der Arbeit als Wert bildendem Faktor.

Der Wert von Waren und Arbeit ist dabei aber eine *gesellschaftlich Größe*, welche von den jeweiligen historischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängt. Der Wert der Arbeit und der Produkte drückt sich also nur scheinbar objektiv in Lohn und Preis aus.<sup>44</sup> Das für den Produzenten Undurchschaubare und damit Geheimnisvolle der Ware besteht also darin, dass sie den Menschen ihre Arbeit, die durch gesellschaftliche Verhältnisse geprägt ist, zurückspiegeln als eine Natürlichkeit der Ware selbst, als stofflich konkretes Ding mit einem als natürlich empfundenen Preis. Arbeit ist daher nicht nur gemeinschaftliche Stoffumformung, sondern sie ist gesellschaftlich in einem zusätzlichen Sinn, indem sie als quasi objektives Mittel gesellschaftliche Beziehungen und gesellschaftlichen Reichtum vermittelt.

Ebenfalls mystifizierend kann die abstrahierende Kraft des Marktes wirken, welcher von der stofflichen Beschaffenheit eines Produkts absieht, d. h. es bleibt für den Gewinn der Fabrikherren ohne Interesse, welche Waren produziert werden, solange sie sich auf dem Markt veräußern lassen. Somit verschwindet auch die besondere Form der Arbeit für den Wert bildenden Prozess. Übrig bleibt eine »gespenstische Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit« (Marx). Der Abstraktion des Wertes der Arbeit von dem konkreten Endprodukt scheint aber die Ware als Vergegenständlichung des Gebrauchswerts in seiner konkreten Nützlichkeit und der Natürlichkeit des Materials entgegenzustehen.

44 Vgl. u. a. Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 53 ff.

Der Charakter von Macht und Gewalt der Waren produzierenden Gesellschaft schlägt dem Arbeiter erst entgegen, wenn er mit seinem scheinbar objektiv bemessenen Lohn als Konsument auf die scheinbar objektiv bemessenen Preise trifft und feststellt, dass zwischen durch verausgabte Arbeitskraft begründeten Konsumanspruch und den Konsummöglichkeiten in der kapitalistischen Gesellschaft eine Lücke klafft. Ausbeutung erscheint somit nicht in der Produktions-, sondern erst in der Zirkulationssphäre, was zu einer einseitigen Ablehnung der Zirkulationssphäre führen kann.<sup>45</sup> In dem Moment, in dem lediglich die Erscheinungsform des Kapitalismus erblickt wird, wird das ihm zu Grunde liegende gesellschaftliche Verhältnis notwendig mystifiziert.

Die Gegenüberstellung von konkret und abstrakt, also von stofflich erfahrbarem Produkt und sinnvoller Tätigkeit einerseits und austauschbarer Arbeit und abstrakter Herrschaft andererseits, lässt auch den Arbeitsbegriff nicht unberührt. Während die Produktion als konkret wahrgenommen wird, erscheint die Zirkulationssphäre als Teil der abstrakten Herrschaft. Eine ablehnende Haltung gegenüber allem Abstrakten und der Zirkulationssphäre, also gegenüber dem Handel, insbesondere dem Handel mit Geld, kann die Folge sein. Im Gegenzug wird auf der anderen Seite Arbeit als konkret, natürlich, nützlich, Wert bildend und produktiv aufgewertet.

Doch nicht nur die innere Logik des Kapitalismus prägt die Sichtweise der Arbeit, auch die jeweilige Organisationsform wirkt auf die Deutungsschemata ein und sorgt, durch einen teils schleichenden Sozialisationsprozess, für die sensitiv-motorische Loslösung der Arbeiter von den vorkapitalistischen Arbeitsbedingungen.

Neben einer beruflich-fachlichen Qualifikation sollten Arbeiter vor allem normative Qualifikationen mitbringen. Als innere Kontrollen oder Arbeitstugenden handelt es sich hier um *regulative Normen* wie Fleiß, Pünktlichkeit oder auch Sparsamkeit, zweitens um *Kontrollnormen*, also die Akzeptanz von Status- und Einkommensungleichheit, von Hierarchie und Konkurrenz und eine Motivation zu Leistung. Drittens können hier *gesellschaftliche Normen* genannt werden, wie die grundsätzliche Legitimation betrieblicher Macht, also die soziale Deutung des Arbeitsprozesses in einem für den Fabrikherren akzeptablen Rahmen.<sup>46</sup> Wie gesagt, diese normativen Voraussetzungen *sollten* aus der Sicht des Fabrikherren mitgebracht werden, aber gerade zu Beginn der Industrialisierung erfolgte diese Art der Sozialisation oft erst später im Betrieb und mit viel äußerem Zwang, bis ein allmählicher Internalisierungsprozess diese offensichtliche Gewalt überflüssig machte.

Max Weber zeigte auf, dass Kapitalismus keineswegs »Entfesselung« von blindem Erwerbstrieb bedeutet, sondern dass, ganz im Gegenteil, Kapitalismus oft gerade dessen Bändigung und rationale Temperierung darstellt. Der Arbeiter muss sich der Arbeit verpflichtet fühlen, er muss rational rechnen und sich in Selbstbeherrschung bzw. Sparsamkeit üben. An dieser Stelle soll nur interessieren, dass am

45 Vgl. Schatz, Woeldike: Freiheit und Wahn, S. 35 ff.

46 Vgl. Otto Neuloh: Arbeits- und Berufssoziologie, Berlin 1973, S. 256 f.

Ende dieses Rationalisierungsschubes der inneren Natur des Arbeiters, dessen Einstellung zur Arbeit und damit auch seine Vorstellung von der Arbeit sich grundlegend verändert hat. Es stellt sich ein Pflichtgefühl gegenüber der Arbeit ein, Stolz auf die eigene Arbeitsleistung, die sich mit emotionaler Selbstbeherrschung und berechnender Rationalität verbindet. Auch wenn eine komplette Anpassung an den Arbeitsprozess im Sinne der Arbeitgeber nie stattfand und es immer wieder zu Unmutsäußerungen, Streiks oder gar Revolutionsversuchen kam, wandten sich die Arbeiter stets eher gegen die Arbeits- oder Besitzverhältnisse als gegen regulative Normen wie Fleiß, Pünktlichkeit oder Sparsamkeit. Nicht-Arbeit erscheint nicht mehr als erstrebenswerte gesellschaftliche Alternative, ja geradezu als un-natürlich.

Doch von *einem* Kapitalismus zu sprechen verschließt die Augen vor einer Vielzahl von kleinen, aber bedeutsamen Unterschieden in Organisation und Interpretation der Arbeit in den Kapitalismen Europas. In feinen Unterschieden der Arbeitsorganisation lässt sich ein unterschiedliches Verständnis von Arbeit ablesen, welches wiederum als Sozialisierungsbedingung zu verschiedenen Auffassungen von Arbeit führt.

Obwohl beispielsweise in England und Deutschland Weber gleichermaßen nach Stückzahl bezahlt wurden, weist Biernacki<sup>47</sup> auf einen entscheidenden Unterschied in der Operationalisierung und der Begründung der Bezahlung hin. Qualitativ höherwertige Ware wurde in beiden Ländern besser bezahlt, wobei es aber in England einzig auf die Dichte des Stoffes, also die Menge des verarbeiteten Materials pro Fläche ankam, während in Deutschland (eher) nach »Schüssen« bezahlt wurde. Ein Schuss war diejenige *Aktivität*, bei der das Faden tragende Webschiffchen einmal hin- und wieder zurückgeführt wurde. Das fertige Produkt wurde in Deutschland nicht wie in England als Objekt der Bezahlung wahrgenommen, sondern lediglich als dessen Zeichen. Bezahlt wurde die Aktivität, die *Arbeitsstätigkeit*. Damit verbunden war auch eine unterschiedliche Sichtweise des »employers« bzw. Arbeitgebers. In Deutschland wurde die ganze Person an den Unternehmer vermietet. Dieser war als Autorität notwendig, um aus der Arbeitskraft, jener mysteriösen Quelle, für welche es keine angemessene englische Übersetzung gibt, einen Mehrwert heraus zu holen. Dazu musste er den Produktionsprozess kontrollieren und als Organisator tätig werden, wohingegen ihm in England die Rolle als Zwischenhändler und Investor zufiel. Daher sahen sich englische Arbeiter eher als in das Marktgeschehen handelnd eingebundene Subjekte, während sich ihre deutschen Kollegen als »schaffend« begriffen und der Distributionsphäre misstrauisch gegenüber standen. Wichtig ist hier festzuhalten, dass keinerlei materielle Gründe für die unterschiedlichen Bezahlungsarten existierten, die *Art* der Bezahlung aber in beiden Regionen sowohl von Unternehmern als auch von den Arbeitern als vollkommen selbstverständlich angesehen wurde.

47 Biernacki: The Fabrication of Labor.

Die besondere Arbeitsorganisation in Deutschland im Vergleich zu England ist Ausdruck unterschiedlicher Arbeitsvorstellungen und reproduziert diese als kulturellen Code wiederum durch die erste Phase der Industrieproduktion hindurch. Während in England der Warencharakter von Arbeit offensichtlich schien, konnten Arbeiter in Deutschland dieses Prinzip im Alltagsbewusstsein nicht durchschauen. Für sie war die sichtbare Tätigkeit der Grund der Bezahlung und somit des ökonomischen Wertes.

Die im 19. Jahrhundert erwachende europäische Arbeiterklasse verwendet nun – ähnlich wie einst das Bürgertum – Arbeit als Kampfbegriff und setzt sich bewusst von jenen »Lumpenproletariern« ab, die keiner gelernten Arbeit nachgingen oder einfach als faul galten.

In der deutschen Arbeiterbewegung erfolgte im 19. Jahrhundert – anders als beispielsweise in England – ein eindeutiger Bruch mit dem Liberalismus und dem Individualismus. Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung hatte den Anspruch die gesamte Klasse zu vertreten. Mit ihrer starken Orientierung zum Staat, der ihr mit seiner effizienten Bürokratie durchaus ein Vorbild war, erwuchs eine Arbeiterbewegung, die zwar massiv auftreten konnte, deren Organisationen und Parteien aber wenig revolutionär waren und in denen die »deutschen Tugenden« von Pflicht, autoritärem Gehorsam, straffer Organisation auch für die Linke galten. Diese Tugenden galten auch und vor allem in der Arbeitswelt.

Arbeit wurde als prinzipiell positiv besetzter Bereich verstanden, der nur durch die gegebenen Verhältnisse den Charakter von Ausbeutung und Entfremdung besitzt. Man könnte sogar soweit gehen, das Entfremdungskonzept als Reaktion auf den Imperativ der Arbeitsfreude als typisch deutsch zu interpretieren. Die soziale Frage wurde somit in Deutschland immer auch als Widerspruch zwischen dem Anspruch an die Arbeit und der Arbeitswirklichkeit verstanden, als das nicht eingelöste Versprechen der lustvollen, die menschliche Entwicklung fördernden Arbeit.

In vielen europäischen Randstaaten kam es nicht zuletzt durch die relative Rückständigkeit der Ökonomien zu einer anderen Schattierung innerhalb der Arbeiterbewegung, die sich von liberalen Vorstellungen genauso unterscheidet wie von autoritär kommunistischen. In Regionen, in welchen Landwirtschaft und quasi-feudale Besitzverhältnisse herrschten, wie in einigen romanischen Ländern und Russland, erfreute sich daher zunächst der Anarchismus wachsender Sympathien. In Spanien beispielsweise drückte sich Enttäuschung für die arbeitenden Klassen in den demokratischen Phasen des 19. Jahrhunderts, in denen sie sich substantielle Reformen gewünscht hatten, in einem tiefen Misstrauen nicht nur gegenüber dem Kapitalismus, sondern auch gegenüber dem Staat und seinen politischen Parteien aus. Auch waren in den Zeiten, in denen in Spanien autoritäre oder gar diktatorische Regime herrschten, anarchistische Organisationen besser an die Situation der Illegalität angepasst als die auf staatliche Anerkennung hoffenden sozialistischen Parteien und Gewerkschaften.

Für die relative Stärke des Anarchismus im Vergleich zum Marxismus in Spanien sind also verschiedene Gründe verantwortlich: die quasi-feudalen Arbeitsbeziehungen, die schwache Ausprägung der Figur des Industriearbeiters, auf die sich Marx in seinen Analysen stützt, die bessere Adaptation über Phasen der Illegalisierung hinweg oder schlicht die Tatsache, dass der Anarchismus in Spanien zeitlich früher auftrat als der Marxismus.

Die *Folgen*, die diese Stärke des Anarchismus hatten, lagen in den unterschiedlichen Strategien und Organisationsformen begründet. Da keine Hoffnung auf staatliche, parlamentarische Reformen gesetzt wurde, war die anarchistisch beeinflusste Arbeiterklasse deutlich revolutionärer als etwa die deutsche. Auch die föderalistische Organisationsform führte zu einer eigenständigeren politischen Bewegung der Basis ohne die Möglichkeit einer zumindest potenziell immer korrumpierbaren Führungsebene, wie es in autoritären, zentralistischen Arbeiterorganisationen der Fall war.

Anarchismus fördert, aufgrund der höheren persönlichen moralischen Verantwortung *des Einzelnen*, prinzipiell eher liberale und individualistische Einstellungen. Für die Einstellung zur Arbeit folgte aus der höheren persönlichen Verantwortung eine höhere Eigenverantwortlichkeit auch beim Arbeitsprozess. Dabei wurden durchaus auch Figuren des Bürgertums von Fortschrittsglauben und Zukunftshoffnung übernommen. Die Vorstellungen von Arbeit als Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums und den persönlichen Aufstiegschancen durch Leistung konnten durchaus in die eigenen Anschauungen integriert werden. Einer geringeren extrinsischen Pflichtvorstellung, die aus einer stärkeren moralischen Ablehnung von Autorität resultierte, standen hohe Moralvorstellungen und eigene Erwartungen an die Leistungsfähigkeit entgegen.

## **Ausblick**

Bei dieser kurzen Vorstellung einzelner Aspekte europäischer Arbeitsbegriffe wurden einige Linien, aber auch eher zufällige Entwicklungen und leichte Brüche deutlich. Es wurde eine Vielfalt innerhalb Europas herausgestellt, der man sich stellen muss, will man in einen gemeinsamen europäischen Diskurs über Wertvorstellungen eintreten. Durch Kommunikation und kulturelle Vereinheitlichung wird es dabei nicht zwangsläufig zu einer Annäherung kommen, solange sich die Interpretation derselben Realität unterscheidet. Gerade die Selbstverständlichkeit, mit der man sich oft der Frage nach »der Arbeit« stellt, versperrt dabei den Blick darauf, dass es europäisch und historisch sehr verschiedene Vorstellungen gibt, warum und wozu wir arbeiten. Wertende Adjektive wie »bessere« oder »höhere« Arbeitsmoral können einer Verständigung dabei nur im Wege stehen und wurden in diesem Essay bewusst vermieden. Schließlich ging es darum zu zeigen, dass Aspekte, die für den einen von größter moralischer Bedeutung sind, von anderen ganz selbstverständlich anders beurteilt werden.

## Öffentlich geförderte Beschäftigung

Der Kapitalismus mit immer wiederkehrenden Krisen war stets mit *Arbeitslosigkeit* verbunden. Die Arbeitslosigkeit stürzte die Betroffenen in vielen Fällen in Armut und Verzweiflung.

Im 19. Jahrhundert bemühten sich Kirchen – besonders Caritas und Innere Mission – um die Arbeitslosen und ihre Familien. Aber auch die Gewerkschaften versuchten immer mehr, die Not ihrer arbeitslosen Mitglieder zu lindern. Daneben gab es Hilfe durch die Heilsarmee und z. B. Einrichtungen der »Wanderarbeitsfürsorge«. Zahlen sind schwer zu errechnen, da eine staatliche Registrierung unterblieb. Die erste staatliche Unterstützung wurde um 1900 in Belgien eingeführt, beginnend auf kommunaler Ebene. Es wurde eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt, zunächst indirekt. Es wurde nicht an die Arbeitslosen ausgezahlt, sondern an Einrichtungen, die Arbeitslosen halfen.

In Deutschland wurden erst nach dem Ersten Weltkrieg Arbeitslose erfasst. Sie bekamen befristet eine Arbeitslosenunterstützung, danach Krisenunterstützung. Damit lagen auch konkrete Zahlen über erfasste Arbeitslose vor. Im Winter 1923/24 wurden 1,5 Millionen, im Winter 1925/26 bereits über 2 Millionen Arbeitslose erfasst.

Danach wurden jeweils im Januar gezählt: 1929 – 2,85 Mill., 1930 – 3,22 Mill., 1931 – 4,89 Mill. und 1932 die höchste Zahl von 6,04 Mill. Arbeitslosen. Danach begann bereits die Besserung, nicht erst nach 1933.

Obwohl die Höhe der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung nicht das Existenzminimum erreichte, bedingte die hohe Zahl der Arbeitslosen eine enorme Belastung der Staatsfinanzen. Durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16. Juli 1927 wurde die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung errichtet. Sie hatte ihren Sitz in Berlin, Scharnhorststraße (heute Bundeswirtschaftsministerium).\*

Aber bereits vor der Gründung der Reichsanstalt gab es Gedanken, dass statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit, eine Finanzierung von Arbeit sinnvoller sei. Es wurden erste Notstandsarbeiten für Arbeitslose organisiert. Zum anderen gab es durch Arbeitslose selbst organisierte freiwillige Arbeitsdienste. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 27. Juli 1927 regelte daher neben der Förderung der Arbeitsaufnahme im »Ersten Arbeitsmarkt« im § 139 auch die »Beschaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten« mit Mitteln der

\* »Kommentar zu dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung«, Stadtrat Dr. Fischer, Nürnberg, Verlag von W. Kohlhammer in Stuttgart 1928.

Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Dieses Instrument beruht auf den in der Weimarer Republik 1925 eingeführten »Notstandsarbeiten«.

Während die Instrumente zur Förderung der Arbeitsaufnahme sowohl Eingang in das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) von 1969 und in das SGB III (1998) fanden, ergaben sich bei der »Beschaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten« Veränderungen. Die durch die Reichsanstalt zu schaffenden »zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten« sollten die Notstandsarbeiten fortsetzen und weitere Felder erschließen. Die Gesamtheit der Maßnahmen wurde *wertschaffende Arbeitslosenfürsorge* genannt.

Die Forderung nach »Werte schaffen«, wurde im § 139 Absatz 1 fixiert: »Es dürfen nur solche Maßnahmen gefördert werden, die für die Volkswirtschaft von produktivem Werte sind und insbesondere solche, die geeignet sind, die Menge einheimischer *Nahrungsmittel, Rohstoffe oder Betriebsstoffe* zu vermehren«.

Anschließend wurde geregelt, dass dafür Darlehen *oder Zuschüsse* der Reichsanstalt gegeben werden können, die jedoch nicht an Unternehmen gehen dürfen. Darlehen und Zuschüsse an private, *auf Erwerb gerichtete Unternehmen dürfen nicht gewährt werden*, regelt deshalb ebenfalls der Absatz 1 des § 139.

Der Absatz 3 erschließt die Möglichkeit, dass *die Länder die Darlehen bzw. Zuschüsse aufstocken können*.

Der Abschnitt 4 regelt die Bezahlung der Notstandsarbeiter. Das Landesarbeitsamt *kann eine obere Grenze der Bezahlung* festlegen. Zugleich wurde aber die Möglichkeit eingeräumt, *Tarifverträge zur Grundlage der Entlohnung* festzulegen.

In Durchsetzung des § 139 wurden Listen von möglichen Arbeiten erstellt, die mehrfach erweitert wurden. Während zunächst von *Straßenbauten, Ödlandkultivierung, Moorkulturen, Regulierung von Wasserläufen* die Rede war, wurde später die *Anlage von Parks und Spielplätzen* als förderfähig eingestuft. Besonders in Orten mit Fremdenverkehr sollten Parks und Wege angelegt, durften sogar Denkmäler aufgestellt werden. Es wurde aber Wert auf die *Abgrenzung zu Pflichtaufgaben der Kommunen* gelegt. Die Beschäftigung als Notstandsarbeiter war ein *Arbeitsverhältnis und grundsätzlich der »freien Arbeit« gleichgestellt*.

Welchen zahlenmäßigen Umfang die Notstandsarbeiter angenommen hatten, zeigt die letzte Zahl vor der NS-Herrschaft: Im Januar 1933 gab es in Deutschland 650 000 Notstandsarbeiter. Dass »normale« Unternehmen nicht zu den Trägern solcher Maßnahmen gehörten, wurde bereits betont. Träger waren öffentlich-rechtliche Körperschaften, aber auch »gemischtwirtschaftliche oder gemeinnützige Unternehmen«. Die Ergebnisse der Arbeit werden z. T. heute noch genutzt. So sind z. B. die Wanderwege und Rastplätze in der ganzen Sächsischen Schweiz Ergebnis solcher Notstandsarbeiten, die z. T. sehr schwierige Arbeiten, auch Sprengungen erforderten. Zur Finanzierung wurde geregelt, dass ein Land, das »Nutzen« hat, sich beteiligen muss.

Insgesamt wurden die Darlehen und Zuschüssen *aus Beitragseinnahmen der Reichsanstalt finanziert*; es wurde eine Gegenüberstellung der »Wert schaffenden



Arbeitslosenfürsorge« zu den passiven Leistungen der Arbeitslosenfürsorge vorgenommen. Es stand also nie die »Beschäftigung« im Vordergrund, sondern stets der Nutzen, die Wertschaffung.

Andererseits handelte es sich um normale Arbeitsverhältnisse, der »freien Arbeit« *gleichgestellt*, die Bezahlung zumeist nach Tarif, eine obere Grenze wurde festgelegt.

Nach 1945 galt dieses Gesetz aus der Weimarer Republik zunächst in allen Besatzungszonen, später auch in der Bundesrepublik und der DDR. In welchem Maße der § 139 dieses Gesetzes angewandt wurde, müsste untersucht werden. In der DDR war etwa 1954 offiziell die Arbeitslosigkeit beseitigt, die Arbeitsämter wurden aufgelöst. In der Bundesrepublik blieb das Gesetz – mit Änderungen – bis 1969 in Kraft, dann wurde es durch das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) abgelöst.

Das *Arbeitsförderungsgesetz vom 25. Juni 1969* beschrieb als Zielvorgabe direkt die Verhinderung oder Beseitigung von:

- Arbeitslosigkeit,
- unterwertiger Beschäftigung und
- einem Mangel an Arbeitskräften.

Die im § 2 AFG aufgezählten »Maßnahmen« lenkten direkt hin zu den *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* (ABM) nach §§ 91 ff. AFG. Diese ABM waren im Gesetz insbesondere auf *ältere Arbeitslose (über 45)* gerichtet. Das erklärt sich aus der Struktur der Arbeitslosen im Jahre 1969. Im Frühjahr 1969 stellten die über 45-Jährigen 66 Prozent der Arbeitslosen, aber nur 28 Prozent der Beschäftigten. Deshalb spielten die Älteren in der Diskussion zum AFG eine besondere Rolle.

Welch geringen Umfang die tatsächlich nach dem Gesetz geschaffenen ABM hatten, zeigt das Jahr 1971: Rund 1500 Arbeitnehmer waren im Rahmen einer ABM tätig, davon ganze 80 ältere Arbeitnehmer! Je nach Konjunkturlage stiegen die Zahlen an: 1987 und 1988 um je 114 000 – 1990 um 83 000. Mit der Wiedervereinigung schnellten sie dann im Osten auf vorher nie erreichte Höhe, z. B. allein in Brandenburg auf 65 000!

## **Zur Charakterisierung der ABM**

Wie die Notstandsarbeiten waren auch die ABM eine »Kann«-, also *Ermessensentscheidung der Bundesanstalt für Arbeit (BA)*.

Im AVAVG wurde Gewicht auf das »Werte schaffen« gelegt, das AFG behält davon den Begriff des »öffentlichen Interesse«, versteht darunter aber ganz andere Felder, in denen ABM genutzt werden dürfen. Unabhängig von der Rechtsnatur des *Trägers der Maßnahme* ist nach dem AFG im öffentlichen Interesse, wenn das Ergebnis der Maßnahme *der Allgemeinheit unmittelbar oder mittelbar dient* und der Nutzen des Maßnahmeergebnisses für die Allgemeinheit offensichtlich gegeben ist. Durch aufeinander folgende ABM-Anordnungen wurde das mal eingengt, mal erweitert.

Aus diesen Forderungen entwickelten sich zunächst einzelne Träger, später – vor allen im Osten – ganze Trägerlandschaften, die Maßnahmen entwickelten, beantragten, durchführten und abrechneten.

Da kein Vereinswesen wie im alten Bundesgebiet bestand, entwickelte sich vor allem mithilfe der öffentlich geförderten Beschäftigung ein solches Vereinswesen auf sozialen, kulturellen, ökologischen und anderen Gebieten und ebenso wurde die Jugendarbeit mit Hilfe dieser Förderung geschaffen bzw. ausgeweitet. Typische Beispiele dafür sind der Behindertenverband, der Arbeitslosenverband u. a.

Mithilfe der geförderten Beschäftigung konnten vor allem wichtige Beratungen und Hilfen für alle Bürger (Bürgerberatung) bzw. für spezifische Belange (Arbeitslosenberatung, Schuldnerberatung) aufgebaut werden. Diese zu Beginn der 90er Jahre entstandenen »Strukturen« wurden ergänzt durch die Arbeitsförderungsgesellschaften, die Tausende »abgewickelte« Betriebs- und Verwaltungsangehörige auffingen und beschäftigten, ebenfalls auf der Basis von ABM.<sup>48</sup>

Das AFG fordert zum anderen *arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit*, jeweils konkretisiert in ABM-Anordnungen. Es war eigentlich daran gedacht, Arbeitslose in einer ähnlichen Tätigkeit wie bisher zu fördern, um Qualifikation zu erhalten bzw. auszubauen. Damit sollte die spätere Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Dieses Ziel war immer schwieriger zu realisieren, im Osten endete die »Brücke« ABM zumeist im Nichts, da keine Arbeitsplätze vorhanden waren, in die eingegliedert werden konnte.

Die Forderung *Zusätzlichkeit* wurde aus dem AVAVG übernommen. Wie die Notstandsarbeiten sollten auch die ABM »zusätzlich« sein und keine »normale« Arbeit ersetzen. Im Unterschied zum AVAVG wurde die Zusätzlichkeit aber etwas aufgeweicht, indem auch Arbeiten verrichtet werden durften, die später erst geplant, also zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. Hier lagen Möglichkeiten der Auslegung.

Wie das AVAVG kennt auch das AFG die *verstärkte Förderung* für bestimmte Arbeiten, die jeweils aktualisiert wurden, die über das sonstige Maß an Mitteln gefördert wurden. Das AFG ließ dazu, wie das AVAVG auch, eine zusätzliche Förderung durch das jeweilige Land zu.

Andererseits musste bei der Bewilligung von ABM die Beschäftigungslage bzw. die *Höhe der Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk* berücksichtigt werden. Bei geringerer Arbeitslosigkeit als der Bundesdurchschnitt – um mindestens 40 Prozent – waren ABM nur nach intensiver Prüfung – insbesondere für Schwervermittelbare – möglich. Insgesamt war sicher 1969 bei dem Inkrafttreten des AFG nicht an solch hohen Zahlen von ABM gedacht, wie sie dann ab 1990/1991 in den neuen Bundesländern erreicht wurden. Und erst recht war nicht daran gedacht, damit eine Infrastruktur auf sozialen, kulturellen, ökologischen und ande-

48 Ausführlicher zur Nutzung der öffentlich geförderten Beschäftigung in Ostdeutschland, siehe Exkurs am Ende des Beitrages.

ren Gebieten aufzubauen, die ohne öffentliche Beschäftigung nicht oder nur wesentlich eingeschränkt hätte geschaffen werden können.

Zur *Entlohnung der ABM-Kräfte* kann festgestellt werden, dass sich an den Tarifen orientiert wurde, dass die Bezahlung nach Tarif zumeist eine Voraussetzung der Förderung war. Bei schwieriger Einstufung wurde ortsüblich entlohnt.

In Ostdeutschland waren 1990/1991 auf verschiedenen Gebieten keine Tarife vorhanden, vor allem auf den Gebieten, in denen mithilfe der öffentlichen Förderung erst eine Infrastruktur aufgebaut wurde, waren Tarife erforderlich. So schloss z. B. der Arbeitslosenverband am 27. Juni 1991 mit der Gewerkschaft HBV einen Tarifvertrag; zu gleicher Zeit der Demokratische Frauenbund in Ostdeutschland. Dieses Arbeitsentgelt war Ausgangspunkt der Berechnung der Fördersumme. Zunächst hieß es im Gesetz, »der Zuschuss beträgt *mindestens sechzig von Hundert des Arbeitsentgelts*, das die zugewiesenen Arbeitnehmer für die innerhalb der Arbeitszeit geleisteten Arbeitsstunden [...]« erhalten.

Später wurde das eingeschränkt auf das »berücksichtigungsfähige Arbeitsentgelt«. Bei letzterem wurden sowohl Arbeitsstunden und Entlohnungshöhe durch den Bewilligungsbescheid vorgegeben. Den fehlenden Anteil von höchstens 40 Prozent musste der Träger als Eigenanteil selbst aufbringen. Im Osten konnten – das wurde sehr schnell klar – die Träger keinen Eigenanteil aufbringen, bis auf wenige Ausnahmen. Deshalb wurden in den Arbeitsämtern besondere Festlegungen getroffen. Aber auch Mittel der Landesregierungen und aus dem Programm »Aufbau Ost« einschließlich Arbeitgeberanteile wurden zur Vollfinanzierung den Trägern überwiesen, z. T. auch Gelder für nötige Qualifizierungsmaßnahmen. In den ersten Jahren wurden darüber hinaus *Sachkosten* gefördert, die unbedingt zum Aufbau der Infrastruktur auf dem jeweiligen Gebiet notwendig waren. Da die ABM zunächst grundsätzlich für zwei Jahre genehmigt wurden, war eine kontinuierliche Arbeit gesichert. Diese Ausnahmen waren durch die ABM-Verordnung für die Gebiete gesichert, in denen die Arbeitslosigkeit 30 Prozent über dem Bundesdurchschnitt lag, was in ganz Ostdeutschland der Fall war.

Ein Einschnitt in die Förderung war die *Festlegung, nur noch 90 Prozent des Tariflohnes* für ABM zu bezahlen. Eine Aufstockung durch die Träger, diese 10 Prozent aus Eigenmitteln zu finanzieren, war nicht möglich, da dann eine weitere Kürzung der Fördersumme durch die Arbeitsämter erfolgte. Diese Maßnahme aus dem Jahre 1993 wurde kurze Zeit danach durch die Festlegung *auf 80 Prozent des Tariflohnes* noch weiter zugespitzt. Bei dieser Festlegung ist es bis heute geblieben, bzw. es gab weitere Eingriffe in die Tarifhoheit, indem Höchstgrenzen der Bezahlung – unabhängig von der zu leistenden Arbeit und der Qualifikation der ABM-Kräfte – festgelegt wurden.

Neben der ABM als geförderter Beschäftigung gab es ab 1993 eine neue Form öffentlich geförderter Beschäftigung: Am 27. Januar wurde die Anordnung *Lohnkostenzuschuss Ost* in Kraft gesetzt. Diese Anordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit ging davon aus, das Mittel der BA, die für einen Arbeits-

losen insgesamt zu zahlen waren, zusammengefasst und in einen Lohnkostenzuschuss umgewandelt wurden. Sie basierte auf dem *neuen* § 249 h AFG und galt nur in Ostdeutschland. Der *Förderbetrag* wurde in jedem Jahr neu festgesetzt. Im Gegensatz zur ABM wurden hier die Felder, auf denen dieser § 249 h AFG angewandt werden durfte, eingegrenzt. Nur auf den Gebieten Maßnahmen zur *Verbesserung der Umwelt, der sozialen Dienste und der Jugendhilfe* war eine Förderung möglich.

Zum anderen – da noch die Forderung der Bezahlung nach Tarif galt – war eine Kofinanzierung erforderlich. Diese erfolgte durch die ostdeutschen Länder, die Stadt- und Landkreise und z. T. auch durch die Kommunen, wobei zwei und auch drei Kofinanzierer nicht selten waren. Durch eine Änderung (2. Änderung – Anordnung zum § 249 h AFG) wurden die Gebiete erweitert: *Arbeiten zur Erhöhung des Angebots im Breitensport, in der freien Kulturarbeit und zur Vorbereitung denkmalpflegerischer Maßnahmen*. Insgesamt gab es sechs Gebiete für die Anwendung des § 249 h AFG.

Der begünstigte Personenkreis bezog sich auf Arbeitslose, die mindestens drei Monate arbeitslos waren. Eine besondere Möglichkeit der Stabilisierung der mittels ABM geschaffenen Infrastruktur lag in der Festlegung, dass auch *ABM-Kräfte nach § 249 h AFG gefördert werden durften*. Dadurch verblieben viele ABM-Kräfte in diesen Vereinen, Verbänden usw. und es konnte eine kontinuierliche Arbeit geleistet werden.

Positiv festzustellen ist, dass der § 249 h AFG vom Ansatz her als Projektförderung konzipiert war und sich somit von den bis dahin entwickelten Instrumenten der Arbeitsförderung unterschied. Im Unterschied zu ABM, mussten Projekte gemäß § 249 h AFG nicht dem Kriterium der Zusätzlichkeit entsprechen. Auch die grundsätzlich längere Laufzeit dieser Maßnahmen – bis zu fünf Jahre – wurde positiv aufgenommen. Nach den Erfahrungen im Osten wurde auch in den alten Bundesländern eine ähnliche Regelung erlassen.

Die Anordnung *Lohnkostenzuschüsse West* ermöglichte auf der Basis des § 242s Abs. 4 in Verbindung mit § 249 h Abs. 5 und § 191 Abs. 3 des AFG ab dem 1. Januar 1995 diese neue Form in den alten Bundesländern.

Hier wurden, wie in den neuen Bundesländern, auch die Gebiete der Förderung festgeschrieben:

- Arbeiten zur Beseitigung und Verminderung von Umweltschäden,
- Arbeiten zur Beseitigung, Verminderung und Vermeidung von Umweltgefährdungen,
- Arbeiten zur Verbesserung der sozialen Dienste oder der Jugendhilfe.

Damit waren vier Gebiete – z. T. abweichend von denen im Osten – förderfähig. Der Personenkreis, der als förderfähig eingeschätzt wurde, war in den alten Bundesländern nur auf *schwervermittelbare Arbeitnehmer* eingeschränkt. Damit war auch in den alten Bundesländern eine neue Form der öffentlich geförderten Beschäftigung eingeführt, die in Ost und West als *Strukturanpassungsmaßnahme (SAM)* in das SGB III übernommen wurde.

Die Grundidee, die im Land Brandenburg entwickelt wurde, war dabei, Gelder, die für die Arbeitslosigkeit ausgegeben werden mussten, in Gelder zur Finanzierung öffentlich geförderter Arbeit umzuwandeln. Hinderlich war die nötige Kofinanzierung durch weitere Quellen. Alles war damit von der Finanzkraft dieser Quellen abhängig, die im Osten nicht günstig war. Sicher war auch die Begrenzung auf bestimmte Gebiete hinderlich.

Hinsichtlich der *Finanzierung* wurde jedoch ein *grundsätzliches Problem* sichtbar. Die Bundesanstalt konnte nur die Ausgaben berücksichtigen, die sie selbst vornahm und die durch diese Umwidmung auch eingespart wurden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) weist jedoch seit Jahren die *fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit* aus. Dazu gehören die Kosten der Arbeitslosigkeit bei der BA, die Steuerausfälle durch Arbeitslosigkeit bei Kommunen, Ländern und dem Bund und die Einnahmeverluste bei Teilen des Sozialsystems, also der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und auch die entgangenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in der BA.

Mitte der 90er Jahre wies das IAB Gesamtkosten von 130 bis 150 Mrd. DM aus. Sie verteilten sich auf:

- die Bundesanstalt für Arbeit mit 44,8 Prozent,
- die Bundesregierung mit 24,1 Prozent,
- die Länder mit 8,5 Prozent,
- die Kommunen mit 5,7 Prozent,
- die Rentenversicherungen mit 13,2 Prozent,
- die Krankenversicherungen mit 3,7 Prozent.

Bei der Gesamtgröße entsprachen die 5,7 Prozent der Kommunen noch zwischen 7 und 8 Mrd. DM!

Wenn von diesen Verlusten ausgegangen wird – die volkswirtschaftlich tatsächlich eintreten – dann wird *jede öffentlich geförderte Beschäftigung* in ein *anderes Licht* gerückt. Öffentlich geförderte Beschäftigung erbringt nicht nur die Einsparung der passiven Leistungen der BA, einschließlich der Ausgaben in die Sozialsysteme, sondern führt von den geförderten Personen Lohnsteuern ab, ermöglicht Einzahlungen in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Bis vor einigen Jahren wurden auch Beiträge für die Arbeitslosenversicherung abgeführt.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*<sup>49</sup> hat auf diese größeren Zusammenhänge seit Jahren verwiesen. Die Kranken- und Rentenkassen verspüren diese Verluste, eine gesamtgesellschaftliche Finanzierung gegen die Arbeitslosigkeit ist jedoch keinen Schritt vorangekommen. Die Betrachtung ist zu erweitern, da durch die öffentlich geförderte Beschäftigung Arbeiten verrichtet werden, die

<sup>49</sup> In der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik arbeiten nach Selbstdarstellung »Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven, die sich an der Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze, der Verbesserung des Lebensstandards, dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie wirksamer Umweltsicherung in Deutschland orientieren«. – [www.memo.uni-bremen.de](http://www.memo.uni-bremen.de). Stand: 14.7.2009

tatsächlich notwendig sind, und – da sie keine Gewinne abwerfen – zumeist auch kein Wirtschaftsunternehmen leisten wird. Der Aufbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern auf sozialem, ökologischem, kulturellem Gebiet, in der Jugend- und Altenarbeit und die erbrachten Leistungen im gesellschaftlichem Umbruch, haben eindeutig die Leistungsfähigkeit der ABM- und SAM-Arbeiten bewiesen, wie auch die Notstandsarbeiten in der Weimarer Republik.

Und ein weiterer Aspekt wird in der Einschätzung immer wieder *nicht berücksichtigt*. Tausende, durch die Abwicklung der Betriebe und Verwaltungen im Osten arbeitslos gewordene Frauen und Männer, haben eine fleißige Arbeit geleistet, ihre Arbeitskraft erhalten und sich auf neuen Gebieten weitergebildet und qualifiziert. Sie haben ihre Würde behalten und sind stolz auf die erbrachten Leistungen. Das muss gesagt werden, auch wenn es ABM und SAM gegeben hat, wo nicht sinnvoll bzw. wenig oder schlecht qualifiziert gearbeitet und auch Missbrauch mit diesen Instrumenten betrieben wurde. Diese negativen Beispiele wurden in den Medien leider weit öfter dargestellt, als die vielen positiven Beispiele.

*Wenn alle Aspekte der Wirkungen der öffentlich geförderten Beschäftigung zusammengetragen werden und auch die menschlichen Schicksale mit berücksichtigt werden, fällt die Bilanz positiv für die öffentliche Beschäftigung aus.*

In den Diskussionen zur Vorbereitung des *Sozialgesetzbuches III – Arbeitsförderung* – in den 90er Jahren, wurden auch die Instrumente der Arbeitsförderung – ABM, § 249 h und § 242 s AFG – analysiert und bewertet. Im Zuge der vollständigen Ersetzung des AFG durch das SGB III wurden die immer weniger überschaubaren »Verästelungen« des AFG beseitigt; es war seit 1969 mehr als 100 mal verändert worden. Ziele des SGB III sollten sein, die Effektivität und Effizienz der Bundesanstalt für Arbeit und die Wirksamkeit der öffentlich geförderten Arbeit zu erhöhen.

Auch die Verantwortung der Arbeitsämter sollte direkt gestärkt und die Bilanzen über den Mitteleinsatz, die geförderten Personengruppen und die Wirksamkeit der Förderung verbessert werden. Insgesamt sollte alles vergleichbarer und öffentlich transparenter werden.

Im Mai 1995 lag der erste Vorentwurf des SGB III vor. Durch die Notwendigkeit, das SGB III auch im Bundesrat zu beschließen, zog sich der Prozess über mehrmalige Vermittlungsausschüsse und veränderte Entwürfe bis in den März 1997 hin.

Im Rahmen des *Gesetzes zur Reform der Arbeitsförderung* vom 24. März 1997 wurde das SGB III beschlossen und am 1. Januar 1998 in Kraft gesetzt.

In einem sechsten Kapitel – *Leistungen an Träger* – wurden im Fünften Abschnitt die ABM und im Sechsten Abschnitt die bisherigen *Lohnkostenzuschüsse OST und WEST §§ 249 h und 242 s AFG* – als Förderung von *Strukturanpassungsmaßnahmen SAM* jeweils zusammengefasst bzw. übersichtlich strukturiert. Man wollte dadurch – so in der Begründung des Bundestages – an die »positiven Erfahrungen mit den Lohnkostenzuschüssen« anknüpfen.

Bei den ABM wurde auf das AFG zurückgegriffen und nochmals betont, dass »[...] die Förderung von ABM, die sowohl durch Zuschüsse, wie durch Darlehen erfolgen kann, einem Maßnahmeträger anzuvertrauen ist.« Er soll in die Lage versetzt werden, entweder selbst oder bei »Vergabe-ABM« mittelbar, mit den von der BA überwiesenen Arbeitslosen, Arbeitsverträge abzuschließen.

Es ist dabei geblieben, dass es eine individuelle Förderung für Arbeitslose ist, die besondere Vermittlungsschwierigkeiten haben. Es blieb auch bei den Anforderungen an Zusätzlichkeit und dem Kriterium des öffentlichen Interesses bei den zu fördernden Arbeiten. Wie im AFG § 91 Abs. 3 werden drei Maßnahmegruppen hervorgehoben, die eine verstärkte Förderung rechtfertigen.

Insgesamt wurde im Grunde bei ABM der Entwicklungsstand aus dem AFG übernommen. Die bisherigen Probleme, die vor allem in der unzureichenden Finanzierung und der dadurch notwendigen Kofinanzierung bestanden, wurden nicht gelöst. Mit der Regierung Schröder/Fischer setzte die *Verschlechterung der Regelung zu ABM und SAM* ein und beschleunigte sich durch das »Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (Hartz III).

Durch dieses Gesetz wurden folgende Veränderungen des SGB III zu ABM und SAM vorgenommen:

- Ab 1.1.2004 wurden die Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM) *abgeschafft*. Die laufenden Maßnahmen konnten nach altem Recht weiter gefördert werden.
- Abschaffung des individuellen, zugunsten des *pauschalisierten Zuschusses*. Die Zuschüsse richten sich nun nach der Art der Tätigkeit des Arbeitnehmers. Dabei werden vier Stufen unterschieden:
  1. bei nötiger Hochschul- oder Fachhochschulausbildung höchstens 1 300 Euro monatlich,
  2. bei einer Aufstiegsfortbildung höchstens 1 200 Euro monatlich,
  3. bei einer Ausbildung in einem Ausbildungsberuf höchstens 1 000 Euro monatlich,
  4. bei keiner Ausbildung höchstens 900 Euro monatlich, diese Werte wurden weiter gekürzt.
- Abschaffung der Versicherungspflicht zur *Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte in ABM*. Damit wurde der Erwerb eines neuen Anspruches auf Arbeitslosengeld (heute ALG I) unmöglich.
- Verkürzung der ABM bei Übernahmegarantie von drei auf zwei Jahre. Die Übernahme des ABM-Beschäftigten in ein Dauerarbeitsverhältnis beim Träger der Maßnahme wurde durch Kürzung erschwert.
- Verkürzung der Förderung für Arbeitslose ab dem 55. Geburtstag von 60 auf 36 Monate. Damit wurde dieser Weg zur Rente erschwert und die langfristige Tätigkeit Älterer bei den Trägern wesentlich verkürzt.
- Förderung von ABM nur noch vorrangig in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Verzicht auf den 20prozentigen Qualifizierungs-/Praktikumsanteil. Bisher wurde dieser Anteil gefordert und zum Teil auch gefördert.

- Verzicht auf Erfordernis der Verbesserung der Eingliederungsaussichten. In der Begründung des Gesetzes im Deutschen Bundestag hieß es von der Regierung, dass »auf das bisherige Ziel, dass die Eingliederungsaussichten verbessert werden sollen, verzichtet wird, [...] weil es in dieser Allgemeinheit nicht erfüllbar ist«. Damit wurde endlich die Realität – vor allem im Osten – im Bundestag und bei der Regierung zur Kenntnis genommen!

In der weiteren Folge kam es für Arbeit zur *Begrenzung der Laufzeit* der ABM auf 3 bzw. 4 Monate durch die Bundesagentur für Arbeit und die einzelnen Agenturen. Weitere Eingriffe in die Pauschalen der Zuschüsse mussten festgestellt werden und z. T. wurde von den 4 Stufen abgegangen und nur ein »Durchschnitt« gezahlt. Die Träger gerieten dadurch in immer größere Schwierigkeiten.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzte 2005 (Arbeitsmarkt 2004 – Sondernummer vom 30. August 2005) die *Wirkung der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen nach dem SGB III* vor der Einführung des SGB II ein:

- Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren danach gegenüber 2003 im Jahre 2004 erneut rückläufig. Lediglich 85 700 Personen waren 2004 noch in derartigen Maßnahmen. Das war nochmals ein Rückgang um 11 Prozent. Es war zum anderen eine ungleiche Verteilung von Maßnahmen in Ost und West festzustellen. Während in den alten Bundesländern im Durchschnitt 20 500 Personen in ABM waren, betrug die Zahl im Osten 65 200!

Zum anderen wurde eingeschätzt, dass der Anteil Älterer im Osten mehr als doppelt so groß war, wie in Westdeutschland. Im Osten waren 38 Prozent der Teilnehmerinnen Ältere.

- Durch die Gesetzesänderung waren die Strukturanpassungsmaßnahmen 2004 um 33 Prozent zurückgegangen. Insgesamt waren es im Jahresschnitt nur noch 12 300 Personen. Der größte Teil war auf dem Gebiet der Umweltsanierung eingesetzt.

Die Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen (BSI) hatten sich auch 2004 am Markt – mangels Kofinanzierung – nicht durchgesetzt. Es gab jahresdurchschnittlich nur 1 800 Beschäftigte, nahezu ausschließlich im Osten (1700). Dieses Mittel hat sich also eindeutig nicht bewährt.

- Die seit Herbst 2004 probeweise durchgeführten Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für Arbeitslosenhilfebezieher fanden sofort reges Interesse. Von September bis Dezember 2004 nahmen 88 400 Arbeitslosenhilfe(Alhi)-Bezieher eine solche Möglichkeit wahr.

Es wurde also durch das IAB festgestellt, dass alle Möglichkeiten der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen des SGB III zurückgefahren wurden bzw. sich nicht bewährten. Der Versuch, mit dem Vorziehen der Arbeitsgelegenheiten beweist m. E. zwei Dinge:

1. Die Alhi-Empfänger/innen nehmen jede Gelegenheit wahr, um einen Zuverdienst zu erreichen, da das Geld benötigt wird.



2. Die Alhi-Empfänger/innen waren in der Mehrzahl an einer Tätigkeit interessiert und wollten in den Arbeitsprozess zurückkehren.

## **BSHG und SGB II**

Um auf die im SGB II fixierten *Arbeitsgelegenheiten* eingehen zu können, ist sich zunächst dem *Bundessozialhilfegesetz (BSHG)* vom 30. Juni 1961 zuzuwenden. Das BSHG trat am 1. Juni 1962 in Kraft. Zuvor galten die Bestimmungen des *Fürsorgerechts* aus dem Jahre 1924.

Neben der Regelung der Leistungen für Bedürftige, regelt das BSHG in den §§ 18 bis 20 den *Einsatz der eigenen Arbeitskraft* des Bedürftigen.

»Jeder Hilfesuchende muss seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen« regelt Absatz 1 des § 18 BSHG. In Absatz 2 wird die *Aufgabe des Trägers der Sozialhilfe* fixiert, in dem gefordert wird: »Es ist darauf hinzuwirken, dass der Hilfesuchende sich um Arbeit bemüht und Gelegenheit zur Arbeit erhält [...].«

Die Träger der Sozialhilfe werden dabei zur Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit aufgefordert.

Im § 18, Abs. 3 wird die Zumutbarkeit der Arbeit geregelt. An dieser Regelung ist eindeutig der § 10 SGB II orientiert, in beiden werden zunächst Gründe genannt, die eine Arbeit unzumutbar machen, danach erfolgt eine Aufzählung von Gründen, die die Arbeit nicht unzumutbar machen.

Die vier Gründe im SGB II wurden wörtlich aus dem BSHG übernommen. Sie sind daher auch mit den Zumutbarkeitsregelungen des SGB III zu vergleichen. So ist z. B. nicht eine konkrete Pendelzeit zur Arbeitsstelle geregelt, sondern als zumutbar festgelegt, wenn »der Beschäftigungsort vom Wohnort des Hilfeempfängers weiter entfernt ist, als ein früherer Beschäftigungs- oder Ausbildungsort.«

Der Unterschied besteht in diesen Regelungen allein darin, dass das BSHG von »Hilfeempfängern« spricht, das SGB II von »erwerbsfähigen Hilfebedürftigen«.

Es ist deshalb festzuhalten, *dass grundsätzlich die Regelungen der Arbeit im SGB II nicht aus dem Recht der Arbeitsförderung, sondern der Sozialgesetzgebung* hergeleitet wurden.

Im Laufe der Zeit wurden auf der Grundlage des BSHG, zum Teil auch in Verbindung mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG), dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und auch auf der Grundlage des BGB bzw. dem GmbH-Gesetz verschiedene Ansätze *kommunaler Beschäftigungsförderung* entwickelt. Dazu gehörten auch die gemeinnützige GmbH, Sozialbetriebe und ähnliche Formen.

Prof. Dr. Achim Trube von der Universität/Gesamthochschule Essen hat diese Erfahrungen analysiert. In seinem Buch »Zur Theorie und Empirie des Zweiten Arbeitsmarktes« (Münster 1997) gibt es eine Übersicht über derartige Erfahrungen in den Kommunen.

Der § 19 BSHG regelte die »Schaffung von Arbeitsgelegenheiten«. Entsprechend sind im § 16 SGB II die *Leistungen zur Eingliederung* geregelt.

Wenn der Hilfesuchende selbst keine Arbeit findet, sind ihm durch den Träger der Sozialhilfe »Arbeitsgelegenheiten« zu schaffen, regelte das BSHG. Es soll sich um »gemeinnützige und zusätzliche Arbeit« handeln. Dafür kann ihm »das übliche Arbeitsentgelt« oder zusätzlich zur Sozialhilfe eine »angemessene Entschädigung für *Mehraufwendungen* gewährt werden«. Dazu wird im § 19 (3) BSHG betont, dass bei Mehraufwandsentschädigung »kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und kein Beschäftigungsverhältnis im Sinne der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung begründet« wird. Betont wird jedoch, dass »die Vorschriften über den Arbeitsschutz« Anwendung finden.

§ 16 (3) SGB II greift diese »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung« auf und betont ebenfalls, dass es sich *nicht* um Arbeitsverhältnisse nach dem Arbeitsrecht handelt.

Die Bestimmungen über den Arbeitsschutz sind entsprechend anzuwenden, es wird jedoch im Gegensatz zum BSHG betont, dass auch die Bestimmungen des *Bundesurlaubsgesetzes* entsprechend anzuwenden sind!

Das BSHG forderte zwar vom Träger der Sozialhilfe, mit der Bundesanstalt für Arbeit zusammenzuarbeiten. Es gab jedoch keine Regelungen über Formen der Förderung.

Im SGB II § 16 (1) dagegen wird auf die Gesamtheit der »Leistungen zur Eingliederung in Arbeit« der Agentur für Arbeit verwiesen, also z. B. ABM oder berufliche Weiterbildung.

Erst im Absatz 3 dieses § 16 SGB II werden die Arbeitsgelegenheiten mit Entschädigung von Mehraufwand genannt. Sie sind demnach *nachrangig*, zuvor sind alle anderen Möglichkeiten der Eingliederung in Arbeit zu prüfen.

Die Praxis in den Job-Centern sieht jedoch anders aus, angeboten werden Arbeitsgelegenheiten mit MAE, die berichtigten »Ein-Euro-Jobs«. Diese Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung können vielleicht einen jungen Arbeitslosen, der bisher keine Ausbildung abgeschlossen hat und über keine Erfahrungen in der Arbeit verfügt – wie der Paritätische Wohlfahrtsverband einschätzt –, an Ausbildung bzw. Arbeit heranbringen.

*Für die Mehrzahl der Arbeitslosen führt der Weg über MAE nicht in den Arbeitsmarkt, nicht zu einer Beschäftigung nach dem Arbeitsrecht.*

Dass trotzdem viele Arbeitslose in derartige Arbeitsgelegenheiten drängen, zeigt nur, dass die Mehrheit der Arbeitslosen nicht »faul«, sondern an Arbeit interessiert ist. Natürlich ist die Zahlung des Mehraufwands aufgrund des niedrigen Regelsatzes ein Anreiz.

Die Arbeitsgelegenheiten nach BSHG haben in den Jahren der Gültigkeit des BSHG nicht zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit geführt. Es gab jedoch z. T. gute Erfahrungen mit Förderungen im Rahmen der Programme »Arbeit statt Sozialhilfe«.

Natürlich gab es auch dort Missbrauch durch die Regelung, dass nach einem Jahr Anspruch auf Arbeitslosengeld bestand und der Träger der Sozialhilfe die Hilfebedürftigen »los« wurde.

Der Arbeitslosenverband und andere Träger haben jedoch in einer Vielzahl von Fällen tatsächlich Sozialhilfeempfänger über diesen Weg in den »normalen« Arbeitsmarkt integriert.

Die einzelnen Beispiele der genannten Verschiebung in die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit – als »Verschiebebahnhöfe« bezeichnet – wurden u. a. als Argument für die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe angeführt. Tatsächliche Zahlen dazu wurden nicht vorgelegt.

Während aber die Arbeitsgelegenheiten von den Trägern der Sozialhilfe in überschaubarer Zahl entwickelt wurden, wurden seit dem 1. Januar 2005 durch die Job-Center weit über 200 000 derartige Arbeitsgelegenheiten mit MAE geschaffen! Es zeigt sich dabei, dass alle anderen Wege aus der Arbeitslosigkeit nach SGB II, in Verbindung mit dem SGB III, nur minimal genutzt wurden.

Es ist daher verständlich, dass *Forderungen nach Umwandlung der Arbeitsgelegenheiten mit MAE in geförderte Beschäftigung mit Existenz sichernden Löhnen und mit voller Sozialversicherung* von Betroffenen und verschiedenen gesellschaftlichen Kräften erhoben werden. Dabei wurden verschiedene Berechnungen vorgenommen und Modelle entwickelt, die deutlich machen, dass mit einem bestimmten Aufwand durchaus eine Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung möglich ist. Durch den Senator für Wirtschaft in Berlin, Harald Wolf, und z. B. die Memorandum-Gruppe<sup>50</sup> wurden solche Modelle entwickelt. Gleichzeitig wird z. T. darauf verwiesen, dass das SGB II – wie das BSHG zuvor – auch die Variante »Arbeitsgelegenheit mit Entgelt« enthält. Diese Variante wird aus folgenden Gründen als geeignet eingeschätzt:

- Es ist nur die arbeitsrechtliche Stellung durch die Versicherungspflicht geregelt, die Träger könnten diese Variante also flexibler als z. B. ABM anwenden.
- Im Gegensatz zu Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung gilt das Arbeitsrecht und nicht das Sozialrecht.
- Im Unterschied zu den ABM nach jüngsten Regelungen ist bei dieser Variante eine volle Versicherung aller Zweige der Sozialversicherung gegeben, also auch der Arbeitslosenversicherung.

Axel Troost von der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag unterbreitete für die Nutzung dieser Variante des SGB II eine Reihe von Vorschlägen.

Mit dem SGB II sind also Formen der geförderten Beschäftigung geschaffen worden, die nicht geeignet sind, aus der Arbeitslosigkeit herauszufinden. Sie können nur als *Sackgasse* bezeichnet werden, wie die Arbeitsgelegenheiten mit MAE. Dagegen bietet die Arbeitsgelegenheit mit Entgelt bessere *Möglichkeiten der Integration*.

50 Andere Bezeichnung für Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, vgl. vorherige Anmerkung.

Wenn also rückblickend auf die etwa 80 Jahre Praxis der öffentlich geförderten Beschäftigung gesehen wird, so ist es m. E. erforderlich, den Sinn und den Nutzen öffentlich geförderter Beschäftigung neu zu analysieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass alle Versuche der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Druck und Leistungskürzungen kein Ergebnis gebracht haben.

Die Gesellschaft ist immer mehr in der Lage, notwendige Produkte und Leistungen mit einem immer geringeren Arbeitsumfang herzustellen. Weder Konjunktur noch langfristiges Wachstum sind unter diesen Bedingungen in der Lage, das Problem der Arbeitslosigkeit grundsätzlich zu lösen.

Wenn es andererseits aber Arbeiten gibt, die für die Gesellschaft nützlich getan werden müssen, dann kann nur die öffentlich geförderte Beschäftigung hier eine Lösung bringen.

## **Exkurs**

In der DDR gab es ab Mitte der 1950er Jahre offiziell keine Arbeitslosigkeit mehr, die Arbeitsämter wurden aufgelöst. Die dann gebildeten »Ämter für Arbeit« hatten einen sehr geringen Umfang und beschäftigten sich z. B. mit der Eingliederung von ehemaligen Häftlingen in die Betriebe.

Mit dem Umbruch 1989/1990 entwickelte sich rasch Arbeitslosigkeit. Zuerst betraf es aufgelöste Strukturen des ehemaligen gesellschaftlichen Systems. Dann schlossen, vor allem nach der Währungsunion ab dem 1. Juli 1990, reihenweise Betriebe, die sich nicht am Markt halten konnten. Es war also für die Bürgerinnen und Bürger der DDR eine neue Erfahrung; bisher suchten Betriebe nach Arbeitskräften, nunmehr waren plötzlich »Überflüssige« und Arbeitslose vorhanden! Dabei ist hervorzuheben, dass es ganze Belegschaften von Betrieben betraf, unabhängig von Qualifikation, Motivation und Einstellung zu den bisherigen gesellschaftlichen Verhältnissen. Typisch war, dass diese Arbeitslosen unter allen Umständen nach Beschäftigung strebten, wobei einzelne Bedingungen der Beschäftigung zurückstanden. Deshalb wurden auch neue Möglichkeiten ehrenamtlicher Arbeit aufgegriffen. Erste Angebote der geförderten Beschäftigung, vor allem ABM, wurden sofort genutzt, ohne immer Beruf, Qualifikation usw. zu berücksichtigen. Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger der DDR konnte sich ein Leben ohne Arbeit nicht vorstellen! Die Einstellungen der Arbeitslosen, die in die ABM drängten, war damals durch die Losung »Hauptsache Arbeit« geprägt. Überlegungen über Konsequenzen unterqualifizierter Beschäftigung und die Auswirkungen auf die zukünftige Höhe des Arbeitslosengeldes spielten, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle. So entstanden schnell Initiativen von Arbeitslosen, in dem Bestreben, gemeinsam eine Beschäftigung oder ehrenamtliche Tätigkeiten aufzunehmen.

Bereits 1990 zeigten sich bei den Arbeitslosen-Initiativen im Osten andere Einstellungen zur öffentlich geförderten Beschäftigung, als bei den Initiativen in den

alten Bundesländern. Beim neu gegründeten »Arbeitslosenverband der DDR e.V.« ab Oktober dann »Arbeitslosenverband Deutschland e. V.« bei der gewerkschaftsnahen Arbeitslosen-Initiative Thüringen e.V. (ALI Thüringen) und beim Teltower Arbeitslosen Verein (TAV), intiiert durch die evangelische Kirche Teltow und Berlin-Zehlendorf, wurde – neben der Beratung von Arbeitslosen– sofort mit der Ausarbeitung von Projekten begonnen, die dann noch vor Jahresende in einer Reihe von ABM-Projekten mündeten.

Die neuen Vereine wurden sehr schnell Träger von Maßnahmen und damit auch Arbeitgeber für die ABM-Beschäftigten. In breiterem Maße traf das natürlich auf die Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsgesellschaften zu, die einer Vielzahl von Arbeitslosen nach ihrer Entlassung aus den ehemaligen volkseigenen Betrieben eine Beschäftigung ermöglichten. Hier gab es unterschiedliche juristische Formen, aber auch unterschiedliche Gesellschafter. Kommunen, Gewerkschaften und Landkreise wurden zumeist Gesellschafter dieser Gesellschaften.

Bei den Arbeitslosen-Initiativen waren zunächst ABM für die Beratung von Arbeitslosen typisch. Das notwendige Wissen zum AFG usw. wurde z. B. in Ostberlin und Brandenburg vor allem durch Unterstützung westberliner Arbeitslosen-Initiativen erworben. Besonders die evangelische Kirche mit ihren Arbeitslosenzentren ermöglichte eine sehr gute Qualifizierung, aber auch das »Falz« aus Frankfurt am Main. In der Folge gab es auch andere Felder für ABM-Projekte. Zunächst waren es Wärmestuben und andere Treffpunkte für Arbeitslose. Danach immer mehr direkte Beschäftigungsprojekte außerhalb der Arbeitslosenzentren. Die ALI-Thüringen beteiligte sich z. B. an einem Recyclingzentrum in Sömmerda, der TAV an der Arbeit eines Kirchen-Bau-Vereins und der ALV an einer Reihe von Gärtnereien.

Typisch für die ersten Jahre war, dass die in den Initiativen organisierten Arbeitslosen von sich aus Projekte entwickelten, die in Größe und Feldern der Arbeit z. T. über die von den Arbeitsämtern gewünschten Projekte hinausgingen.

Bei Treffen mit westberliner Initiativen und denen aus den alten Bundesländern wurden die ostdeutschen Initiativen vor ABM gewarnt, »[...] da sie nichts bringen und man danach sowieso wieder arbeitslos sei [...].« Auch von Gewerkschaftsseite – vor allem der ÖTV – gab es Vorbehalte gegen ABM, da die Gefahr der Verdrängung normaler Arbeitsplätze bestehe.

Eindeutig neu war daher die Tatsache, dass im Osten regelrechte Strukturen mit ABM aufgebaut wurden – auf sozialem, ökologischem und kulturellem Gebiet und in der Sport- und Jugendarbeit.

Es ist also festzustellen, dass ohne diese öffentlich geförderte Beschäftigung durch die Bundesanstalt für Arbeit, derartige Strukturen nicht oder erst später langsam entstanden wären.

Auch die Förderung durch die neu entstandenen Länder und durch die Europäische Union, vor allem durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) ist unbedingt zu würdigen.

## »Arbeit nur für Deutsche!« – oder wie der Arbeitsbegriff als Instrument der Ausgrenzung missbraucht wird

Das Thema Arbeit ist seit jeher ein umstrittenes und umkämpftes. Wirklich zum Thema gemacht wurde es jedoch erst im Zeitalter der Industrialisierung. Aber selbst der theoretische Vater der Linken, Karl Marx, hatte seine Schwierigkeiten mit ihm. Anfänglich von ihm als Mittel der Knechtung abgelehnt, brachte der persönliche Entwicklungsprozess Marx jedoch zur Einsicht, dass Arbeit die aktive und dynamische Grundlage menschlicher Entwicklung sei, eine ewige Naturnotwendigkeit, eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung, die es dem Menschen ermögliche, sein Menschsein zu verwirklichen.<sup>51</sup>

Ja, es ist zweifelsohne kein einfaches Unterfangen, den facettenreichen Begriff der Arbeit umfassend und dennoch differenziert und verständlich zu bestimmen. Marx versuchte das vor weit mehr als einhundert Jahren. Heute gestaltet sich die Begriffsbestimmung in aktuellen Debatten deutlich weniger philosophisch. Schließlich wird Arbeit weitestgehend auf Erwerbsarbeit reduziert.

So drehen sich die Diskussionen zur Arbeit nahezu ausschließlich um Fragen zum Arbeitsmarkt bzw. der Erwerbstätigenquote oder der Erwerbslosenzahl. Der Selbstfindungscharakter von Arbeit spielt höchstens noch in alternativen Milieus eine Rolle. Er wurde nahezu vollständig aus dem Bewusstsein vor dem Hintergrund materieller Zwänge und unter Maßgabe des Erhalts der eigenen Existenz verdrängt. Der traurige Umstand, dass eben auch in Deutschland viele Menschen keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, ruft neue Mitspieler auf den Plan, die sich zunehmend im Rahmen einer bereits Jahrzehnte andauernden Kampagne den Arbeitsbegriff zu eigen machen, ihn für ihre Zwecke instrumentalisieren und sozusagen die Definitionshoheit für sich beanspruchen.

Die Rede ist hier von rechtsextremen<sup>52</sup> Gruppierungen und Organisationen, die bemüht sind, ihre verengte Sicht auf den weiten Begriff der Arbeit durchzusetzen.

51 Vgl. Frigga Haug: Arbeit. In: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1, 2, verbesserte Auflage, Berlin 1994, S. 401 ff.

52 Wohlweislich, dass der Begriff des Rechtsextremismus heute zunehmend unschärfer und zudem als politischer Kampfbegriff zweckentfremdet wird, ist er dennoch nützlich, um die antidemokratischen, menschenverachtenden Vorstellungen von Personen und Organisationen zu klassifizieren, auch und obwohl er nicht zuletzt denen, auf die er sich beziehen soll, zur Darstellung ihrer eigenen Opferrolle dient. Deshalb soll auf den Begriff des Rechtsextremismus in diesem Beitrag nicht verzichtet werden. Vielmehr scheint es nötig, etwas Licht in das Dunkel zu bringen und ansatzweise zu erläutern, was hier unter Rechtsextremismus verstanden wird. So fallen Vorstellungen, Ideologieelemente und Weltbilder, die die menschliche Fundamentalgleichheit, also auch die Gleichheit vor dem Gesetz grundsätzlich ablehnen und stattdessen ein antipluralistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis aufweisen, in der die Homogenität des Volkes den ehernen Maßstab bildet, unter den Sammel-

Wird auch betont, dass der Mensch ein Gemeinschaftswesen und gemeinsames Wirtschaften der Kern jeder nachhaltigen Gemeinschaft sei, so fällt bei genauerem Hinsehen auf, dass nicht jeder Mensch Teil dieser Gemeinschaft sein darf. Schließlich soll die gemeinsame, arbeitsteilige Wirtschaft eine raumorientierte nationale Volkswirtschaft darstellen.<sup>53</sup> Bei dieser, bei bloßem Überfliegen eher weniger anrühigen Formulierung handelt es sich, wie bereits angedeutet, um die Neuausrichtung einer schon in den 1970er Jahren angestoßenen Diskussion, die zum Ziel hatte, gegen eine vermeintliche Überfremdung in Deutschland zu mobilisieren.

Mit dem Ende des Wirtschaftswunders und der zunehmenden Freisetzung von Arbeitskräften schien diversen Gruppierungen die Polemik gegen ausländische ArbeitnehmerInnen als geeignetes Mittel, um der jahrelangen politischen und gesellschaftlichen Isolation zu entkommen. War der Nationalismus von jeher wesentliches ideologisches Element rechter und rechtsextremer Formierungen, so konnte sich in dieser Zeit eine Abkehr von der etatistischen<sup>54</sup> Ausrichtung und eine Wiederbelebung völkischer und rassistischer Ideologieelemente Bahn brechen. Begünstigt durch die entstehende Massenarbeitslosigkeit und eine parallel dazu zu verzeichnende Zunahme von Asylantträgen in Deutschland stiegen fremdenfeindliche Orientierungen in der Bevölkerung rasant an und boten so Grundlage und Nährboden für diese ideologische Umorientierung und ein darauf folgendes Erstarren rechtsextremer Kreise.<sup>55</sup>

Sinnbildlich dafür war die Gründung der Republikaner Anfang der 1980er Jahre, die sich auf populistische Weise der Ausländer- und Asylfrage bedienten und nicht zuletzt mit diesem Ansatz über etwa 15 Jahre primär regionale Erfolge einfuhren. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen von 1985 bis 1990 und der sogenannte Asylkompromiss von CDU/CSU, FDP und SPD von 1992/1993 sowie die damit verbundenen Einschränkungen für Asylsuchende führten dazu, dass diese Themen zunächst an Bedeutung verloren. Mitte der 1990er Jahre, der deutsche Einigungsprozess hinterließ erste tiefe Spuren, feierte jedoch eine bereits mehrfach totgesagte rechtsextreme Partei ihr Comeback auf der politischen Bühne. Mit neuer Strategie, neuem Führungspersonal und neuen Aktionsschwerpunkten gelang es der NPD zur stärksten Vertreterin des rechtsextremen Milieus zu wachsen und selbst in der Mitte der Gesellschaft an Zuspruch zu gewinnen.

begriff des Rechtsextremismus. Das darin enthaltene Wort Extremismus weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich jene Personen mit ihren Ansichten am äußersten (rechten) Rand des politischen Meinungsspektrums bewegen und ihre Positionen somit nicht durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gedeckt sind.

53 Vgl. Per-Lennart Aae: Raumorientierte Volkswirtschaft statt kapitalistischer Schwindelökonomie. In: Deutsche Stimme, Ausgabe Mai 2008.

54 Etatismus bezeichnet eine Politik, mit deren Hilfe versucht wird, gesellschaftliche Probleme durch staatliche Regelungen zu beheben (État – franz. Staat).

55 Zur Entwicklung des deutschen Rechtsextremismus siehe auch: Richard Stöss: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus. In: Wilfried Schubarth, Richard Stöss: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 115 ff.

Über Jahre hinweg entwickelten die Strategen der ältesten deutschen rechtsextremen Partei eine alarmierende Verbindung von Nationalismus, Rassismus und sozialer Frage. Die mehr und mehr spürbaren Folgen neoliberaler Entwicklungsprozesse in Deutschland boten und bieten vor allem in den neuen Bundesländern für einen solchen ideologischen Mix durchaus den nötigen Humus. Butterwegge beschreibt diese Prozesse recht deutlich, wenn er von »sozialer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft«, von der »Dualisierung der Prozesse transnationaler Wanderungen in Experten- und Elitenmigration einerseits und Elendmigration andererseits« sowie von einer »Krise der Städte«, bedingt durch die Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen und einer »sozialräumlichen Segregation« spricht.<sup>56</sup> Arbeitslosenquoten von mehr als 25 Prozent in vielen ostdeutschen Regionen, fehlende Lehrstellen und ein weiterer Arbeitsplatzabbau vor allem im produzierenden Gewerbe untermauern diese Einschätzung. Die Antwort auf diese Entwicklungen scheint einfach, zumindest aus Sicht der NPD und ihres Umfeldes. Sie heißt: absoluter Protektionismus oder im beschönigenden rechtsextremen Sprachgebrauch eben »nationale raumorientierte Volkswirtschaft«, was nichts anderes bedeutet als die Abschottung des deutschen Marktes vor ausländischen Produkten und die Schließung des Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitnehmer.

Derartige Forderungen der NPD manifestieren sich nicht zuletzt in plakativen Aussagen. Passend zur nur scheinbar sozialen Ausrichtung dieser Partei wird versucht, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit dem direkten Bezug zum Arbeitsbegriff zu kaschieren. »Arbeit für Deutsche« ist in den aktuellen Werbematerialien der NPD zu lesen. Doch was vordergründig wenig anstößig anmutet, entpuppt sich mit Blick auf die Kernaussage dieses Slogans eben als klares Signal, eine große Gruppe von Menschen von der Erwerbsarbeit fern zu halten und sie somit aus der Gemeinschaft auszuschließen oder sie gar nicht erst aufzunehmen. Noch in den 1980er Jahren und während der 1990er Jahre hingen Sprüche wie »Arbeit nur für Deutsche« oder »Arbeit zuerst für Deutsche« an den Laternenmasten der Städte und Gemeinden.

Die Grundaussage der aktuellen Version bleibt die gleiche, doch mit zu deutlicher fremdenfeindlicher Rhetorik lieferte die NPD Gefahr, potenzielle Anhänger zu verschrecken, weshalb ihr die vorsichtigeren Version dieses Slogans zumindest vor einem großen Publikum klientelorientierter erscheint. Durch die programmatische und strategische Neuausrichtung und das Aufgreifen der sozialen Frage ist es der NPD jedoch nicht nur gelungen, wachsenden Zuspruch in der Bevölkerung zu generieren, sondern auch dazu beizutragen, dass nahezu alle anderen rechtsextremen Parteien marginalisiert wurden. Einzige die DVU ist noch in zwei Landesparlamenten vertreten, was sie jedoch nicht zuletzt auch den Wahlabsprachen mit der NPD zu verdanken hat, die sowohl in Bremen als auch in Brandenburg auf einen eigenen Wahlantritt verzichtete.

56 Vgl. Christoph Butterwegge: Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Ders., Gudrun Hentges: Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut, Opladen 2008, S. 22.



Mit zwei in ihrem Interesse funktionierenden Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern verfügt die NPD mittlerweile über wichtige Schaltzentren, die einerseits die politische Bühne für die fortwährende Agitation im rechtsextremen Sinne nutzen und andererseits die programmatische und strategische Arbeit im Hintergrund leisten können, um die vertretenen Positionen mit scheinbar wissenschaftlichen Erklärungen zu untermauern. Der Missbrauch und die Instrumentalisierung ursprünglich linker sozialistischer Positionen werden dabei zunehmend augenscheinlich. Schließlich war es bislang vor allem der politischen Linken in Deutschland vorbehalten, soziale Missstände und Fehlentwicklungen zu thematisieren, allerdings mit einem internationalistischen Ansatz. Die braune Sozialromantik stellt somit ein Novum in der bundesdeutschen Geschichte dar.

### **Aus besitzbürgerlichem Altherrenverein mach nationalrevolutionäre Kampftruppe**

Nur sehr mühsam vermochte es die NPD, sich von ihren programmatischen Wurzeln zu lösen. Die Wandlung, die sie aus heutiger Perspektive durchmachte, ist demzufolge beachtlich.<sup>57</sup> Herrschte in den frühen Jahren ihres Bestehens unter ihrem Vorsitzenden Adolf von Thadden weitgehender Konsens hinsichtlich der antikommunistischen, besitzbürgerlichen, ja fundamental konservativen Ausrichtung der Partei, wurde dieser Konsens im Zuge des politischen Misserfolges nach der verlorenen Bundestagswahl von 1969 brüchig.<sup>58</sup> Abspaltungen waren die Folge. Parallel zur Krise der äußersten Rechten in Deutschland formierte sich in Frankreich die sogenannte »Neue Rechte«, wesentlich geprägt durch ihren Vordenker Alain de Benoist. Basierend auf den Vorstellungen und Theorien des italienischen Marxisten Antonio Gramsci entwickelte Benoist seine Ideen einer »Kulturrevolution von rechts«, die zum Manifest eines modernisierten Rechtsextremismus in Europa wurden.

Auch auf den deutschen Rechtsextremismus übten die von Benoist vertretenen Ansätze eine gewisse Anziehungskraft aus. Anfangs von der NPD rigoros abgelehnt, fanden sie über den Hochschulverband und die Nachwuchsorganisation nach geraumer Zeit doch den Weg in die aktuelle NPD-Programmatik. Forciert wurde dieser Prozess zudem durch die zahlreichen, vom Bundesinnenminister ausgesprochenen Verbote rechtsextremer Organisationen zu Beginn der 1990er Jahre. Schließlich konnte sich die NPD so zum Sammelbecken für viele der nun

57 Siehe hierzu auch: Toralf Staud: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln 2005, S. 68 ff.

58 Die NPD konnte nach ihrer Gründung 1964 relativ schnell Erfolge feiern und zog bis 1969 in sieben Landesparlamente ein. Diese Erfolge ließen es als realistisch erscheinen, dass die NPD auch bei der Bundestagswahl 1969 die Fünf-Prozent-Sperre überspringen könne. Mit erreichten 4,3 Prozent der gültigen Zweitstimmen verfehlte sie dieses Ziel allerdings knapp.

organisationslosen Neonazis und Skinheads, aber auch den einen oder anderen Intellektuellen entwickeln. Gerade die kleineren rechtsextremen Gruppierungen und Zirkel waren bis dahin Vertreter eines kruden Mixes aus nationalsozialistischen Elementen und Versatzstücken nationalrevolutionären Denkens, in der der sozialen Frage unter starker Bezugnahme auf die besondere Kultur der Deutschen und das »Recht auf Verschiedenheit« eine zunehmend herausragende Stellung zugeacht wurde.

Die Öffnung der NPD für die bis dahin zu radikalen Kreise bescherte der Partei folglich eine gewisse Frischzellenkur in personeller wie thematischer Hinsicht. Die auch damit einhergehende Annäherung an die Ideen der sogenannten »Neuen Rechten« entfachte in der NPD eine Debatte um eine »nationale« Auslegung des Sozialismus-Begriffes. Die Gründung eines Arbeitskreises »Sozialisten in der NPD« im Mai 1998 sollte diese Diskussion fördern. Symbolträchtig waren auch die NPD-Nominierungen des ehemaligen Professors für Dialektischen und Historischen Materialismus an der Technischen Hochschule von Mittweida, Michael Nier, für die Europa- und die sächsische Landtagswahl 1999. Schließlich gehörte Nier zu den Hauptakteuren in der Sozialismus-Debatte. Obwohl der Sozialismus-Begriff, den er und einige Parteifunktionäre vertraten, später als »Mischung aus SED-Parteilehrjahren und verquasten Ideen Otto Strassers«<sup>59</sup> verspottet wurde, war die Debatte wegweisend für die inhaltliche Neuausrichtung der Gesamtpartei und wird auch heute noch, insbesondere durch die »Jungen Nationaldemokraten«, am Leben gehalten.

Eingebettet in den nun vermehrt zur Schau getragenen nationalrevolutionären Habitus weiter NPD-Kreise wurde es zu einem unbedingten Muss, auch Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit zu thematisieren und beides als Instrument zu nutzen, um Zugang zu neuen Bevölkerungsschichten zu erlangen. Bisher steht ein reichlich inkonsistentes Konstrukt am Ende des ideologischen Selbstfindungsprozesses der NPD, das sie selbst als »raumorientierte Volkswirtschaft« bezeichnet, die getrieben durch die Allmacht des deutschen Nationalgedankens, ausschließlich der deutschen Volksgemeinschaft soziale Gerechtigkeit und materiellen Wohlstand bescheren soll.

### **»Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen«**

Diesen Slogan schreibt sich die NPD nur zu gern auf ihre Fahnen. Immerhin kann sie sich auf diese Weise vordergründig eines antikapitalistischen Anstriches bedienen. Das unterstreicht sie dann auch sogleich. So existiere die Wirtschaft natürlich nicht zum Selbstzweck und habe einen dienenden, keinen herrschenden Rang. Folglich müsse die Führung der Volkswirtschaft in der Verantwortung des Staates liegen, der im Gesamtinteresse entsprechende ordnungspolitische Richtdaten

59 Vgl. Braun: Gescheiterter Professor für Marxismus-Leninismus in Karlsruhe. Kronzeuge des Systems? In: Deutsche Stimme, 7/2001.

setze und durchsetze. Der erklärte Feind einer so funktionierenden Wirtschaft sei die Globalisierung, weshalb der Staat zur Wahrung seiner politischen Handlungsfähigkeit seine Souveränität gegenüber internationalen Konzernen wiedererlangen müsse. Gesetze zum Schutz der deutschen Volkswirtschaft gegen »ausländische Billigwaren und Lohndrücker, aber auch gegen spekulative Kapitalströme« seien unbedingt notwendig.<sup>60</sup>

Was mit der strikten Ablehnung der Globalisierung umschrieben ist, bedeutet im Verständnis der NPD also nichts anderes als die »Wiederherstellung des deutschen Staatsvolkes und des deutschen Nationalstaates«. Bei genauerem Hinschauen wird das auch in dem obigen Slogan deutlich. So soll hier nicht der Mensch als solcher Nutznießer einer funktionierenden Wirtschaft sein, sondern einzig und allein das Volk – genauer gesagt das deutsche Volk. Was nun darunter zu verstehen ist, versuchen die Parteidenker der NPD im Parteiprogramm zu erläutern. Demnach seien Völker die »Träger der Kulturen«. Sie »unterscheiden sich durch Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und ihr Bewusstsein«.

Während die Begriffe »Wertvorstellungen« oder »Bewusstsein« reichlich abstrakt erscheinen, verdient die Verwendung des Wortes »Herkunft« als Maßstab für die Zugehörigkeit zu einem Volk durchaus Aufmerksamkeit. Sie wird hier ausschließlich auf die Abstammung des Einzelnen reduziert und ist somit biologisch definiert. Daraus ergibt sich eine Wertung von »guter« und »schlechter« Herkunft, die eine Ausgrenzung von Menschen rechtfertigt. Die bewusste Einbettung dieses Ansatzes in einen Wust von teilweise völlig unkonkreten Begrifflichkeiten bringt den Wandlungsprozess der NPD zum Ausdruck. Auf diese Weise will man sich dem ständigen Vorwurf des Rassismus entledigen und rückt nicht zuletzt auch deshalb verstärkt kulturalistische Ansätze in den Vordergrund. Etwas deutlicher hinsichtlich des Volksverständnisses der NPD wird der sächsische Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel, der in einem Beitrag für die Parteizeitung *Deutsche Stimme* über »ethnische, kulturelle und religiöse Identität« eines Volkes philosophiert und Volksherrschaft zur »Ethnokratie« umdeutet.<sup>61</sup> Das Dogma der Verschiedenheit der Kulturen/der Menschen wird so zur Gesetzmäßigkeit erhoben und als Erklärung für die Notwendigkeit der ethnischen Homogenisierung in Deutschland und die Ausgrenzung des vermeintlich Anderen genutzt.

### **»Nationale, raumorientierte Volkswirtschaft« als sozialer Heilsbringer**

Wie schon mehrfach angedeutet, erkennt die NPD in einer »raumorientierten Volkswirtschaft« die Grundlage für materiellen und sozialen Wohlstand. Sie verbindet diese Form der Ökonomie »untrennbar« mit der Volksgemeinschaft, der

60 Vgl. <http://npd-fraktion-sachsen.de/index.php?verweis=1,3,1>, Stand: 23.07.2008.

61 Vgl. Jürgen Gansel: Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation. In: *Deutsche Stimme*, 6/2005.

gemeinsamen ethnischen und kulturellen Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und dem Solidarprinzip.<sup>62</sup> Interessanterweise will sie in diesem Zusammenhang auch das Leistungsprinzip nicht vernachlässigt, sondern im Gegenteil stärker betont wissen. Maßstäbe, die ein objektives Beurteilen von Leistung ermöglichen, nennt sie jedoch keine. Der nebulöse Verweis auf die Folgen des »Staatskapitalismus im real existierenden Sozialismus« reicht der NPD hier als Gradmesser. Bleibt Leistung jedoch auch unbestimmt, so lässt sich Ausgrenzung mit dem Hinweis auf die fehlende Leistungsstärke scheinbar plausibel begründen. Dabei werden immer wieder Klischees von »faulen Ausländern« von »Sozialstaatschmarotzern« oder von »ausländischen Sozialschnorrern«<sup>63</sup> bemüht.

Die üblichen reflexhaften und von großem Pathos begleiteten Worthülsen umrahmen ein umfangreiches Wirrwarr von Maßnahmen, die zu Vollbeschäftigung und sozialer Gerechtigkeit führen sollen. So ist es erklärtes Ziel der »Nationaldemokraten«, eine »Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verantwortung« zu erreichen. Der offensichtlich wichtigste Schritt dazu ist die Bereitstellung von Arbeitsplätzen »zuerst für Deutsche«. Begründungen dieser Forderung finden sich unter anderem in den Pressemitteilungen der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag. So würden primär die zu besonders niedrigen Löhnen arbeitenden Ausländer das Lohnniveau in Deutschland drücken und folglich für eine Verelendung der Deutschen sorgen, die mit ihren sinkenden Reallöhnen ihre Familien nicht mehr ernähren könnten.

Dieses in rechtsextremen Kreisen gängige Argument stellt jedoch eine Umkehrung von Ursache und Wirkung dar. Denn nicht der Mensch, der nach Arbeit sucht, ist dafür verantwortlich zu machen, dass Löhne sinken, sondern – etwas verkürzt dargestellt – die Unternehmer, die ihren Gewinn zulasten der ArbeitnehmerInnen maximieren wollen und die politischen Entscheidungsträger, die die Ökonomisierung wesentlicher Lebensbereiche im Sinne eines übersteigerten Effizienzdenkens zulassen oder sogar aktiv mitgestalten. Doch mit diesem verkehrten Zusammenhang nicht genug, stellt die NPD in ihrem Aktionsprogramm zudem die Behauptung auf, dass vermeintlich steigende Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber durch die Sozialleistungen an arbeitslose Ausländer verursacht werden. Das Steueraufkommen, das durch in Deutschland arbeitende Ausländer erwirtschaftet wird, verschweigt diese Partei ebenso wie die Gesetze, die viele der in Deutschland lebenden Ausländer bewusst vom Arbeitsmarkt fernhalten. Im Wissen um das Unwissen ihrer Adressaten kumulieren die konstruierten Fakten der NPD im Einsatz für die »humane Rückführung der Ausländer in ihre Heimat«. Das bedeutet – nicht offen ausgesprochen – nichts anderes als eine ethnische Säuberung.

Zur Ausgrenzung ausländischer Arbeitnehmer gesellt sich ein zweites wesentliches Instrument im Rahmen der »raumorientierten Volkswirtschaft«. Eine Reihe

62 Vgl. NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, S. 19.

63 Vgl. Jürgen Gansel: Die sächsische NPD zeigt, welche Erfolge die Nationalisierung der sozialen Frage bringt. In: Deutsche Stimme unter [www.deutsche-stimme.de](http://www.deutsche-stimme.de), Stand: 30.07.2008.

von Abgaben lassen den protektionistischen Charakter dieser rechtsextremen, wenig schlüssigen Wirtschaftstheorie erkennen und begründen zudem das, was allgemein als aggressiver Standortnationalismus bezeichnet wird. Zuerst kreiert die NPD eine »Anti-Lohundumping-Abgabe«. Was noch hinsichtlich der Wortwahl völlig untypisch für NPD-Verhältnisse scheint (die englische Sprache steht eigentlich immer im Verdacht, als Vorbote einer schleichenden Amerikanisierung Deutschlands aufzutreten), reiht sich jedoch der Bedeutung nach nahtlos in die Abschottungsstrategie der extremen Rechten ein. Stellt sie doch einen Schutzzoll dar, der den Freihandel unterbinden soll, genau wie die »Naturschutzabgabe«, die »Arbeitsplatzsicherheitsabgabe« und die »soziale Sicherungsabgabe«. Dass ein unterbundener Freihandel auch dem Exportweltmeister Deutschland schaden könnte, bleibt unberücksichtigt. Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland produzierenden deutschen Unternehmen auf den internationalen Märkten will die NPD mit staatlichen Subventionen erreichen, die mit den Einnahmen aus dem kunterbunten Arsenal der Schutzzölle finanziert werden sollen. Und das, obwohl ihr Subventionen eigentlich prinzipiell ein Dorn im Auge sind.

## **Brauner Mindestlohn**

Im Zuge der Entdeckung ihrer sozialen Ader, greift die NPD rhetorisch auch auf das Instrument des branchenunabhängigen Mindestlohnes zurück. Offensichtlich animiert durch die Kampagne der Linkspartei und der Gewerkschaften, versucht die NPD auch auf diesen Zug aufzuspringen. Vielmehr als einen Antrag im sächsischen Landtag, mit dem die sächsische Staatsregierung gebeten wurde, eine Bundesratsinitiative zum Mindestlohn zu starten, brachte die NPD jedoch bislang nicht zustande. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Und das, obwohl sich die rechtsextreme Partei betont weltoffen gab. Forderte sie in ihrem Antrag doch die Einführung eines »allgemeinen, branchenunabhängigen Mindestlohnes«.

Würde man nicht auf die eine oder andere Pressemitteilung der Fraktion aufmerksam werden oder gar den einzigen zum Mindestlohn gedruckten Werbeflyer in die Hände bekommen, könnte man den Eindruck erlangen, die NPD habe die Forderungen bei der Linkspartei kopiert. Allerdings verlangt die Partei nicht wie Gewerkschaften 7,50 Euro oder die Linkspartei 8,00 Euro pro Arbeitsstunde, sondern genau 8,80 Euro. Ein Schelm, der bei der Zahlenkombination von zwei Achten Böses denkt.<sup>64</sup> Aber die Assoziation mit dem in der rechtsextremen Szene beliebten Code muss auch gar nicht angestrengt werden. Schließlich verbindet die NPD ihr »nationales Selbstbewusstsein« in den erwähnten Materialien ganz selbstverständlich auch mit einem »nationalen Mindestlohn«. So bekennt bei-

64 Die 8 wird in rechtsextremen Kreisen für den 8. Buchstaben des Alphabetes verwandt. Die Zahlenverbindung 88 dient folglich als Abkürzung für den Gruß »Heil Hitler«.

spielsweise der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen, Holger Apfel, dass aus seiner Sicht eine Mindestlohnregelung nur dann sinnvoll sei, wenn »gleichzeitig der deutsche Arbeitsmarkt vor weiterer Zuwanderung geschützt« werde.<sup>65</sup>

Der Mindestlohn ist nach Ansicht der NPD folglich kein Instrument, um allen in Deutschland arbeitenden Menschen ein existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen, sondern dient einzig und allein der Ausgrenzung von Arbeitnehmern, die nicht Inhaber eines deutschen Passes sind bzw. nicht den »nationalen« Vorstellungen der NPD entsprechen. Die stetige Polemik gegen »Lohndrücker aus dem Osten« oder die »arbeitsplatzzerstörende Einwanderungsideologie« untermauern den tatsächlichen Charakter nationaldemokratischer Mindestlohnpolitik. Dass das Thema Mindestlohn zudem nur aufgegriffen wurde, weil es sich zeitweise großer Beliebtheit in der Bevölkerung erfreute, belegt der Umstand, dass es in allen auf Langfristigkeit angelegten programmatischen Aussagen der Partei nur beiläufige oder gar keine Erwähnung findet.

### **»Sozialpolitik als nationale Solidarität«**

Ein beliebtes Thema in den Landtagswahlkämpfen von 2004 waren die Änderungen in der deutschen Sozialgesetzgebung. Zum Inbegriff für soziale Ungerechtigkeit wurde dabei das von einer eigens dafür eingesetzten Kommission kreierte Arbeitslosengeld II, in der Bevölkerung besser bekannt als »Hartz IV«. Die offene Ablehnung dieser Gesetzesänderung durch weite Teile der Bevölkerung rief auch die NPD auf den Plan, die sich sogleich aktiv an den auflebenden Montagsdemonstrationen beteiligte. Auf der Welle der Empörung im sächsischen Landtag angekommen, rückte die soziale Frage jedoch erst einmal in den Hintergrund, wie ein Blick auf die parlamentarischen Initiativen der NPD-Fraktion im ersten Jahr der Legislaturperiode zeigt. Offensichtlich getrieben vom Unverständnis ihrer eigenen Anhänger, bemühte sich die NPD dann aber doch, ernsthafter an sozialen Themen zu arbeiten.

Ihr soziales Profil versuchte sie jedoch weniger beim Thema »Hartz IV« als vielmehr im Bereich der Familienpolitik zu schärfen, unter anderem der Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesstätten-Gesetzes<sup>66</sup> belegt. Aber auch hier zeigt ein Blick hinter die moderat formulierte Fassade, welche rechtsextremen Ziele diesem Treiben immanent sind. Poltert die NPD in der Öffentlichkeit vehement gegen die bundesdeutsche Sozialpolitik, die »unzählige Deutsche mit Fähigkeiten, die sie nicht einsetzen können [...] verkümmern« ließe, so nutzt sie ihre Möglichkeiten im sächsischen Landtag ausgerechnet dazu, in einer Fülle von

65 Vgl. Holger Apfel: »Einwanderungsideologie zerstört Arbeitsplätze«, unter: [www.npd-fraktion-sachsen.de](http://www.npd-fraktion-sachsen.de), Stand: 17.07.2008.

66 Vgl. Landtag Sachsen: Gesetzentwurf der NPD-Fraktion, DS 4/4008.

Kleinen Anfragen den »Missbrauch beim Bezug von Arbeitslosengeld II durch türkische oder andere ausländische Staatsangehörige«<sup>67</sup> zu thematisieren. Nicht die Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen scheint folglich Ziel der NPD zu sein, sondern die Befriedigung fremdenfeindlicher Triebe. Allerdings gelingt es ihnen besonders auf diese Weise, den Bedürfnissen vieler ihrer Anhänger gerecht zu werden und zudem Ansätze für die Schürung neuer Vorbehalte und Ängste in der Bevölkerung zu erhalten. Vor allem die sich als »nationale Sozialisten« gebenden und unter Bezeichnungen wie »nationaler Widerstand« oder »freie Kameradschaft« firmierenden, oft neonazistischen Gruppierungen unterstützen diesen Kurs der NPD und fühlen sich gleichsam durch ihn repräsentiert.

Neben ihrem ablehnenden Verhältnis gegenüber allem vermeintlich Fremden offenbaren die Initiativen der NPD im sozialen Bereich auch ihr völkisches Gesellschaftsverständnis. Menschen werden in diesem Zusammenhang nicht als Individuen betrachtet, sondern haben primär die Aufgabe der »Arterhaltung« zu erfüllen. Junge Erwachsene seien somit zu ermutigen, Familien zu gründen, die den »Bestand des deutschen Volkes« sichern helfen. So heißt es sinngemäß in der Begründung eines NPD-Antrages zur Einführung eines Ehe-Kredits.<sup>68</sup> Selbst der Bezug auf den Nationalsozialismus ist in den Augen der NPD nicht verwerflich, wenn von den geburtenfördernden Maßnahmen die Rede ist.<sup>69</sup>

Noch deutlicher wird der fremdenfeindlichen Grundhaltung der NPD im Parteiprogramm Nachdruck verliehen, indem sie sich die »Ausgliederung« aller Ausländer aus dem deutschen Sozialversicherungssystem zum Ziel setzt. In ihrer Parteizeitung fordern Autoren die Errichtung einer »wirklichen Solidargemeinschaft aller Deutschen« als wesentliche Grundlage für eine »neue und gerechte Gemeinschaftsordnung«. Dazu strebt die NPD die Schaffung »einer Sozialstruktur [an], der alle Deutschen gleich welchen Einkommens angehören müssen«. Die Lösung der sozialen Probleme in Deutschland sei folglich in der Ausgrenzung von Nichtdeutschen zu finden. Schließlich sollen diese Ansätze in der »Einheit von sozialer und nationaler Frage« kumulieren.<sup>70</sup> An einer sachlichen Analyse der sozialen Entwicklungen in Deutschland scheint die NPD indes wenig interessiert. Stattdessen nutzt sie jede Möglichkeit, um die Ängste der Bevölkerung zu schüren, indem die ohnehin schon problematischen gesellschaftlichen Verhältnisse maßlos zugespitzt werden. So schwant dem Landtagsabgeordneten der sächsischen NPD, Jürgen Gansel, eine »Ghettobildung in Billigwohnblöcken«, zu der es nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe kommen werde.<sup>71</sup> Den Verweis auf die »großzügige Finanzierung« von Ausländern und Ausland »trotz aller Sparzwänge« bleibt er natürlich nicht schuldig. Das zynische Spiel der NPD offen-

67 Vgl. Landtag Sachsen: Kleine Anfrage Holger Apfel, DS 4/3428.

68 Vgl. Landtag Sachsen: Antrag der NPD-Fraktion, DS 4/4281.

69 Vgl. Landtag Sachsen: Plenarprotokoll 4/46 vom 10.02.2006, S. 3695.

70 Vgl. Jürgensen: Das System geht auf Selbsterstörungskurs. In: Deutsche Stimme, 10/2004.

71 Vgl. Jürgen Gansel: Was lange gärt, wird endlich Wut. In: Deutsche Stimme, 9/2004.

barte sich auch in der Plenardebatte zum sächsischen Doppelhaushalt 2007/2008. Wichtigstes innenpolitisches Anliegen der Partei war dort nicht etwa der Schutz von Menschen- und Bürgerrechten, obwohl sich die NPD nur zu gern als Hüterin der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit präsentiert, sondern die Kürzung der Mittel für Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Denn in ihren Augen ist Einwanderung gleichbedeutend mit »Völkermord«. Hajo Funkes Feststellung, dass die NPD – und insbesondere ihre sächsischen Vertreter – die sozialen Ängste der Bevölkerung für ihre fremdenfeindlichen, antidemokratischen und autoritären Ziele missbraucht, bestätigt sich hier.<sup>72</sup>

## **Der 1. Mai als Kampftag für »nationale Arbeit«**

Fast ein Jahrhundert fest in linker Hand (mit Ausnahme der Zeit zwischen 1933 und 1945) begann die extreme Rechte Anfang der 1990er Jahre zunehmend den 1. Mai als Tag der Arbeit für sich zu entdecken. Was anfangs nicht mehr als ein willkommener Anlass für einige rechtsextreme Grüppchen war, ihr vermeintliches »Recht auf die Straße« einzufordern und aktiv zu untermauern, wurde mit andauernder Zeit auch ideologisch in Beschlag genommen. Zunächst durch die später verbotene Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), einer rechtsextremen Splittergruppe, initiiert, begann die NPD Mitte der 1990er Jahre, sich als Mitorganisator an den nun auch überregionalen Demonstrationen zu beteiligen. Da man sich ungern in linkssozialistische Traditionen der Arbeiterbewegung zum 1. Mai einreihen wollte, bezogen sich die Demonstranten ganz unverhohlen auf die Zeit der Nazi-Diktatur in Deutschland. Transparente mit Aufschriften wie »Arbeit macht frei« oder »1. Mai arbeitsfrei – seit 1933« verdeutlichen den menschenfeindlichen Zynismus dieser Personengruppen.<sup>73</sup>

Erst nach der Jahrtausendwende rückten offen nazistische Parolen etwas in den Hintergrund. Zum neuen Lieblingsthema der extremen Rechten avancierte die Globalisierung, die nun auch aggressiv auf den Maidemonstrationen der NPD und ihrer Anhänger thematisiert wurde. Als Wurzel allen Unheils wird sie grundsätzlich abgelehnt. Es handelt sich hierbei eben nicht um eine Kritik, sondern um eine fundamentale Verweigerung vor internationalen Herausforderungen. Arbeit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit werden im Zusammenhang mit dem 1. Mai wiederum nur zu dem Zweck aufgegriffen, um gegen Ausländer und Fremde zu agieren und die eigene völkische Ideologie zu proklamieren.

In diesem Sinne wurde für den Aufmarsch am 1. Mai 2008 in Hamburg der Slogan »Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen, gemeinsam gegen Globalisierung!« gewählt. Hauptziel der NPD bzw. der gesamten »nationalen

72 Vgl. das Interview mit Hajo Funke in: Klaus Gertoberens (Hrsg.): Die braune Gefahr in Sachsen, Dresden 2004, S. 83.

73 Vgl. <http://erstermai.org>, Stand: 22.07.2008.



Opposition« müsse es schließlich sein, den »deutschen Arbeiter« vor der »ausufernden Internationalisierung« zu schützen. Der Parteivorsitzende der NPD brachte es am selben Tag auf der Kundgebung in Nürnberg noch deutlicher zum Ausdruck. Nach seiner Ansicht sei die »Politik der Globalisierung und der multi-kulturellen Überfremdung« die Hauptursache für die sozialen Missstände in Deutschland.<sup>74</sup> Der einstmals internationalistische Ansatz des Kampftages der Arbeiterklasse wird durch die NPD konterkariert und die Demonstrationen als Agitationsfeld für ihren modernisierten Rassismus missbraucht.

## **Völkische Rhetorik mit linkem Vokabular**

Auffallend ist bei den Aktivitäten der NPD und der sie umgebenden neonational-sozialistischen bzw. nationalrevolutionären Szene, dass mittlerweile nicht nur die Themen von linken Parteien und Organisationen übernommen, sondern sogar die Argumentationsstränge kopiert werden. Teilweise berufen sich NPD-Kader auf Studien von Sozialverbänden, deren Ergebnisse sie zum Anlass nehmen, ihre fremdenfeindlichen und rassistischen Scheinlösungen als die einzige Möglichkeit eines Ausweges darzustellen. In Artikeln der Fraktionszeitung der sächsischen NPD wird beispielsweise aus einer Untersuchung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zitiert, in der bundesweit Bedarfsgemeinschaften von Hartz-IV-Empfängern analysiert wurden. Keine Seltenheit auch in Anträgen, Pressemitteilungen und Debattenbeiträgen. Der Eingangssatz »Nach Berechnungen von Sozialverbänden [...]« wird nur zu gern bemüht, verleiht er der NPD doch eine gewisse, sonst nicht vorhandene Seriosität und kann dabei helfen, die eigenen Positionen als logische Schlussfolgerungen zu verpacken.

Ursprünglich linke Denkansätze werden sogar im Parteiprogramm der NPD in die Öffentlichkeit getragen. So fordert diese Partei die Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen, was an Gewerkschaftsforderungen erinnert und auch von der SPD erst 2007 in Form des sogenannten »Deutschlandfonds« in die politische Debatte eingebracht wurde. Auch einzelne Begrifflichkeiten wie die Metapher der »Heuschreckenplage«, die der damalige Vizekanzler Müntefering als Synonym für die hochspekulativen Hedge-Fonds und deren Investoren verwandte, fanden recht bald Einzug in den Sprachgebrauch der NPD, ebenso wie der sogenannte »Raubtierkapitalismus«. Prinzipiell ist durchaus festzustellen, dass die NPD und die sie umgebende rechtsextreme Szene verstärkt auf betont antikapitalistisches Vokabular zurückgreift.

Das brachte bereits die Sozialismusdebatte in der NPD Ende der 1990er Jahre zum Ausdruck. Die Ursache oder der Anlass dafür liegt jedoch, wie bereits mehrfach erläutert, nicht im tatsächlichen sozialen Verständnis dieser Partei begründet.

74 Vgl. Szymanski: »Unser Ideal ist die Gemeinschaft aller Deutschen«, unter: [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de), Stand: 22.07.2008.

Die Strategen der NPD sind vielmehr darauf aufmerksam geworden, dass die Folgen der neoliberalen Entwicklung in Deutschland große Teile der Bevölkerung für eine sozialistische Sozialstaatskritik empfänglich machten. Das ständige antikapitalistische Getöse mit teilweise sozialistischem Vokabular ist also nicht anderes als eine perfide Form des Populismus. Doch selbst diesen Vorwurf weiß die NPD in vermeintlich linker Manier zu kotern. So pflegt beispielsweise Holger Apfel<sup>75</sup> dem zu entgegnen: »Wir können damit leben, weil ›populus‹ bekanntlich nichts anderes als »Volk« bedeutet. In der Tat sind uns die Lebens- und Zukunftsinteressen unseres Volkes ein zentrales Anliegen.«<sup>76</sup> Aber was zunächst ein wenig an Gregor Gysi erinnert, der nicht müde wird bei Illner, Maischberger und Co. zu betonen, dass es nicht falsch sein könne, populäre Politik zu machen, verfolgt vor dem Hintergrund des biologisch-homogenen Volksverständnisses der NPD zweifelsfrei eine ganz andere Intention.

Auch die Kritik an zu hohen Managergehältern taucht regelmäßig in der Agitation der NPD und anderer rechtsextremer Kreise auf. Wird dann der Bogen zur Situation von Empfängern des Arbeitslosengeldes II gespannt, wähnt man sich zunächst nicht selten in einer Pressemitteilung eines linken Bundestagsabgeordneten. Signifikanter Unterschied rechtsextremer Pamphlete ist allein der Vermerk, dass es ausschließlich um biologisch Deutsche geht. Doch den überliest man nur allzu leicht. Gelegentlich geht diese Art der Agitation sogar so weit, dass rechtsextreme Kader Ideen einer antikapitalistischen »Querfront« verbreiten, in der linke und rechtsextreme Kräfte vereint gegen das kapitalistische System angehen.<sup>77</sup>

## Neoliberalismus und Adoleszenzkrise

Obwohl sich die rechtsextremen Kräfte nur zu oft wenig Mühe geben, ihr eigentliches Ziel einer biologisch-homogenen Volksgemeinschaft zu verbergen und die Methoden, wie das erreicht werden soll, zumindest in ihren eigenen Medien ebenso unverschleiert artikulieren, genießt gerade die NPD in einigen Landstrichen großen Zuspruch. Undemokratisch, autoritär, rassistisch und fremdenfeindlich, aber doch eben salonfähig! Wie kann das in einer etablierten Demokratie funktionieren? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, dass die extreme Rechte Zulauf erhält oder, deutlicher formuliert, dass mehr und mehr Menschen rechtsextremen Weltbildern und Ideologien anhängen? Gilt nicht in einer durch

75 Holger Apfel ist seit 2004 Vorsitzender der NPD-Fraktion im Landtag Sachsen, stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD und agiert zudem als Cheredakteur der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«. Zuvor war er u. a. Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«.

76 Vgl. NPD-Fraktion im Landtag Sachsen: Regionalwirtschaft, Arbeit und Familie, Plenardebatten im Sächsischen Landtag über den Doppelhaushalt 2007/2008 und die Schwerpunkte nationaldemokratischer Haushaltspolitik in Sachsen, Beiträge zur sächsischen Landespolitik, Heft 13, S. 16.

77 Vgl. »Rechtsextreme buhlen um Lafontaine und die Linke«. In: Spiegel online, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,490039,00.html>, Stand: 30.07.2008.

und durch marktorientierten Gesellschaft auch für die Politik das Prinzip von Angebot und Nachfrage, die sich gegenseitig bedingen, um Bedürfnisse zu entwickeln bzw. zu befriedigen?

Aus wissenschaftlicher Perspektive gibt es eine Fülle von Erklärungsansätzen, die allesamt für sich beanspruchen, das Maß aller Dinge zu sein. Wenn hier eine These aufgestellt wird, gibt es da eine Gegenthese. So dreht sich das Karussell fortwährend im Kreis. Übergreifende Ansätze, die sowohl das gesellschaftliche Umfeld, in dem rechtsextreme Weltbilder genährt werden, als auch das jeweilige Individuum – also die psychosoziale Ebene – ausreichend berücksichtigen, gibt es de facto kaum. Dabei muss deutlich werden, dass das Phänomen Rechtsextremismus durchaus nicht monokausal erklärbar ist. Das bedeutet, es gibt nicht die eine Ursache, die ausschlaggebend für ein rechtsextremes Weltbild ist. Vielmehr ist ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren grundlegend für die Hinwendung zu diesen menschenfeindlichen Ansätzen. Dieses geballte und mitunter zufällige Aufeinandertreffen verschiedener Elemente wird gemeinhin als Gelegenheitsstruktur bezeichnet.

Teil dieser, den Rechtsextremismus begünstigenden Gelegenheitsstruktur, sind die Folgen des durch eine verstärkt neoliberale Politik<sup>78</sup> mitverursachten sozio-ökonomischen Wandlungsprozesses in den verschiedenen europäischen Gesellschaften. In der aktuell diskutierten SIREN-Studie<sup>79</sup> werden drei Hauptmuster herausgearbeitet, die das europaweite Erstarken rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Formationen vor diesem Hintergrund erklären helfen.<sup>80</sup> Der andauernde sozio-ökonomische Wandel führt demzufolge auch in Deutschland verstärkt zu Ungerechtigkeitsgefühlen bei den Menschen, die aus Enttäuschung subjektiver Erwartungen erwachsen. Unternehmen werden umstrukturiert oder geschlossen, was mitunter Entlassungen oder Lohneinbußen der Mitarbeiter zur Folge hat.

Dabei wird unabhängig von Qualifikationen und erworbenen Erfahrungen vorgegangen. Die davon betroffenen Menschen werden unter dem Vorwand betriebswirtschaftlicher Zwänge somit nicht selten um den Lohn ihrer Arbeit und die nötige Anerkennung ihres Engagements gebracht. Die daraus entstehende Enttäuschung wird allerdings nicht ausschließlich auf Manager und Politiker projiziert, sondern auch auf Menschen, die in irgendeiner Form staatliche Sozialleistungen beanspruchen. Hier wird als Maßstab angesetzt, dass jene Personen auch ohne harte Arbeit ein auskömmliches Leben führten.

78 Unter Neoliberalismus wird hier, zweifelsfrei etwas verkürzt, eine ausschließlich angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verstanden, in der über Preissenkungen eine entsprechende Nachfrage erzielt werden soll. Die Preissenkungen werden in der Regel durch Einsparungen bei den Lohnkosten realisiert.

79 Hierbei handelt es sich um das EU-Forschungsprojekt »Socio-economic change, individual reactions and the appeal of the extreme right«, das sich mit den Folgen des sozio-ökonomischen Wandels in Europa und dem Zusammenhang daraus resultierender individueller Reaktionen und dem Rechtspopulismus auseinandersetzt.

80 Vgl. Gudrun Hentges, Jörg Flecker, Gabrielle Balazs: Potenziale politischer Subjektivität und Wege zur extremen Rechten. In: Butterwegge, Hentges: Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut, S. 136 ff.

Als zweites, die Affinität zum Rechtsextremismus begünstigendes Muster wird die Furcht vor Deklassierung sowie eine gewisse Ohnmacht hinsichtlich gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen benannt. Angst vor dem sozialen Abstieg als Folge prekärer Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit und einer dadurch bedingten Ausgrenzung aus der Gesellschaft befördern die Glorifizierung traditioneller Gemeinschaften und bewirken mitunter autoritäre Reaktionen. Dass diese Ängste objektiv oftmals unnötig scheinen, da es sich nicht selten um vermeintlich sichere Arbeitsverhältnisse handelt, zeigt die Dramatik dieser Entwicklungsprozesse. Verstärkt wird das Ohnmachtsgefühl durch ein Fehlen politischer Repräsentanz. Das bedeutet, dass die demokratischen Parteien zu selten die Sprache der Bevölkerung sprechen und somit ein Repräsentationsvakuum hinterlassen, in dem sich rechtsextreme Parteien breit machen können, sobald sie den Menschen Bürgernähe suggerieren und als »Kümmerer« auftreten.

Doch nicht nur mögliche Verlierer des sozio-ökonomischen Wandels haben offensichtlich ein Ohr für braune Theorien, sondern eben auch dessen Gewinner. So erkennt das dritte Muster der Studie, dass Menschen, die einen beruflichen Aufstieg innerhalb ihres Unternehmens erleben, dazu neigen können, sich im Rahmen des ökonomischen und sozialen Zwangs besonders stark mit ihrem Arbeitgeber und dessen Zielen zu identifizieren. Dieses psychologische Band kann in der Folge dazu führen, dass eine verstärkte Leistungsfixierung einsetzt, die die Ansprüche vor allem gegenüber den Kollegen, Nachgeordneten oder Untergebenen deutlich hebt. Das bedeutet, die Gewinner neoliberaler Prozesse können dazu übergehen, sozialdarwinistische Maßstäbe anzusetzen. Wer also nicht die Leistung erbringt, die man von ihm erwartet, wird gemobbt oder gar entlassen. Eben diese Idee von Aussiebung und Auslese haben neoliberale Entwicklungsvorstellungen mit dem Rechtsextremismus gemein.<sup>81</sup> Auch wenn die NPD nicht in das klassische Rechtspopulismusraster, das jenen Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Neoliberalismus erkennt, einzufügen ist, so sind doch Parallelen erkennbar. Schließlich verweist auch die NPD in ihren programmatischen Aussagen auf den Bestand des Leistungsprinzips.

Die besondere Bedeutung der Erkenntnisse der SIREN-Studie wird vor dem Hintergrund bisher geläufiger Theorien zur Erklärung des Phänomens Rechtsextremismus deutlich. So gelingt es in der Auswertung der europaweiten Analysen, die Modernisierungsverlierer- und die Modernisierungsgewinnerthese zusammenzufügen. Das erklärt nicht zuletzt den Erfolg rechtsextremer Wahlvereinigungen sowohl bei objektiv gut Situierten als auch bei den offensichtlich sozial Ausgegrenzten bzw. Abgehängten. Doch wie eingangs bereits formuliert, gelingt es mit diesen Erkenntnissen noch nicht in befriedigendem Maße, die Gelegenheitsstrukturen rechtsextremer Umtriebe in möglichst großem Umfang offen zu legen.

81 Vgl. Herbert Schui: Rechtsextremismus und totaler Markt [...]. In: Peter Bathke, Susanne Spindler: Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa, Berlin 2006, S. 52.

Ein begünstigendes gesellschaftliches Klima allein reicht noch nicht aus, um rechtsextreme Weltbilder anzunehmen oder wenigstens den politischen Vertretern jener Anschauungen das Votum an der Wahlurne zukommen zu lassen. Hier ist auch Personal nötig, das wenigstens den Anschein erweckt, die genannte Repräsentanzlücke zu schließen. Nur so können Wahlergebnisse von weit mehr als 20 Prozent zustande kommen. Außerdem gelingt es mit den Analyseergebnissen der SIREN-Studie nur unzureichend, die Ursachen für den Rechtsextremismus spezifisch unter Jugendlichen fassbar zu machen. Schließlich gelten Parteien wie die NPD doch vor allem bei Jugendlichen als angesehene Adresse. Auch wenn sie entsprechend ihrer Mitglieder- und Wählerzusammensetzung keine Jugendparteien sind, so wird ihr Bild auf der Straße doch allgemein durch junge Männer geprägt. Sicherlich spielen hier auch die Zukunftsängste vieler Jugendlicher eine nicht zu unterschätzende Rolle, zumal auch über die elterliche Prägung quasi mittelbar die Probleme der Elterngeneration aufgenommen werden. Eigene Erfahrungen hinsichtlich eines Auf- oder Abstiegs im Arbeitsalltag fehlen jedoch in den meisten Fällen schon allein aufgrund des geringen Alters jener Personengruppe. Hier könnte deshalb eine Theorie greifen, die auf den ersten Blick eher intellektuell abgehoben oder realitätsfern wirkt.

Der auch als Anti-Normalismusthese bezeichnete Ansatz, den unter anderem Ulrich Oevermann vertritt, besagt – etwas vereinfacht dargestellt –, dass Jugendliche im Zuge der Abkopplung vom Elternhaus dazu neigen, gegen das vorzugehen, was ihnen als »normal« erscheint. Demnach handele es sich zunächst um eine »unpolitische, nur von der Symbolwahl her mittelbar politische Expressivität und Orientierungslosigkeit«, die nicht zuletzt auch auf einer defizitären sittlichen Charakterbildung basiere.<sup>82</sup> Für jene defizitäre Charakterbildung können ein nicht funktionierendes Elternhaus sowie eine mitunter darauf zurückzuführende fehlende soziale Anerkennung im direkten Umfeld wie Schule oder Vereinsleben verantwortlich zeichnen. Mit dem Verweis auf die sozialen Probleme kann – wie oben bereits vermerkt – auch die Verbindung zu den Folgen des sozio-ökonomischen Wandels in der Gesellschaft hergestellt werden.

Neigen adoleszente Jugendliche allgemein zur Rebellion gegen die »normale Gesellschaft«, lernen sie im Zuge ihres Entwicklungsprozesses gewöhnlicherweise eigenverantwortlich, rational und unabhängig, aber doch im Sinne des Gemeinwohls, an das ihr Sein gebunden ist, zu entscheiden. Allerdings wird dieser zeitweise Gegensatz durch die Charakterdefizite, die sich der Jugendliche in seinen Sozialisationsphasen aneignete, verstärkt. Die Verletzung der Sittlichkeit und die Suche nach der größtmöglichen Provokation kennen nun nahezu keine Grenzen mehr. Die offene Sympathie für den Nationalsozialismus und seine Vertreter sowie die damit im Zusammenhang stehenden Gewaltexzesse verleihen dem Ausdruck.

82 Vgl. Ulrich Oevermann: Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen. In: Hans-Dieter König: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt a. Main 1998, S. 84.

Weist dieser Ansatz einerseits Brücken zu den Erkenntnissen der SIREN-Studie auf – schließlich wirken sich die Unsicherheit, der Frust und die Abstiegsängste der Menschen auch auf deren Familien und somit die folgenden Generationen aus –, so fügt er den Gelegenheitsstrukturen noch einen weiteren Aspekt hinzu. Hier ist nämlich die Rede von der jeweils spezifischen psychosozialen Situation des zum Rechtsextremismus oder zu seinen Symbolen neigenden Jugendlichen. Doch auch bei der Anti-Normalismusthese werden alsbald Erklärungsgrenzen offensichtlich, unterstellt sie den Jugendlichen doch, mehr oder weniger unpolitisch zu sein. Eben hier sind rechtsextreme Organisationen mittlerweile wesentlich weiter. Schließlich durchlaufen Anhänger der Szene schon nach kurzer Zeit intensive Schulungen, um auch langfristig bei der Stange gehalten zu werden. Der »Kampf um die Köpfe« bildet bei der NPD eine der wesentlichen strategischen Säulen. Nur so ist außerdem begreiflich zu machen, warum eben nicht primär Jugendliche die Parteikader stellen.

In jedem Fall ist die NPD und sind rechtsextreme Kreise Nutznießer der Unzulänglichkeiten einer Gesellschaft. Rechtsextremismus muss deshalb grundsätzlich als Pathologie gesellschaftlicher Prozesse verstanden werden. Je weniger sie funktioniert, desto größer ist die Anfälligkeit für rechtsextremes Gedankengut.

### **Arbeit nur als Mittel zum Zweck**

Im Rahmen des kapitalistischen Systems wird Arbeit zum bloßen Werkzeug der Existenzsicherung degradiert. Folglich dreht sich in dieser Gesellschaft nahezu alles darum, an einen Arbeitsplatz zu gelangen, der zudem ein auskömmliches Einkommen garantiert. Vor dem Hintergrund neoliberaler Entwicklungstendenzen ist das jedoch zunehmend schwerer. Eine immense Arbeitslosigkeit sowie mitunter ausbeuterische Mini- und Medi-Jobs sind zunehmend enger mit wachsender Armut und sozialer Unsicherheit verbunden. Die soziale Frage rückt demnach mehr und mehr in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Eben das haben die rechtsextremen Akteure in Deutschland, und allen voran die NPD, begriffen.

Es war und bleibt jedoch auch kein Geheimnis, dass der deutsche Rechtsextremismus die soziale Frage nur missbraucht, um sein biologistisch-völkisches Verständnis von Nation und Gemeinschaft zu vermitteln. Hier macht die NPD keine Ausnahme, sondern ist derzeit sogar der wichtigste Akteur auf dem Spielfeld der extremen Rechten. Eine Gesellschaft, in der Menschen leben, die zunehmend mit schweren biographischen Brüchen, Erfahrungen des sozialen Abstiegs oder der Angst vor selbigem leben müssen, bietet – gepaart mit einer cleveren Strategie der Vereinnahmung sozialer Themen – ein ideales Umfeld für einen modernisierten Rechtsextremismus.

Was früher als biederer Nationalismus mit chauvinistischem Anstrich offen zur Schau getragen wurde, kann nun hinter der neu errichteten Fassade des rechten

Samariters als unabdingbare Notwendigkeit in die Bevölkerung getragen werden. Hier greift nicht einmal mehr das oft bemühte Sprichwort des alten Weins in neuen Schläuchen. Denn das Nationen- und Gemeinschaftsverständnis, das die NPD vertritt, ist vor dem Hintergrund der globalisierten Gesellschaften allenfalls abgestandenes Wasser. Und dennoch bietet diese Partei den von steigender Nachfrage begleiteten Angebotsmix aus Autoritarismus und Wohlstandschauvinismus. Sie kommt mit ihren Forderungen denen, die nach einem Sündenbock suchen, entgegen und sät Neid und Missgunst vor allem den Schwächsten in der Gesellschaft gegenüber – den nicht Angepassten, den in Parallelgesellschaften lebenden, den Asylsuchenden, den Obdachlosen, den Einwanderern – kurz: all jenen gegenüber, die nicht in das eng gefasste Raster des nationalen Deutschen passen.

Ihr betont antikapitalistisches Gesicht konterkariert sie, indem sie sich auf ein maßstabsloses Leistungsprinzip beruft und sich somit dem kapitalistischen Zwang des Imperativs von Arbeit anpasst. Sie stellt sich nicht den gesellschaftlichen und internationalen Problemen, sondern verweigert sich als »nationale« Fundamentalopposition. Sie stellt sich bewusst außerhalb des Systems und ist somit auch objektiv an keiner positiven Veränderung interessiert. Arbeit ist für die NPD kein Wert an sich, sie ist das Thema, das den Menschen unter den Nägeln brennt und deshalb das beste Instrument, um sich als politische Alternative zu geben. Kein Menschen verbindender Ansatz, sondern ausschließlich Aussiebung und Selektion bestimmen das Begriffsverständnis der NPD und des deutschen Rechtsextremismus. Die Projektion von Klischees auf Nichtdeutsche bildet in diesem Zusammenhang die funktionierende Methode.

Ein absoluter Protektionismus, der gleichbedeutend mit einer Totalabschottung nach außen ist und an Autarkiebestrebungen des Dritten Reiches erinnert, wird als Antwort auf die globalen Wirtschaftsprobleme gepriesen. Alles in allem wird jedoch eine an gefährlicher Ideenlosigkeit nicht zu überbietende Weltanschauung hoffähig, durch ein hilfloses Agieren der demokratischen politischen Kräfte, die die Basis für den Erfolg des Rechtsextremismus in Deutschland nicht zuletzt durch ihre Sozial- und Arbeitsmarktpolitik schaffen.

## Arendt und Arbeit

Reflexion einer interaktiven Erprobung von Arendts Begriffen  
des Tätigseins

### Notwendigkeit und Freiheit

In ihrem Buch *Über die Revolution* gibt Hannah Arendt, die sich als Verteidigerin der Amerikanischen Revolution sieht, selbstkritisch an: »Wenn man uns vorwarf, wir verstünden unter Freiheit nicht mehr als freie Marktwirtschaft, haben wir wenig getan, diese ungeheuerliche Unwahrheit zu widerlegen, ja sie mitunter auch noch bekräftigt [...].«<sup>83</sup> Und wenig später kommt sie in derselben Frage zu dem Ergebnis: »Aber selbst, wenn man die freie Marktwirtschaft ökonomisch nur für einen Segen hält, dürfte diese Freiheit doch immer noch sehr sekundärer Natur sein, wenn man an die wirklich politischen Freiheiten denkt – Gedanken- und Redefreiheit, Versammlungs- und Organisationsfreiheit.«<sup>84</sup>

Es ist diese Unterordnung alles Ökonomischen unter das Primat der Freiheit, welche das eigentliche Ziel aller Revolutionen sei, die Arendt in den Augen vieler Theoretiker als unzeitgemäß erscheinen lässt.<sup>85</sup> Die Trennung von Notwendigkeit (erst müssen die Menschen versorgt werden) und Freiheit (dann können sie sich dem Handeln in der Öffentlichkeit zuwenden) erscheint in der Zeit der sogenannten Globalisierung, in denen viele eine neue politische Ökonomie einfordern, überholt zu sein. Der Einwand gegen Arendt lautet aus dieser Perspektive: Müssen die ökonomisch Benachteiligten nicht vielmehr in der politischen Öffentlichkeit auf ihre Rechte und Benachteiligungen aufmerksam machen und materielle Umverteilung einfordern? Tatsächlich lässt sich eine solche Forderung nach der Durchsetzung von Interessen einer Gruppe oder Minderheit mit Arendt nicht denken, denn Arendts Verständnis von Öffentlichkeit ist gerade nicht das einer Sphäre, die der Durchsetzung eigener ökonomischer Interessen dient, die von Arendt immer dem Privaten zugeordnet werden. Sozialökonomische Debatten und Auseinandersetzungen in der politischen Öffentlichkeit sind aber trotzdem mit Arendt thematisierbar, allerdings nur dann, wenn sie aus einer bestimmten Perspektive geführt werden – aus der Perspektive auf die Gestaltung einer gemeinsamen Welt, in der es ein *allgemeines* Problem, d. h. eines für alle, darstellt, wenn es Menschen gibt, die aus dieser Welt ausgeschlossen sind, und sei es des-

83 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, München/Zürich 2000, S. 279.

84 Ebenda, S. 280.

85 Vgl. Otfried Höffe in: Peter Kemper (Hrsg.): *Die Zukunft des Politischen*, Frankfurt a. Main 1993.



halb, weil sie sich mit nichts anderem beschäftigen können als mit ihrer eigenen Not.<sup>86</sup>

In ihrem Kapitel über die »soziale Frage« beschreibt Arendt anknüpfend an Brechts Worte über die Armen, die »im Dunkeln« sind<sup>87</sup>: »Selbst wenn die Not des Elends gestillt ist, bleibt es das Unglück der Armut, daß das Leben keine Folgen in der Welt hat, keine Spur in ihr hinterläßt, daß es von dem Licht der Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, in dem allein das Ausgezeichnete und Außerordentliche aufleuchten kann.«<sup>88</sup> Diese Darstellung setzt Armut nicht nur mit materieller Not in eins, sondern mit dem Ausschluss aus einer (politischen) Öffentlichkeit, die sich erst konstituiert durch diejenigen Subjekte, die in ihr handeln. Politisch ist nach Arendt nicht die Sphäre bürokratischer Verwaltung und Zuteilung, die landläufig als Politik bezeichnet wird, sondern politisch können nur lebendige Prozesse sein, die sich zwischen Menschen abspielen und die selbst erst Öffentlichkeit herstellen. Daraus folgt nun, dass Armut von Arendt nicht in erster Linie als ein Zustand beschrieben wird, in dem man etwas nicht bekommt, sondern Arendt legt den Akzent darauf, dass man, wenn man arm ist, daran gehindert wird, selbst aktiv zu werden, was für sie heißt, sich an der Gestaltung der gemeinsamen Welt zu beteiligen. Die Behauptung Arendts, Arme seien von der Freiheit ausgeschlossen, hat nun überhaupt nichts gemein mit der heute oft zu hörenden neoliberalen Forderung, die Armen sollten ihr Schicksal, d. h. die materielle Verbesserung ihrer Lage, selbst in die Hand nehmen. Denn dass Arendt mit Freiheit nicht die Freiheit des unternehmerischen Selbst<sup>89</sup> meint, sondern etwas, das über die eigene Versorgung hinausgeht, liegt klar auf der Hand.

Arme werden wiederum in unseren Debatten zumeist als Menschen dargestellt, die aus verschiedenen Gründen keine Arbeit bekommen haben. Weitläufige Wortgefechte führen wir über die Frage, ob dieser Sachverhalt mehr mit globalen ökonomischen oder regionalen verwaltungspolitischen Strukturen zu tun hat oder eher mit individuellen Versäumnissen.

Zu nahezu allen Darstellungsvarianten von der Viktimisierung Arbeitsloser bis zur Aufforderung, unternehmerische Initiative zu ergreifen, liegen Arendts Bestimmungen einer in erster Linie nicht-ökonomisch orientierten Öffentlichkeit quer. Und das macht sie interessant für uns und unsere Situation. Denn ihre Thesen stellen eine Herausforderung dar in der historischen Situation des auf das Ökonomische eingeeengten Blicks. Menschen ohne Arbeit (wenn sie nicht anderweitig versorgt werden) sind in der gegenwärtigen kollektiven Wahrnehmung lediglich Menschen, die sich etwas nicht leisten können – eine Urlaubsreise, den

86 Diesen Akzent setzt auch Rahel Jaeggi in ihrem Artikel: *Wie weiter mit Hannah Arendt?* in: *Wie weiter mit?* Hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg (Hamburger Edition), 2008.

87 »Denn die einen sind im Dunkeln / Und die anderen sind im Licht. / Und man siehet die im Lichte, / die im Dunkeln sieht man nicht.« Vgl. Arendt: *Über die Revolution*, S. 86. Siehe Bertolt Brecht: *Schluss-Strophen des Dreigroschenfilms 1930*.

88 Arendt: *Über die Revolution*, S. 86.

89 Vgl. Ulrich Bröckling: *Das unternehmerische Selbst*, Frankfurt a. Main 2007.

Theaterbesuch, die Eintrittskarten in den Zoo; das macht ihren Mangel aus, so die übliche Darstellung. Diese Dinge werden meistens als »das Nötige« postuliert und ein Streit findet darüber statt, ob die armen Menschen ein Telefon brauchen oder nicht, einen Zoobesuch, eine Urlaubsreise oder eine gesunde Ernährung. Die Meinungen gehen an diesem Punkt sehr weit auseinander, niemand kann für sich in Anspruch nehmen, allein zu definieren, was das Nötigste denn eigentlich sei. Ganz unmerklich stellt sich bei diesen Debatten heraus, dass hier der Ausschluss einer immer größer werdenden Gruppe von Menschen aus dem Konsum verhandelt wird. Diese Feststellung ist keine Verharmlosung, denn der Ausschluss passiert in einer Welt, in dem das Konsumierenkönnen mittlerweile die herausragende Rolle zu spielen scheint.

Und an diesem Punkt lässt sich nun Arendt produktiv machen. Denn aus ihrer Perspektive müssen die Konflikte und Defizite anders beschrieben werden. Damit soll nicht gesagt sein, dass materieller Mangel nicht auch von ihr anerkannt wird, als Grund für andere – in ihren Augen schwerwiegendere – Exklusionen. Der Blick Arendts auf das Problem der Exklusion von arbeitslosen und armen Menschen aus der Gesellschaft unterscheidet sich aber von unseren weitläufigen Diskussionen über das anerkannte Maß an materiellen Bedürftigkeiten dadurch, dass man laut Arendt per Definition nicht ausgeschlossen werden kann durch verminderte Konsumfähigkeit; sondern Exklusionen finden statt, indem manchen Menschen das »Licht der Öffentlichkeit« vorenthalten bleibt.<sup>90</sup> Die Öffentlichkeit Arendts aber ist keine, die lediglich durch »Teilhabe« erlangt werden kann, sondern beraubt werden Menschen vielmehr ihrer aktiven Handlungsfähigkeit, die weit über den Begriff der Teilhabe hinausgeht. Der »Verlust der Welt« wird von Arendt nicht als mangelnde ökonomische Potenz beschrieben, sondern als Kontaktarmut und Passivität, die Menschen erleiden, wenn ihr Leben nur noch im Privaten stattfindet.<sup>91</sup> So sind Anerkennung und Lob laut Arendt nur wertvolle Güter, wenn sie (vielleicht erst mühsam) durch Handeln entstehen in der sich durch dieses Handeln auch für die handelnde Person erst konstituierenden Öffentlichkeit. Erwirbt man »Anerkennung und Lob« dagegen »so billig wie nur möglich« und konsumiert sie »wie andere Konsumgüter auch«<sup>92</sup>, hat man sie in gewisser Hinsicht »ökonomisiert« und damit aus Arendts Perspektive entwertet. Defizient leben also nach Arendt nicht allein die sogenannten Armen, die im Dunkeln bleiben, sondern als mangelhaft wäre z. B. auch ein Leben zu verstehen, in welchem öffentliche Anerkennung behandelt wird wie ein privates Gut, das, einer Ware oder einem Besitz gleich, angehäuft wird. In beiden Fällen geht es um einen Verlust der *gemeinsamen* Welt, die sich allein durch »das Faktum menschlicher Pluralität« manifestiert.<sup>93</sup>

90 Ebenda, S. 86.

91 Vgl. Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München/Zürich 2002, Sechstes Kapitel: Die Vita activa und die Neuzeit, S. 318-415.

92 Arendt: Über die Revolution, S. 87 f.

93 Arendt: Vita activa, S. 213.

## **Arbeit, Armut und Konsum – die Lage in den kleinen Städten**

Die Situation in den kleinen Städten und Dörfern in den neuen Bundesländern ist bis auf wenige Ausnahmen prekär. Doch sprechen die Häuser eine andere Sprache – die heute zumeist renovierten Gebäude verschweigen die jüngere Geschichte. An ihren Fassaden lassen sich nicht mehr die Ereignisse der zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ablesen. Lediglich die Ruinen der Industriegebäude, die bald abgerissen sein werden, sprechen von dem Untergang ganzer Industrien, von einer kompletten Verwandlung der Landschaft. Jedoch finden sich hinter den Fassaden bis heute Menschen, deren Biographien durch die politischen und sozialen Umbrüche komplett verändert wurden. Auch wenn man soziopolitische Entwicklungen, die heute grob unter dem Stichwort der »Globalisierung« zusammengefasst werden, beiseite lässt, finden sich in jeder Biographie Brüche und Umorientierungen, die zwangsläufig jeden Einzelnen und jede Einzelne zur Entwicklung neuer Weltbilder – eines neuen Verständnisses einer gemeinsamen Welt, wie Arendt es formulieren würde – herausgefordert haben.

Eine hohe Arbeitslosigkeit, Schrumpfung und Abwanderung sind die Phänomene, mit denen sich die Menschen in ländlichen Regionen und kleinen Städten auseinander zu setzen haben, Armut und Verlust von Selbstvertrauen sind die Folgen. Zur Kompensation stehen den Menschen (so wie anderswo auch) verschiedene Verhaltensweisen zur Auswahl: Alltagsrassismus, ausufernder Konsum (wenn man ihn sich leisten kann), Wellness-Angebote oder übermäßige Nahrungsmittelaufnahme (dies auch für die Ärmere). Nicht mehr zu erlangen ist für viele Menschen eine Selbstbestätigung über berufliche Perspektiven, sind doch erstens die meisten leitenden Funktionen in Universitäten, Museen und Betrieben durch westdeutsche LeiterInnen und GeschäftsführerInnen besetzt und haben sich zweitens große Gruppen der Bevölkerung in den letzten zwei Jahrzehnten in prekären staatlichen Beschäftigungsverhältnissen wie den sogenannten ABM-Maßnahmen und Ein-Euro-Jobs aufgehoben, in denen die beruflichen Perspektiven gegen Null tendieren. Die materielle Versorgungslage ist dagegen nicht so schlecht wie die von vielen Bürgern anderer postsozialistischer Länder. Auch den Beziehern von Hartz IV wird ein gewisser materieller Standard geboten, werden medizinische Versorgung, Miete und Heizung bezahlt. Will man von Prekarität sprechen, muss dieser Ausdruck hier und heute also noch etwas anderes bedeuten als absolute materielle Armut der Einzelnen.

### **Kunst mit Arendt über Arbeit**

Weißenfels in Sachsen-Anhalt ist eine solche Stadt, in der die Industrien verschwunden sind. Ehemals eine Arbeiterstadt, in denen die meisten Menschen von der Schuhindustrie oder der Chemieindustrie im nahe gelegenen Chemiestandort

Leuna lebten, ist es heute geprägt durch eine entleerte Innenstadt mit vielen historisch wertvollen Gebäuden, die z. B. aus der Barockzeit stammen und für die es auch nach der Renovierung nicht durchgängig Nutzungskonzepte gibt, sowie durch eine hohe Arbeitslosigkeit. Der Name des Kunstraums, in den ich eingeladen wurde, um eine künstlerische Arbeit für Weißenfels zu konzipieren, lautet ganz passend zur Situation: Brand-Sanierung. Die Brand-Sanierung befindet sich in einem nichtrenovierten ehemaligen Mietshaus; hinten im Hof verfällt seit 20 Jahren eine kleine zweistöckige Industriearuine. Am Tag der ersten Besichtigung des Ortes war nachts das Dach des Hofgebäudes heruntergekommen. Für diesen Ort war ich eingeladen, etwas zu entwerfen.

Ich entschied mich, Menschen aus ganz verschiedenen Schichten und Gruppen der Stadt einzuladen, mit mir zusammen Ausschnitte aus dem Buch zu lesen, das Hannah Arendt über die Geschichte und das Phänomen des Tätigseins geschrieben hat: *Vita activa*. Zusammen mit der einladenden Institution und der Projektassistentin Sarah Linke entwarfen und verteilten wir 10 000 Flyer als Einladungen zu den Lesekursen in der Stadt und besuchten viele Vereine, Betriebe und Institutionen, in denen wir unser Projekt vorstellten. Der Titel des Kunstprojektes *Berufung – Job – Maloche? Arbeiten Herstellen Handeln* ließ einige erst einmal im Unklaren, machte aber andererseits auch neugierig, wie wir später erfuhren. In einer Pressekonferenz gingen wir mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, gemeinsam in Hannah-Arendt-Lesekursen über den Begriff und das Phänomen der Arbeit in der aktuellen Situation nachzudenken.

Zugrunde lag die oben angesprochene Überlegung, dass Arendts Gedanken eigentümlich quer stehen zu unseren aktuellen Debatten über vorhandene und nicht vorhandene Arbeit. Dies prädestiniert Arendt dazu, heute wieder gelesen zu werden, so die These, mit der wir an die Öffentlichkeit gingen. In den Lesekursen sollte es also nicht darum gehen, sozialökonomisch zu argumentieren oder verwaltungspolitisch. Auch nicht darum, Anleitungen zu geben, wie man unternehmerisch tätig wird oder Ähnliches. Auch Opferperspektiven von Betroffenen, wie sie momentan oft in journalistischen Berichten zu finden sind, sollten nicht produziert werden. In den Lesekursen ging es vielmehr darum, miteinander zu reden und sich in diesem Austausch auf eine dritte Instanz zu beziehen: auf den Text von Arendt. Glücklicherweise wurden die Kurse ausgiebig in der regionalen Presse begleitet und ich erhielt sogar eine Einladung, auf der wöchentlich auf dem Marktplatz von Weißenfels stattfindenden Montagsdemonstration eine kleine Ansprache zu halten.

Acht Kurse fanden dann in einem Zeitraum von zwei Monaten in den Räumen der Brand-Sanierung statt, an ihnen nahmen 90 Menschen teil, die ich im Anschluss an den Kurs um ein Statement vor der Kamera bat. Etwa ein Drittel der Teilnehmer traute sich, vor der Kamera etwas über die gefühlte Situation in der Stadt und in der Region und zu den Eindrücken, die er oder sie über *Vita activa* gewonnen hatte, zu erzählen. Aus den Statements sowie aus Mitschriften der O-Töne aus den Kursen entwickelte ich eine Video-Installation für einen großen

Raum – bestehend aus elf thematisch geordneten Filmen in fünf Monitoren und Zitaten aus den Diskussionen, in roter Schrift an die Wände gebracht. Eine dritte Ebene stellten die mitten im Raum stehenden weiß gestrichenen »akademischen Pulte« dar, auf denen Ausschnitte aus *Vita activa* zu lesen waren. Diese Präsentationssituation wurde in der internationalen Ausstellung *Hannah-Arendt-Denkraum* gezeigt, die Ende 2006 in der Jüdischen Mädchenschule in Berlin und 2008 in der Moses-Mendelssohn-Akademie in Halberstadt zu sehen war, und sie wurde darüber hinaus natürlich auch in Weißenfels den Teilnehmern der Kurse und allen Interessierten aus der Stadt und Region vorgestellt.<sup>94</sup>

Zu den Kursen in Weißenfels waren Menschen aus ganz unterschiedlichen sozialen Schichten gekommen: von der Ein-Euro-Jobberin über Studenten, Arbeiter, Praktikanten, Angestellte und Menschen in Umschulungsmaßnahmen bis hin zu einem promovierten Rentner. In der ersten Stunde ging es jeweils darum, im Gespräch die gemeinsame Situation in Bezug auf unser Verständnis von Arbeit zu beschreiben, und nicht selten auch darum, relativ düsteren Stimmungen wie Mutlosigkeit und Verzweiflung einen Raum zu geben. Die so gesammelten Bestimmungen wurden in einem zweiten Schritt konfrontiert mit Arendts Begriffsbestimmungen von Öffentlichkeit und Privatheit, von Arbeiten, Herstellen und Handeln. In manchen Kursen kamen noch Texte über die für Arendt ebenfalls wichtigen Begriffe Gleichheit, Verzeihen und Versprechen hinzu. Erst im dritten, abschließenden Teil versuchten wir, das Gelesene auf aktuelle Diskussionen, wie z. B. die des unbedingten Grundeinkommens, anzuwenden.

Nicht wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer reflektierten in dem kurzen Interview, das sie im Anschluss vor der Kamera gaben, über das Verhältnis von Praxis und Theorie und darüber, was sie mit dem Gedachten und Gesagten anfangen bzw. auch nicht anfangen können. Sie überprüften Arendts Begrifflichkeiten kritisch und verglichen diese immer wieder mit einem Grundwissen des Marxismus, das fast allen Teilnehmern interessanterweise mindestens implizit zur Verfügung stand. Ein gemeinsames Essen, gesponsert von einem städtischen Unternehmen, schloss den jeweiligen Kurs ab.

Die Ergebnisse der Lese- und Diskussionskurse finden sich nun in der Stimmenvielfalt der Ausstellung selbst. Auch wenn sie nicht verallgemeinerbar sind, ist doch eines durch die künstlerische Arbeit ans Licht gebracht worden: Die Menschen in der Region, die fast alle geprägt sind durch Brüche in ihren Arbeitsbiographien, sind in der Lage, viel zur Beschreibung und Erläuterung der Situation beizutragen und sollten als eines behandelt werden – nämlich als sprechende Subjekte, vielleicht sogar als potenzielle Handelnde im Sinne Arendts.<sup>95</sup>

94 Vgl. [www.hannaharendt-denkraum.com](http://www.hannaharendt-denkraum.com), Stand: 15.7.2009.

95 Zu diesem Vorgang, dass im Kunstprojekt der Lesekurse Ohnmacht teilweise in Macht (der eigenen Beschreibung der Situation) verwandelt wurde, vergleiche auch meine Darstellung und die von Andreas Wegner in der Zeitschrift *polar*: Judith Siegmund: »Berufung – Job – Maloche. Kunst mit Arendt zum Ende der Arbeit«. In: *polar. Zeitschrift für Politik, Theorie, Alltag*, Nr. 3: Tun und Lassen. Über Arbeiten, 2008.

## Vita activa – Arbeiten, Herstellen, Handeln

In ihrem Buch *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, das zuerst 1958 auf englisch unter dem Titel *The Human Condition* erschienen war, geht Hannah Arendt davon aus, dass es sich bei unserer Gesellschaft seit dem 17. Jahrhundert um eine Gesellschaftsform handelt, die auf dem Phänomen und Begriff von *Arbeit* aufbaut. Sie nennt die Gesellschaft »im Ganzen eine Arbeitsgesellschaft«. <sup>96</sup> Die Überlegung, dass es in der Moderne nun darum geht, eine Arbeitsgesellschaft von der Arbeit zu befreien, über die diese sich ja definiert, legt die Frage nach dem nahe, was denn an die Stelle der Arbeit treten solle. »[U]nd diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um deretwillen die Befreiung sich lohnen würde«. <sup>97</sup> Aus dieser Zustandsbeschreibung leitet Arendt ihr Programm ab, »nachzudenken, was wir eigentlich tun, wenn wir tätig sind«. <sup>98</sup> Die »allerelementarsten Gliederungen, in die das Tätigsein überhaupt zerfällt«, sind laut Arendt erstens die Tätigkeit der »Arbeit«, die zum Erhalt der Lebensnotwendigkeiten verrichtet wird, die eng an den Organismus gebunden bleibt, zweitens das »Herstellen«, in dem sich »die Angewiesenheit menschlicher Existenz auf Gegenständlichkeit und Objektivität« zeigt, und drittens das »Handeln«, welches sich in der Pluralität »direkt zwischen Menschen abspielt«.

»[D]as Arbeiten [ist] niemals ›fertig‹, sondern dreht sich in unendlicher Wiederholung in dem immer wiederkehrenden Kreise, den der biologische Lebensprozeß ihm vorschreibt und dessen ›Mühe und Plage‹ erst mit dem Tod des jeweiligen Organismus ein Ende findet.« <sup>99</sup>

»Über das Ende des Herstellungsprozesses kann dagegen gar kein Zweifel bestehen, er ist zu Ende, wenn ein ganz und gar neues Ding, das beständig und eigenständig genug ist, von nun an ohne alle Hilfe des Menschen in der Welt zu bleiben, dem Gebilde von Menschenhand hinzugefügt worden ist.« <sup>100</sup> Hergestellt werden laut Arendt handwerkliche Dinge, aber auch Texte, in denen Gedachtes fixiert wurde, oder auch Kunstwerke. Herstellen setzt in jedem Fall eine Isolation der Menschen, die etwas herstellen, für die Dauer des Herstellungsprozesses voraus. Erst wenn der Gegenstand bereits fertig ist, kann er in der Öffentlichkeit wirken.

Herausgehoben unter den Formen des Tätigseins ist bei Arendt das Handeln, welches das Politische als eine öffentliche Sphäre konstituiert. Das Handeln spielt sich ab unter gleichen (also nicht herrschenden und beherrschten) Menschen und kann sich erst durch einen Verzicht auf einen Rückzug ins Private entfalten. »Weil jeder Mensch auf Grund des Geborensseins ein *initium*, ein Anfang und Neu-

96 Vgl. Arendt: *Vita activa*, S. 12.

97 Ebenda, S. 13.

98 Ebenda, S. 14.

99 Ebenda, S. 117.

100 Ebenda, S. 169.

ankömmling in der Welt ist, können Menschen Initiative ergreifen, Anfänger werden und Neues in Bewegung setzen.«<sup>101</sup> »Handelnd und sprechend offenbaren die Menschen jeweils, wer sie sind, zeigen aktiv die personale Einzigartigkeit ihres Wesens, treten gleichsam auf die Bühne der Welt, auf der sie vorher so nicht sichtbar waren [...].«<sup>102</sup>

Arendt modifiziert in ihren drei Begriffen des Tätigseins aristotelische Vorstellungen der Organisation der Polis in der Antike, in der die Sklaven- und Familienarbeit der einen das freie Handeln der anderen erst möglich machte. So kann es aber evidentermaßen nicht mehr von ihr gemeint sein – die einen sollen nicht in Arendts Begriffen arbeiten, damit die anderen handeln können. Was ist dann unter den postsozialistischen Bedingungen schrumpfender Industrieregionen heute interessant am Arendt'schen »Handeln«? Der Begriff steht nicht für unternehmerische Aktivität, nicht für Eigeninitiative in der Karriereplanung oder Ähnliches. Es muss mit ihm also eine Dimension des Tätigseins bezeichnet sein, die über Erwerbsarbeit oder ökonomisches Kalkül hinausgeht. »Handeln und Sprechen sind Vorgänge, die von sich aus keine greifbaren Resultate und Endprodukte hinterlassen. Aber dies Zwischen ist in seiner Ungreifbarkeit nicht weniger wirklich als die Dingwelt unserer sichtbaren Umgebung. Wir nennen diese Wirklichkeit das Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten, wobei die Metapher des Gewebes versucht, der physischen Ungreifbarkeit des Phänomens gerecht zu werden.«<sup>103</sup>

In dem Begriff des Handelns spricht Arendt eine Bewertung aus, die über eine bloße Deskription von Tätigsein hinausgeht: Handeln steht für eine Dimension des Tätigseins, die sich dem Ökonomischen entzieht – für die Gestaltung der gemeinsamen Welt.<sup>104</sup> Bevor man mit dem Handeln beginnt, muss es die Idee einer gemeinsamen Welt geben, denn sie kann laut Arendt nicht aus dem Privaten bzw. aus privaten Interessen geboren werden. Der Begriff des Handelns steht somit für einen Anspruch, den Menschen an sich, an ihr Leben und an ihre Welt erheben, unabhängig von ihrer ökonomischen Existenz. Und vermutlich existiert eine Tradition solcher Ansprüche, bei denen es sich nicht um religiöse Ansprüche handelt, in der Region der ehemals sozialistischen Bundesländer.

## Privatheit versus Öffentlichkeit

Die beiden Begriffe »das Private« und »das Öffentliche« und ihre Beschreibung, die Arendt an den antiken Gegensatz von Lebenserhaltung im Privaten und Freiheit in der Öffentlichkeit der griechischen Polis bindet, bilden eine Art Basis, aus der heraus sich *Vita activa* entwickelt. Weil das Private dadurch bestimmt ist, dass

101 Ebenda, S. 215.

102 Ebenda, S. 219.

103 Ebenda, S. 225.

104 Ebenda, S. 71 f.

es »vornehmlich von den menschlichen Bedürfnissen und Lebensnotwendigkeiten diktiert«<sup>105</sup> wird, ist der oder die, die nur ein Privatleben führt, »wesentlich menschlicher Dinge beraubt. Beraubt nämlich der Wirklichkeit, die durch das Gesehen- und Gehörtwerden entsteht, beraubt einer ›objektiven‹, d. h. gegenständlichen Beziehung zu anderen, die sich nur dort ergeben kann, wo Menschen durch Vermittlung einer gemeinsamen Dingwelt von anderen zugleich getrennt und mit ihnen verbunden sind [...].«<sup>106</sup> Der Begriff des »Öffentlichen«, den Arendt dem »Privaten« entgegengesetzt und an den die Tätigkeiten des Sprechens und Handelns gebunden sind, bezeichnet nach Arendt »die Welt selbst, insofern sie das uns Gemeinsame ist und als solches sich von dem unterscheidet, was uns privat zu eigen ist«.<sup>107</sup>

Arendt beklagt, nachdem sie ihre Definitionen des Öffentlichen und des Privaten eingeführt hat, einen Prozess, der ihrer Meinung nach unaufhörlich in der Neuzeit voranschreitet und in der Zeit der Moderne seinen Höhepunkt findet: Sie klagt über die Öffentlichmachung des Privaten. Indem nun alle Kategorien der Öffentlichkeit, wie z. B. öffentliches Ansehen, »privatisiert werden«, verfallende (metaphorisch gesprochen) der Wert, der diesen öffentlichen Werten ursprünglich zugekommen sei. Öffentliches Ansehen, das in der griechischen Polis ein Selbstzweck war und der Unsterblichkeit der menschlichen Gattung (also aller Menschen) diene, wird nun ein privates Gut, ja man kann sagen, es wird als privates Eigentum betrachtet, das mit einer geldlichen Vergütung auf der gleichen Stufe steht. Das Geld, also die finanzielle Vergütung der Arbeit, gehört für Arendt bloß zum Privaten, zu dem, was man einfach braucht und verbraucht, um als Individuum, als Familie oder als menschliche Gattung weiter existieren zu können. Es stellt darüber hinaus keinen Wert dar, außer diesem, dass es uns ermöglicht – nachdem wir gut versorgt sind –, in der Öffentlichkeit zu handeln.

Das Handeln, das bei Arendt die ausgezeichnete Form des Tätigseins darstellt, spielt sich »ohne die Vermittlung von Materie, Material und Dingen direkt zwischen den Menschen ab« und ist der Tatsache geschuldet, dass es so viele verschiedene Perspektiven auf die Welt und in der Welt gibt, wie es handelnde Menschen in ihr gibt. Arendt zeichnet mit dem Handeln eine Form des Tätigseins aus, die nicht nach greifbaren und messbaren Produkten, nicht nach Leistung oder Meisterschaft bewertet werden kann, sondern danach, ob durch dieses Handeln Geschichten in die Welt gesetzt werden. Die Geschichten, »die sich ergeben, wenn bestimmte Ziele verfolgt werden, die [sich] erst einmal wie nebensächliche Nebenprodukte seines Tuns«<sup>108</sup> für den Handelnden darstellen, gestalten das Zwischen zwischen den Menschen und wirken damit in die Öffentlichkeit selbst hinein, in der sie stattfinden.

105 Ebenda, S. 40.

106 Ebenda, S. 73.

107 Ebenda, S. 65.

108 Ebenda, S. 226.



## Ein neuer Arbeitsbegriff – mit oder gegen Arendt?

Die Vielfalt der Perspektiven, die nach Arendt konstitutiv zum Handeln gehören, waren auch Ausgangspunkt und Darstellungsziel des Kunstprojektes *Berufung – Job – Maloche?*, in dem ich mit Weißenfelser Bürgern über das Thema Arbeit, über die Bewertung von Arbeit, anhand von Texten Hannah Arendts nachgedacht habe. Aus den Darstellungen der Kursteilnehmer ergibt sich, dass ein Nachdenken darüber nötig ist, was wir uns generell von Arbeit versprechen, wie wir unsere Identität mit ihr verbinden – und dies nicht nur als Bestimmung der Arbeit auf wissenschaftlicher Ebene. So klagte etwa ein Kursteilnehmer darüber, keine Identität mehr zu besitzen, weil er als Pendler wöchentlich zur Arbeit nach Westdeutschland fahre und dort die Arbeiten verrichte, »die gerade gebraucht werden«; aufgrund dieser Situation ist ihm letztendlich kein Beruf und so in gängigen Bewertungen keine Persönlichkeit mehr zu eigen. Eine andere Teilnehmerin beschrieb die typische Situation, dass sie nach vier verschiedenen Berufsausbildungen nun im Callcenter arbeite und sich nicht mit dieser Art von Arbeit identifizieren könne, ja dass sie selbst eine sehr schlechte Meinung von dieser Arbeit habe.

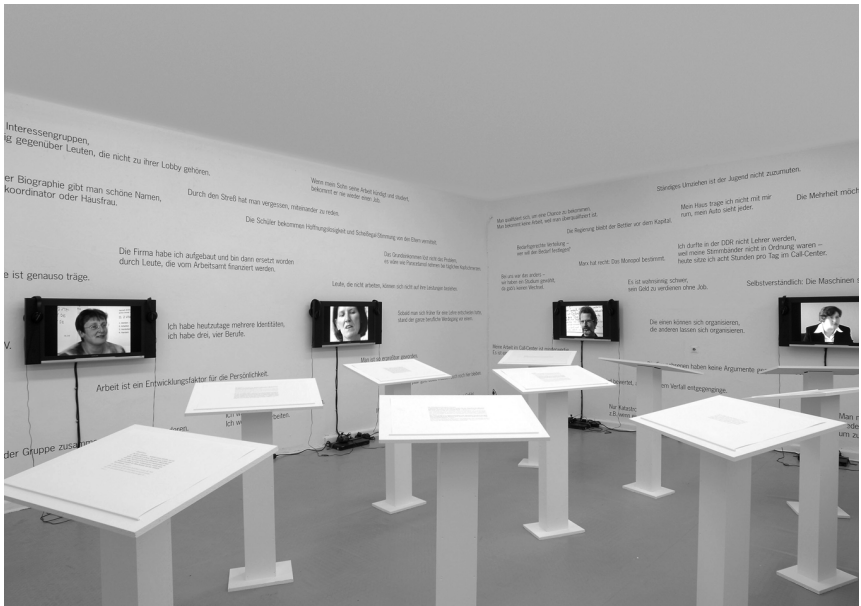
Wenn wir einen neuen Begriff der Arbeit brauchen, so werden zunächst viele Hinweise in Richtung eines sogenannten »erfüllten Privatlebens« gegeben werden. Und ein solches versucht die Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern (so wie in den alten Bundesländern) zu führen. Dies hat einen Zirkel zur Folge, denn um auf anerkannte Weise privat gut zu leben, bedarf es eines gesteigerten Konsumierens, bedarf es der Insignien privaten Wohlbefindens: eines Hauses mit Garten, Urlaubsreisen, Autos und anderer Luxusgüter. Ein Kursteilnehmer reflektiert in einem der Filme diesen Hang der Menschen aus Weißenfels zum Privaten: »Das fand ich hochinteressant, wie sie ›privat‹ und ›Öffentlichkeit‹ gegeneinanderstellt und in Beziehung bringt. Ich denke, das hat ja auch was zu tun mit uns in dieser neuen Bundesrepublik und der alten DDR, nicht? Da haben wir ja auch so was wie Öffentlichkeit gehabt, die staatlich approbiert war, und jeder mied sie und sie war unvertrauenswürdig. Man hat so etwas wie ein Pseudoleben in der Öffentlichkeit gehabt – aber eine unwahrscheinliche Burgmentalität privat gelebt. Die war sozusagen der Humus der Gesellschaft. Heute ist es umgekehrt, dass man eigentlich die Öffentlichkeit hat, in die man investieren könnte, und dennoch eigentlich zurück ins Private geht.«

Dass der totale Rückzug ins private Leben von Hannah Arendt nicht anerkannt wird und dass gleichzeitig dem Handeln in der Öffentlichkeit kein automatisches Versprechen von Ruhm und Anerkennung innewohnt, sondern vielmehr Ziel und Absicht darin liegen, eine gemeinsame Welt mitzugestalten, darin liegt die Stärke von Arendts Bestimmungen des Tätigseins. Diese Trennung der Erwerbsarbeit von der Gestaltung der gemeinsamen Welt, sei es im Modus des Herstellens, sei es im Modus des Handelns, stellt in der gegenwärtigen Situation der privaten »unwahrscheinlichen Burgmentalität«, die zweifelsohne eine kompensatorische

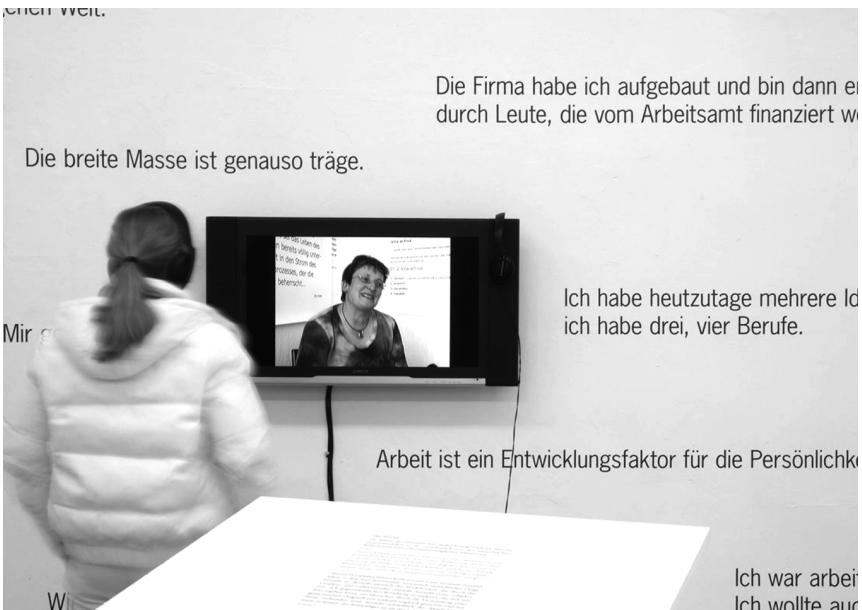
Funktion besitzt, eine große Herausforderung dar. Diese Herausforderung ist für beide Teile Deutschlands in einer Zeit, die der französische Philosoph Jacques Rancière mit dem Begriff der Postdemokratie bezeichnet hat, die gleiche – sie besteht darin, nicht nach dem persönlichen ökonomischen Nutzen, aber auch ebenso wenig nach persönlichem Erfolg und Anerkennung zu fragen und sich zugleich keiner bereits anerkannten Ideologie zu unterstellen. Denn die Pluralität der Perspektiven auf die Welt, die im Handeln wirksam wird, steht nach Arendts Bestimmungen ganz klar im Widerspruch dazu, sich einem Konsens, den es bereits in der Öffentlichkeit gibt, anzuschließen. Der »Faden«, den die Handelnden »in das menschliche Bezugsgewebe schlagen«, wirkt auf seine unvorhersehbare Weise und kann so nicht zur Etablierung der eigenen Person nutzbar gemacht werden. Und für solch ein Verständnis von Handeln gibt es im postsozialistischen Deutschland Traditionen, an die sich anknüpfen ließe.

Kritisierbar an Arendts Begriff der Arbeit bleibt ihre Unterstellung, dass die ehemals Armen, wenn sie zu Wohlstand gelangen, keinen Begriff von Freiheit erlangen könnten: »[...] aber es ist ebenso wahr, daß von Freiheit nicht mehr die Rede ist, wenn die reichgewordenen ›armen Leute‹ entschlossen für nichts anderes leben als für die Befriedigung ihrer ins Gigantische gestiegenen Bedürfnisse, das heißt, wenn sie auch im Reichtum den Idealen der Armut verhaftet bleiben.«<sup>109</sup> Diese elitäre Beschreibung, die Menschen über ihre Herkunft definiert, ja diese qua Verhalten an soziale Schichten bindet, steht selbst quer zu Arendts eigenen Forderungen der Gestaltung durch Handeln. Und so ist die Beschreibung einer großen Gruppe durch das Phänomen der Notwendigkeit, sich ums tägliche Überleben sorgen zu müssen, nicht brauchbar als Kriterium der Bestimmung ihres generellen Verhaltens. Es ist also doch die Trennung von Notwendigkeit und Freiheit, die Arendts Texte interessant und zugleich problematisch macht für die Bestimmung eines neuen Begriffs der Arbeit.

109 Arendt: Über die Revolution, S. 180.







## Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens

Wider die Verwertungslogik des Menschen  
nach ökonomischer Nützlichkeit

»Nur wer sät, kann auch ernten.«<sup>110</sup> Diesen Titel trägt eine Aktion der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer Berlin, die für das Schaffen und Fördern von Ausbildungsplätzen wirbt. Direkt unter dem markigen Spruch des Werbeplakats ist ein dezent gefärbtes Saatguttütchen abgebildet. »1-a-Nachwuchs« ist der Name der zu säenden Sorte Mensch. Damit auch gleich ein Bild davon entsteht, wie die Sprösslinge erster Güte nach erfolgreicher Zucht aussehen, prangen auf dem Tütchen drei adrett lächelnde, makellose und politisch korrekt sortierte Jugendliche – hochwertiges Menschenmaterial für eine erfolgreiche Weiterverwertung am Kapital- und Arbeitsmarkt, 2-b-Unkraut ausgeschlossen.

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen steht solchen menschenverachtenden, ausschließlich auf den Arbeitsmarkt gerichteten Zucht- und Verwertungslogiken menschlicher Fähigkeiten und Talente entgegen. Die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens geht von einem weiten Arbeits- und Tätigkeitsbegriff aus, der viel mehr als nur Erwerbsarbeit beinhaltet. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ermöglicht ein Leben frei von Existenzängsten und in Würde. Es garantiert demokratische Teilhabe, stellt die freie Verfügung über das eigene Leben her und erleichtert die Durchsetzung individueller wie kollektiver Interessen. Ziel des folgenden Beitrags ist es, zum einen Denkanstöße zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen zu geben. Zum anderen soll dessen besondere Bedeutung für ein links-emanzipatorisches Gesellschaftskonzept verdeutlicht werden.

Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) orientiert sich an folgenden vier Kriterien: Jeder Mensch hat ein individuell garantiertes Recht auf ein Einkommen in einer existenz- und teilhabesichernden Höhe, ohne sozialadministrative Bedürftigkeitsprüfung und ohne Verpflichtung zur Gegenleistung.<sup>111</sup> Es kann um Mehrbedarfe (Wohngeld, zusätzliche Leistungen für bestimmte Lebenslagen und Personengruppen) ergänzt werden. Unterschiede verschiedener Grundeinkommensmodelle bestehen nicht nur mit Blick auf die Art der Auszahlung (Sozialdividende oder Negative Einkommenssteuer<sup>112</sup>), sondern auch hinsichtlich der

110 <http://www.berlin-bildet-aus.de/>

111 Entsprechend der vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen in Deutschland.

Vgl. <https://www.grundeinkommen.de/die-idee>.

112 Eine leicht verständliche Erklärung des Unterschieds zwischen einem »echten« Grundeinkommen (Sozialdividende) und einem »unechten« Grundeinkommen (Negative Einkommenssteuer) lieferte Ronald Blaschke in sei-

Anspruchshöhe.<sup>113</sup> In Deutschland diskutierte Konzepte, die den genannten vier Kriterien eines BGE entsprechen, sind das Modell der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE.<sup>114</sup>, das Modell der Grünen<sup>115</sup>, das Existenzgeld der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen.<sup>116</sup> Das Solidarische Bürgergeld von Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus<sup>117</sup> (CDU) und das Grundeinkommen von Wolfgang Straubhaar vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut<sup>118</sup> erfüllen die Kriterien hingegen nicht. An beiden haftet der Zweifel ihrer Armutsfestigkeit angesichts der geringen Höhe. Ähnlich einiger neoliberaler workfare-Grundsicherungskonzepte erzwingen sie Lohnarbeit per Existenznot. Somit entkoppeln sie Bürger/innenrechte von den zu deren Inanspruchnahme nötigen materiellen Voraussetzungen und verhindern die Entfaltung deren voller Rechtswirkung. Das mehrwertsteuerfinanzierte Grundeinkommensmodell des ehemaligen dm-Geschäftsführers Götz Werner<sup>119</sup> lässt sich nur schwer einordnen, da vorliegende Überlegungen veränderungsoffen formuliert wurden, konkrete Details über z. B. die Anspruchshöhe nicht präzisiert sind.

## Vom Arbeiten und Tätigsein

Friedrich Nietzsche wurde nicht müde, die Lobredner der Arbeit zu kritisieren: »Bei der Verherrlichung der ›Arbeit‹, bei dem unermüdlichen Reden vom ›Segen der Arbeit‹ sehe ich denselben Hintergedanken, wie beim Lobe der gemeinnützigen unpersönlichen Handlung: den der Furcht vor allem Individuellen.«<sup>120</sup> »Wer von seinem Tage nicht zwei Drittel für sich hat, ist ein Sklave [...].«<sup>121</sup> Arbeit verhindert die »Entwicklung der Vernunft, der Begehrlichkeit, des Unabhängigkeitsgülestes [...]. Denn sie verbraucht außerordentlich viel Nervenkraft und entzieht

nem Beitrag für die Reihe Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Vgl. Ronald Blaschke: Bedingungsloses Grundeinkommen versus Grundsicherung. In: rls Standpunkte 15/2008, S. 1; <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=16880&type=0>.

113 Über die verschiedenen Grundeinkommensmodelle vgl. Ronald Blaschke: Aktuelle Grundeinkommensmodelle in Deutschland – Vergleichende Darstellung, November 2008; <https://www.grundeinkommen.de/04/11/2008/aktuelle-grundeinkommensmodelle-in-deutschland-vergleichende-darstellung.html>.

114 Das Modell der BAG Grundeinkommen in und bei der LINKEN unter [http://www.die-linke-grundeinkommen.de/PDF/BAG\\_BGE\\_Konzept\\_16\\_07\\_06.pdf](http://www.die-linke-grundeinkommen.de/PDF/BAG_BGE_Konzept_16_07_06.pdf).

115 Manuel Emmeler/Thomas Poreski: Die Grüne Grundsicherung, Version 1.0, Juni 2006; <http://www.grundsicherung.org/grusi.pdf>

116 Existenzgeld Reloaded. Neu-Ulm 2008 und unter <http://www.bag-shi.de/sozialpolitik/arbeitslosengeld2/regelsatz-und-existenzgeld>.

117 Dieter Althaus: Solidarisches Bürgergeld, o. J.; <http://www.thueringen.de/de/buergergeld/>

118 [www.hwwi.org/Grundeinkommen.1888.0.html](http://www.hwwi.org/Grundeinkommen.1888.0.html).

119 <http://www.unternimm-die-zukunft.de>

120 Friedrich Nietzsche: Morgenröthe. In: Giorgio Colli/Mazzino Montinari (Hrsg.): Kritische Gesamtausgabe. Fünfte Abteilung, Erster Band. Nachgelassene Fragmente. Anfang 1880 bis Frühjahr 1881, Berlin 1971, S. 154.

121 Friedrich Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches, Stuttgart 1954, S. 229.

dieselbe dem Nachdenken, Grübeln, Träumen, Sorgen, Lieben, Hassen«<sup>122</sup>. Nichtarbeit ist im Gegensatz dazu nicht bloße Faulheit. Sie ermöglicht die freie Wahl individueller Tätigkeit, Muße und die Erfahrung des *désœvrement*<sup>123</sup>, der Entwertung, bei der jede teleologische, formende Aktivität aussetzt, zugunsten offener Zeit- und Kommunikationsräume, in denen neue Möglichkeiten entstehen. Zu einer ähnlichen Erkenntnis gelangte auch Oscar Wilde, indem er schrieb: »Muße, nicht Arbeit, ist das Ziel des Menschen«<sup>124</sup> und weiter: »An der körperlichen Arbeit ist ganz und gar nichts notwendig Würdevolles, und meistens ist sie ganz und gar entwürdigend.«<sup>125</sup> Die Arbeit der Zukunft, so wie sie sich Wilde vorstellte, sollte frei gewählt sein und mit Freude verrichtet werden, wobei Arbeit »lediglich [als] irgendeine Betätigung«<sup>126</sup> zu verstehen sei.

Die Idee des BGE bricht radikal mit einer Glorifizierung von Erwerbsarbeit und stellt die Engführung des Arbeitsbegriffs auf Erwerbsarbeit in Frage. Arbeit ist demnach weit mehr als die Tätigkeit, welche ausschließlich auf dem Arbeitsmarkt geleistet wird. Der Reichtum der Gesellschaft generiert sich aus einer unüberschaubaren Fülle und Vielfältigkeit menschlicher Aktivität. Erwerbsarbeit ist dabei nur eine Form unter vielen anderen, stützt man sich auf die Aussagen des Statistischen Bundesamtes. Im Jahr 2001 wurden 56 Milliarden Stunden Erwerbsarbeit und 96 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeiten geleistet.<sup>127</sup> Das heißt, es werden fast doppelt so viele Stunden in unbezahlter wie in bezahlter Arbeit geleistet. Dazu gehören Haus- und Erziehungsarbeiten sowie bürgerschaftliches Engagement. Hinzu kommt außerdem die Wissensarbeit – die immaterielle Reproduktion des Menschen und die Reproduktion lebendigen Wissens (Erfahrungswissen, Urteilsvermögen, Koordinierungs- und Selbstorganisationsvermögen, Verständigungs- und Einfühlungsvermögen).<sup>128</sup> Erwerbsarbeit baut auf all diesen unbezahlten Tätigkeiten auf. Sie bewirken die menschliche Wertschöpfung sozialen und kulturellen Zusammenhalts, sozialer Integration, die Vermittlung von Fähigkeiten und Kompetenzen.<sup>129</sup> Es ist also nicht nur Erwerbsarbeit, welche in die Gesellschaft integriert. Im Gegenteil. Dort, wo sie den Menschen nicht völlig aus sei-

122 Ebenda.

123 So die Nietzsche-Leser und -Interpreten Georges Bataille, Maurice Blanchot und Jean-Luc Nancy. Vgl. Georges Bataille: *Inner Experience*, New York 1943; Jean-Luc Nancy: *La communauté desœuvré*, Paris 1986; Maurice Blanchot: *The Unavowable Community*, Barrytown, New York 1988.

124 Oscar Wilde: *Der Sozialismus und die Seele des Menschen*, Zürich 1970, S. 34. Erstmalige Publikation im Februar 1891 in der »Fortnightly Review«.

125 Ebenda, S. 32-33.

126 Ebenda, S. 16.

127 Vgl. Dieter Schäfer: *Unbezahlte Arbeit und Haushaltsproduktion im Zeitvergleich*. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung*, Wiesbaden 2004, S. 247-273.

128 Vgl. André Gorz: *Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie*, Zürich 2001.

129 Ähnlich den Überlegungen von André Gorz erläutert Manfred Füllsack, dass jede menschliche Arbeit erstens auf Wissen um die Brauchbarkeit und Produktivität der Arbeit aufbaut. Zweitens liegen ihr neben individuellen Netzwerks- und Kooperationsleistungen auch Leistungen vorangegangener Generationen zu Grunde. Diese zunehmende Vergesellschaftung, Verwissenschaftlichung und Subjektivierung moderner Arbeit stellt jedoch die individuelle Produktivitätsleistung in der Tauschwertproduktion in Frage. Vgl. Manfred Füllsack: *Zuviel Wissen? Zur Wertschätzung von Arbeit und Wissen in der Moderne*, Berlin 2006.



nem sozialen Gefüge entreißt, baut sie vielmehr auf unbezahlten und unbezahlbaren (zwischen-)menschlichen Aktivitäten auf oder ist in diese eingebunden.

Überlegungen zum BGE basieren jedoch nicht nur auf einer Ausdifferenzierung des Arbeitsbegriffs hin zu einem Tätigkeitsbegriff, sondern ermöglichen auch eine kritische Auseinandersetzung mit Vorstellungen von Leistung und Nachhaltigkeit von Erwerbsarbeit. Nicht jede Erwerbsarbeit ist sozial und ökologisch nachhaltig, sinnvoll und mit einer pazifistischen Wertvorstellung vereinbar. Sie ist nicht notwendigerweise eine Leistung für unsere Gesellschaft, sondern kann dieser sehr wohl auch schaden. Das Recht auf ein BGE ermöglicht jeder/m, eine dem eigenen Gewissen verpflichtete, freie Wahl ökonomischer wie auch anderer Tätigkeiten: Ich möchte nicht im Callcenter andere Leute behelligen und ihnen persönliche, geschützte Daten abknöpfen. Meine Arbeit im Steinkohlekraftwerk steht meinem Wunsch nach einer umwelt- bzw. klimaverträglichen, die natürlichen Ressourcen schonenden Energiegewinnung eigentlich entgegen – all das sind Gedanken und Gewissensfragen, die sich von Existenzangst geplagte, abhängig Beschäftigte gar nicht leisten können.

Mit einem BGE wird Arbeit zur Option, deren Realisierung an eigene Bedingungen geknüpft werden kann. Ein BGE sichert die ökonomische Freiheit zur Verfügung über das eigene Leben, was den (Nicht-)Einsatz eigener Arbeitskraft einschließt. Es stärkt darüber hinaus die Verhandlungsmacht jeder/s Einzelnen zur Durchsetzung individueller wie kollektiver Vorstellungen und Interessen im Rahmen der Erwerbsarbeit, macht weniger erpressbar. Das betrifft nicht nur die Aushandlung von Löhnen und anderen Arbeitsbedingungen, sondern eben auch den Zugriff auf die Produktionsbedingungen selbst. An dieser Stelle tritt deutlich die Aneignungsperspektive des BGE hervor, wie auch dessen subversive Bedeutung hinsichtlich des Alleinvertreteranspruchs vereinzelter Gewerkschaftsfunktionäre.

Fasst man die Überlegungen zum Arbeits- und Leistungsbegriff zusammen, ist das BGE zunächst einmal ein Instrument zur grundsätzlichen Herstellung einer negativen Freiheit, also der Freiheit Nein zu sagen zu schlecht entlohnten, mit dem eigenen Gewissen nicht zu vereinbarenden Tätigkeiten. Diese Freiheit bricht mit maßregelnden Zucht- und Verwertungslogiken und mit der permanenten, selbstausbeuterischen Mobilisierung für den Markt, der sämtliche individuellen Bedürfnisse untergeordnet werden. Darüber hinaus stellt ein BGE aber auch die positive Freiheit her zu anderen, den eigenen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Vorstellungen entsprechenden Tätigkeiten. Es ist ein Mittel demokratischer Teilhabe an der Entscheidung, wie und in welcher Gesellschaft ein/e jede/r leben und tätig sein möchte.

## Die bedingungslose Entkopplung von Erwerbsarbeit und Einkommen

Wenn die Gesellschaft auf Tätigkeiten jenseits von Erwerbsarbeit angewiesen ist, diese sogar Vorleistungen jeder Erwerbsarbeit sind und wenn die tatsächliche gesellschaftliche Leistung von Erwerbsarbeit in Frage gestellt werden muss, dann ergeben sich zwei Überlegungen. Entweder man entlohnt gesellschaftlich nützliche Arbeit oder man entkoppelt Erwerbsarbeit und Einkommen vollständig und bedingungslos voneinander. Das Ergebnis der ersten Überlegung hat Konzepte wie das Bürgergeld von Ulrich Beck<sup>130</sup> hervorgebracht, das jeder/m ein Einkommen sichert, die/der sich zu einem gesellschaftlich nützlichen Engagement bereit erklärt. Die zweite Überlegung mündete in Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Der Vorschlag zum Bürgergeld à la Beck erscheint aus mehreren Gründen problematisch: Da wäre zunächst die Frage nach der Definition dessen, was gesellschaftlich sinnvolle und nützliche Tätigkeiten sind. Oder anders formuliert: Kann es im Sinne eines links-emanzipatorischen Gesellschaftskonzeptes sein, dass eine Instanz in paternalistischer Selbstgerechtigkeit darüber befindet, welche Lebensentwürfe es wert sind, unterstützt zu werden? Wohl kaum, wenn man die Forderung der Herstellung einer positiven und negativen Freiheit aufrechterhalten möchte.

Ein zweites Problem ergibt sich mit der notwendigen Kontrolle der Gegenleistungsverpflichtung. Die Ausübung einer sogenannten gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit als Voraussetzung für den Bezug des Bürgergeldes, muss überprüft werden. Oscar Wilde hätte einem solchen Vorschlag heftig widersprochen, denn kein »Sozialist [könnte] heutzutage im Ernst vorschlagen, ein Inspektor solle jeden Morgen jedes Haus visitieren, um nachzusehen, ob jeder Bürger aufgestanden ist und sich an seine achtstündige, körperliche Arbeit gemacht hat [...]. Aber ich gestehe, viele sozialistische Anschauungen, denen ich begegnet bin, scheinen mir mit unsauberen Vorstellungen von autoritärer Gewalt, wenn nicht tatsächlich Zwang behaftet zu sein. Autoritäre Gewalt und Zwang können natürlich nicht in Frage kommen. Alle Vereinigung muß ganz freiwillig sein. Nur in freiwilligen Vereinigungen ist der Mensch schön«<sup>131</sup>. Kontrollmechanismen wie sie auch bedürftigkeitsgeprüfte und zur Gegenleistung verpflichtende Grundsicherungsmodelle vorsehen, führen unweigerlich zu Eingriffen in Persönlichkeits- und Freiheitsrechte und ziehen schlimmstenfalls weitere Eingriffs-, Kontroll- und Repressionsinstanzen nach sich. Genau dieses Problem haben auch Befürworter/innen links-emanzipatorischer Grundeinkommensmodelle erkannt. Die Überprüfungen

130 Der Begriff Bürgergeld wurde ursprünglich von Joachim Mitschke für sein Modell der Negativen Einkommenssteuer auf Sozialhilfeniveau benutzt. Der Soziologe Ulrich Beck verwandte ihn für die Entgeltung einer gemeinnützigen Bürgerarbeit auf Arbeitslosenhilfe-/Sozialhilfeniveau. Ulrich Beck: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M. 2000.

131 Wilde: Der Sozialismus, S. 16-17. Zu Voraussetzungen freier Kooperation siehe auch Christoph Spehr: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, Berlin 2003.

der Gegenleistung wie auch der Bedürftigkeit führen zu Schnüffelei und Ausspionierung. Welche Blüten solche Vorschläge treiben können, wird bei Tätigkeiten im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements in besonderem Maße sichtbar. Ein per Existenznot erzwungenes Engagement unter Androhung von Sanktionen zerstört dessen Freiwilligkeitscharakter und nimmt andere Engagierte automatisch in eine Mitüberwachungspflicht, die für jede Form vertrauter Zusammenarbeit pures Gift ist.

Ein drittes Argument gegen Bürgergeldkonzepte à la Beck und sämtliche bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungsmodelle mit Gegenleistungsverpflichtung ist die Inkonsequenz ihrer Armutsbekämpfung und die damit einhergehende normative Einteilung in »arbeitswillige, gute« und »arbeitscheue, schlechte« Arme. Wer in Kauf nimmt, das einige Menschen nicht in den Genuss des Bürgergeldes/der Grundsicherung kommen – sei es, weil sie die Gegenleistung unzureichend oder gar nicht erbringen, sie aus den Bedürftigkeitskriterien herausfallen oder sie das Ausleuchten von Einkommens- und Lebensverhältnissen ablehnen und ihre Bürgergeld-/Grundsicherungsleistung nicht in Anspruch nehmen<sup>132</sup> –, der nimmt Armut bewusst in Kauf. Das Ziel der Armutsbekämpfung verkommt zum reinen Lippenbekenntnis.

Anders verhält es sich mit dem BGE. Es entkoppelt voraussetzungsfrei und konsequent Arbeit und Einkommen, garantiert individuell, bedingungslos und in existenz- wie teilhabesichernder Höhe ein Auskommen aller Bürger/innen. Es verbindet also Freiheit mit der unveräußerlichen Garantie sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Partizipation.

## **Bedingungsloses Grundeinkommen – die Alimentierung kollektiv zelebrierten Müßiggangs?**

Kritiker/innen werfen BGE-Konzepten immer wieder vor, ein Recht auf ein Einkommen ohne Gegenleistungsverpflichtung ende im heillosen Chaos kollektiv zelebrierten Müßiggangs oder in einer Spaltung der Gesellschaft in erwerbstätige Nettozahler/innen und alimentierte, stillgelegte Nutznießer/innen.<sup>133</sup> Fakt ist zunächst einmal, dass – wie bereits erwähnt – schon heute doppelt so viel unbezahlte wie bezahlte Arbeit geleistet wird. Fakt ist auch, dass Erwerbsarbeit selbst dann geleistet wird, wenn das daraus erzielte Einkommen sozialen Transfers gegengerechnet, also geschmälert wird. 21 Prozent der erwerbsfähigen ALG II-Beziehenden sind erwerbstätig. Ein besonders starker Zuwachs ist in den Einkom-

132 Die geschätzten Quoten »verdeckter Armut«, also der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Leistungen, liegen in einem Bereich von 34 und 50 Prozent. Vgl. Irene Becker: Verdeckte Armut in Deutschland. Ausmaß und Ursachen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Fachforum 2/2007, Berlin 2007; <http://library.fes.de/pdf-files/do/04656.pdf>

133 Ralf Fücks, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, warnte beispielsweise in einem Beitrag der taz vom 23.10.2007 vor dem BGE als Stilllegungsprämie, das die Ausgrenzung Marginalisierter verfestige.

mensklassen über 400 Euro zu verzeichnen.<sup>134</sup> Zudem zeigte ein Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom Jahr 2007 einen fünfprozentigen Zuwachs sogenannter Aufstocker im Vergleich zu 2005. 1,3 Millionen Menschen sind demnach bereit, Einkommen aus Erwerbstätigkeit zu erzielen, obwohl dieses nicht das soziokulturelle Existenzminimum absichert, weshalb sie zusätzlich auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) angewiesen sind.<sup>135</sup> Drittens zeigen Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement, dass 36 Prozent der Bundesbürger/innen freiwillig engagiert und weitere 34 Prozent gemeinschaftlich aktiv sind.<sup>136</sup> Analysen nach dem Erwerbsstatus ergaben darüber hinaus, dass 27 Prozent der Erwerbslosen freiwillig engagiert und weitere 33 Prozent gemeinschaftlich aktiv sind ohne Übernahme von Aufgaben oder Ämtern.<sup>137</sup> Von den Hausfrauen/-männern gaben 37 Prozent an, freiwillig engagiert zu sein und 32 Prozent meinten, sie seien gemeinschaftlich Aktive. Ähnliche Zahlen ergaben sich bei freiwillig engagierten und aktiven Schüler/innen/n bzw. Student/innen/en und Pensionierten. Häufig genannte Motive der Betätigung sind: »Ich will durch mein Engagement die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten« und »Ich will durch mein Engagement vor allem mit anderen Menschen zusammenkommen.«<sup>138</sup> Ein viertes Argument wider den Verdacht kollektiven Müßiggangs ergibt sich aus Angaben befragter Vollzeitbeschäftigter zu ihren Arbeitszeitpräferenzen. 58 Prozent der abhängig Vollzeitbeschäftigten können sich eine berufliche Auszeit vorstellen, einen sogenannten *sabbatical*. Zwei Drittel von ihnen (64 Prozent) würden diese Zeit für Reise- und Freizeitaktivitäten nutzen, ein Viertel für Fort- und Weiterbildung. Weitere Betätigungsfelder sind Heimwerkertätigkeiten (13 Prozent) und die Beschäftigung mit Kindern (11 Prozent).<sup>139</sup> *Sabbaticals* werden folglich überwiegend als Chance angesehen, Erwerbstätigkeit zeitweilig einzuschränken zugunsten mehr frei verfügbarer Zeit für selbst gewählte Tätigkeiten.

Schließlich könnte man den Mutmaßungen über drohende Massenfaulheit entgegen, dass ihnen ein bedenkliches Menschenbild zu Grunde liegt. Wer glaubt, »der Mensch sei – wenn niemand die Knute der Arbeit schwingt – ein nichts-

134 Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Grundsicherung für Arbeitssuchende: Anrechenbare Einkommen und Erwerbstätigkeit, Nürnberg 2007; [http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/sonder/Report\\_GruSi\\_AnrechenbareEK\\_aus\\_ET\\_2007.pdf](http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/sonder/Report_GruSi_AnrechenbareEK_aus_ET_2007.pdf)

135 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Kurzbericht Nr. 22 vom 30.11.2007; <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb2207.pdf>

136 D. h. sie haben keine »formell« definierten Ämter oder Funktionen, wie es etwa bei Vereinsvorsitzenden der Fall ist. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, S. 48; <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Arbeitsgruppen/Pdf-Anlagen/freiwilligen-survey-langfassung.property=pdf,bereich=sprache=de,rwb=true.pdf>.

137 Mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement Erwerbsloser gilt es immer zu bedenken, welche Vorleistungen (vor allem finanzieller Art) solche Engagements erfordern und ob diese im ausreichenden Maße erbracht werden können.

138 Vgl. Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1999-2004.

139 Entsprechend einer Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Vgl. Harald Bielenski, Gerhard Bosch, Alexandra Wagner: Wie die Europäer arbeiten wollen: Erwerb und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern, Frankfurt am Main 2002, S. 121 f.

tuender Minusmann«<sup>140</sup>, legt die Lösung durch Arbeitszwang nahe. Ein wenig hilfreicher, menschenrechtlich äußerst bedenklicher und keineswegs emanzipatorischer Vorschlag. Solche Vorwürfe sind zudem der ideale Nährboden für jede Art von Nützlichkeitskalkülen, die den Wert eines Menschen von dessen Einbindung in Erwerbsarbeit abhängig machen.<sup>141</sup> Und noch etwas: Allzu oft wird beim Thema Faulheit nur nach unten geschaut, werden Sozialraub- und Nützlichkeitsdebatten geschürt, während der Großaktionär leistungslos und unbehelligt am heimischen Pool aller Muße frönt.

Angesichts der vorangegangenen Anmerkungen ist es also erstens relativ unwahrscheinlich und zweitens eher interessengeleitet als begründet, davon auszugehen, dass mit der Durchsetzung eines Bedingungslosen Grundeinkommens das Ende des Erwerbsarbeitszeitalters und das kollektive Faulenzertum über uns hereinbrechen. Des Weiteren ist klar: Ein BGE bedeutet nicht die Sicherstellung eines Lebens in Reichtum. Wer einen hohen Lebensstandard zu pflegen wünscht, wird auch weiterhin andere Einkommensquellen erschließen müssen. Ein BGE sichert jedoch die Grundlage der freien Wahl individueller Tätigkeiten und ermöglicht die Kontrolle darüber, wie viel Raum und Zeit diese in den jeweiligen Lebensentwürfen/-tätigkeiten einnehmen sollen. Es sichert freie Entscheidungen materiell ab. Während die einen mit ihrem Grundeinkommen eventuell weniger Erwerbsarbeit leisten, ermöglicht es anderen Grundeinkommensbeziehenden deren Aufnahme oder verstärkte Aufnahme. Wieder andere geben sich allein mit ihrem BGE zufrieden und verwirklichen eigene Ideen und Projekte. Insofern sind auch die Bedenken hinsichtlich eines Auseinanderfallens der Gesellschaft in Nettozahler/innen und Nutznießer/innen völlig unbegründet. Ein BGE fördert den Gemeinsinn. Es hebt die bestehende Trennung der Gesellschaft auf – eine Trennung in erpressbare Arbeitsplatzinhaber/innen, denen man mit dem Elend der am Rande der Gesellschaft geparkten Zwangsreservist/innen/en droht, und in erpressbare Erwerbslose, denen unter Androhung des Entzugs der Existenzsicherung jede noch so sinnlose, unökologische und sozial schädliche Arbeit aufgezwungen werden kann.

140 Thomas Schmid: Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Berlin 1984, S. 14.

141 Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld kam in einer Untersuchung zu der Erkenntnis, dass es zunehmend abwertende Meinungen gegenüber Menschen gibt, die als »nutzlos« oder als »Versager« gelten. Langzeitarbeitslose und Obdachlose würden besonders häufig in diese Kategorien eingestuft werden. Die Form der Ab- und Ausgrenzung habe laut Heitmeyer eine »besondere Form der Menschenfeindlichkeit« angenommen. Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – empirische Langzeitbeobachtungen menschlicher Einstellungen in der Bevölkerung. April 2002 bis März 2010, Bielefeld 2007; [www.uni-bielefeld.de/ig/projekt\\_gmf-survey.htm](http://www.uni-bielefeld.de/ig/projekt_gmf-survey.htm).

## Vom Spargelstechen und Müllentsorgen oder: Wer macht dann die Drecksarbeit?

Wie der vorangegangene Absatz gezeigt hat, ist der Generalverdacht der Faulenzerei bedingungslos und existenziell abgesicherter Bürger/innen unhaltbar. Trotzdem stellt sich die Frage, wo – nehmen wir einmal die Einführung eines BGE an – die Räder dennoch still stehen könnten. Es handelt sich dabei sicher nicht um gut entlohnte, allgemein wertgeschätzte Tätigkeiten. »Verabschiedete sich, wer seine Stelle mit innerer Zufriedenheit ausfüllt, seinen Beruf als Berufung auffasst, leichten Herzens aus der Arbeitswelt? Verließe seine Position, wer sie äußerlich, beim Blick auf den Lohn- oder Gehaltszettel, zu schätzen weiß?«<sup>142</sup> Wenn überhaupt, so konzentriert sich das Problem unverrichteter Arbeit auf diejenigen Tätigkeiten, bei denen sich die »Negativbefunde stapeln: auf die sachlich weitgehend anspruchlosen, finanziell schlecht abgefundenen, perspektivlosen, nervtötenden, die Körperkräfte verschleißenden Verrichtungen«<sup>143</sup>. Greift das BGE und sichert einen realen Zugewinn an negativer Freiheit, dann ist in diesem Bereich tatsächlich mit einem Rückgang verfügbarer Arbeitskräfte zu rechnen. Doch wer sticht dann noch Spargel und leert unsere Mülltonnen? Oder anders gefragt: Welche Bedingungen müssten erfüllt sein, damit solche weniger attraktiven Tätigkeiten verrichtet werden, ökonomisch abgesicherte Menschen bereit sind, ihr Arbeitsvermögen zur Verfügung zu stellen? Ganz einfach: Sie müssten besser entlohnt werden und andere Vorzüge erhalten, die quasi als Entschädigung dienen. Hier nun besteht die durchaus begründete Gefahr, dass höhere Löhne direkt in die Preise weitergeleitet werden. Wer sich jedoch mit dieser Begründung gegen ein BGE stellt, dürfte – der Logik folgend – gar keine Lohnerhöhungen fordern. Wer sich dafür ausspricht, solche Tätigkeiten von nicht BGE bezugsberechtigten Arbeitsmigrant/innen/en verrichten zu lassen, ist ein Rassist, ein Misanthrop und ein Menschenrechtsverletzer, der die Ausbeutung seiner Mitmenschen wissentlich in Kauf nimmt. Eine menschenfreundliche Möglichkeit, die Verrichtung unattraktiver und entwürdigender Tätigkeiten sicherzustellen, ist dagegen deren Automatisierung. So erwog bereits Oscar Wilde: »Einen kotigen Straßenübergang bei scharfem Ostwind acht Stunden am Tag zu fegen ist eine widerwärtige Beschäftigung. Ihn mit geistiger, moralischer und körperlicher Würde zu fegen, wäre schauerhaft. Der Mensch ist zu etwas Besserem da, als Schmutz zu entfernen. Alle Arbeit dieser Art müßte von einer Maschine besorgt werden.«<sup>144</sup> Dazu müssten Unternehmen nicht einmal gezwungen werden. Sollten die Kosten für die Müllaufarbeitung/-entsorgung aufgrund höherer Löhne ins Unermessliche steigen, wird eine Automatisierung wahrscheinlich sehr rasch erfolgen. Schließlich bliebe noch die Vermeidung. Wer das massenhafte Ansammeln von Müllbergen

142 Wolfgang Engler: Unerhörte Freiheit. Arbeit und Bildung in Zukunft, Berlin 2007, S. 42.

143 Ebenda.

144 Wilde: Der Sozialismus, S. 33.

und deren unsachgemäße Trennung vermeidet, reduziert auch die Notwendigkeit, Müll aufzuarbeiten und/oder zu beseitigen.

## **Automatisierung – das Ende der Erwerbsarbeit?**

Rationalisierung, Automatisierung und steigende Produktivität führen dazu, dass vor allem im klassisch landwirtschaftlichen und industriellen Bereich, zunehmend aber auch im Dienstleistungssektor, ein Rückgang notwendiger Arbeit zu verzeichnen ist. Mit der Forderung nach einer Ausweitung der Automatisierung wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Das bedeutet jedoch nicht das Ende der Arbeitsgesellschaft! Parallel dazu entsteht auch ein neuer Bedarf an Arbeit, etwa im Bereich der Sozialarbeit, der Ökologie und Friedensarbeit. Es heißt ganz einfach, dass wir uns in bestimmten Bereichen immer weniger Arbeit werden leisten können. Eigentlich ein Luxus! Das Problem liegt aber in der Entkopplung von lebendiger Arbeit und Wertschöpfung. An dieser Stelle verfolgt die Idee eines BGE die konsequente Umverteilung gesellschaftlichen und produktiven Reichtums zur Existenz- und Teilhabesicherung aller Bürger/innen. Wie diese Umverteilung erreicht wird, hängt vom jeweiligen Grundeinkommenskonzept ab. Das Modell der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE setzt beispielsweise auf eine starke Umverteilung von oben nach unten. Finanzierungsgrundlage sind eine Sachkapital-, Vermögens-, Börsen- und Luxusumsatzsteuer. Außerdem wird die progressive Einkommenssteuer so gestaltet, dass vor allem die Einkommen ab 60 000 Euro pro Jahr stärker belastet werden.<sup>145</sup>

## **BGE – eine Lösung für alle Probleme?**

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist ein großer Schritt hin zu mehr individueller Freiheit, Einkommenssicherheit, gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratie. Die ultimative Lösung aller Probleme ist es jedoch nicht. Ein BGE ist in einen emanzipatorischen, gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess einzubetten. Es gilt öffentliche Infrastrukturen auszubauen und zu demokratisieren. Wird Erwerbsarbeit erst einmal auf den ökologischen Prüfstand jedes Einzelnen gestellt, braucht es eine kreative und couragierte Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit führt ein BGE zwar zu mehr Unabhängigkeit von der/vom Partner/in, zum Ende der Sippenhaft und zu einem Sichtbarmachen weiblicher Gratisarbeit. Es ersetzt jedoch keine politischen Maßnahmen zur Egalisierung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede bei gleicher Arbeit. Auch nimmt ein BGE Männer nicht automatisch in

145 Vgl. Das Modell der BAG Grundeinkommen in und bei der LINKEN unter [http://www.die-linke-grundeinkommen.de/PDF/BAG\\_BGE\\_Konzept\\_16\\_07\\_06.pdf](http://www.die-linke-grundeinkommen.de/PDF/BAG_BGE_Konzept_16_07_06.pdf).

eine Mitwirkungspflicht bei Haushalt, Familie und Erziehung und es führt nicht konsekutiv zum Aufbrechen männlich dominierter und strukturierter Hierarchien und Karriereleitern.

Kehren wir zum Ausgangspunkt des Beitrags und dem Saatguttütchen wertvollen Menschenmaterials zurück. Im Bereich der Bildungspolitik muss ein BGE flankiert sein von der Gewährleistung eines kostenfreien Anspruchs auf Bildung, unabhängig von der häuslichen Mitgift. Darüber hinaus bedarf es aber dringend eines Bildungssystems, das sich »von seiner monokausalen Abhängigkeit vom Erwerbsleben als einzig legitime Existenzform des Menschen löst«<sup>146</sup>. Es sollte Handlungs- und Tätigkeitsimpulse von Menschen bewahren und stärken, nicht persönlichkeitsgebügelte, marktkonforme, erfüllungskonditionierte Erwerbsarbeitsmenschen mit zum Selbstzweck verkommener Überaktivität hervorbringen, die beim Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess in Selbstzweifel und Apathie verfallen. Die Herausforderung der Zukunft ist die Überwindung der Gleichsetzung von Tätigsein und Arbeit. Erst, wenn mit dem kulturellen Dogma gebrochen wird, dass nur die/derjenige, die/der Erwerbsarbeit leistet, auch ein aktiv handelnder, gesellschaftlich wertvoller »1-a-Mensch« ist, eröffnen sich die Möglichkeiten einer Gesellschaft pluralistischer Aktivität und wertvoller Muße.

**Nur wer sät, kann auch ernten.**

**Schaffen und fördern Sie Ausbildungsplätze in Berlin.**

Informationen für Ausbilder und Ausbildungsuchende unter: [www.berlin-bildet-aus.de](http://www.berlin-bildet-aus.de)

**1-a-Nachwuchs**

The advertisement features a central image of a seed packet with a flower logo and the text '1-a-Nachwuchs'. Below the packet, three young people are smiling. The background is dark with some faint graffiti visible on the left.

146 Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin 2006, S. 150.



## Resümee

Arbeit polarisiert.

»Arbeit macht das Leben süß, so süß wie Maschinenöl« sang die Band »Ton Steine Scherben«. Rosa Luxemburg dagegen fand: »Die Arbeit, die tüchtige, intensive Arbeit, die einen ganz in Anspruch nimmt mit Hirn und Nerven, ist doch der größte Genuss im Leben.«

Natürlich kommt es darauf an, unter welchen Bedingungen Arbeit verrichtet wird und natürlich kommt es darauf an, welcher Schicht die/der Arbeitende zugehörig ist. Die Idee, das eigene Selbst mithilfe der Arbeit zu verwirklichen, ist vor allem ein Phänomen gut ausgebildeter bürgerlicher Schichten. Vorausgesetzt, der entsprechende Beruf wurde ergattert. Eine kotige Straße mit Würde zu fegen, ist eine schauerhafte Vorstellung, wie auf Oscar Wilde verwiesen wurde. Weniger drastisch, aber ähnlich verhält es sich beispielsweise mit den Kassierern an den Discounter-Kassen. Das unentwegte Scannen von Lebensmitteln als Selbstverwirklichung zu begreifen, käme kaum jemandem in den Sinn – vielmehr ist es ein Job, um das Geld zum Leben zu verdienen. Eine Arbeit, von der man hofft, dass sie schnell vorbeigeht und die man trotzdem keinesfalls verlieren möchte. Wie angstbesetzt »arbeitslos sein« ist, zeigt auch der Beitrag von Axel Krumrey. Verunsicherung und Identitätsverlust, die mit Arbeitslosigkeit einhergehen können, tragen dazu bei, Rechtsextremismus zu etablieren.

Aber auch selbstbestimmtes Arbeiten erzeugt nicht zwangsläufig Glücksgefühle, wie bei Rosalind Honig nachzuvollziehen ist. Vielmehr ist es ein langer (möglicherweise auch schmerzhafter) Prozess bis Arbeit und Genuss zusammenpassen wollen.

Den einen, den Königsweg in Sachen Arbeit gibt es nicht, aber Ansätze, Arbeit und Nicht-Arbeit neu zu denken. Zum einen kann man (scheinbar selbstverständliche) Definitionen von Arbeit hinterfragen und weiterentwickeln. Zum anderen kann man Wege ebnen, um gesellschaftlich notwendige Arbeit zu leisten – wie es öffentlich geförderte Beschäftigung (mit all ihren Grenzen) versucht. Und es tut Not, das in den Fokus gerückte Phänomen der Prekarisierung zu reflektieren. Mit Judith Siegmund gedacht, heißt Prekarität, sich nicht an der Gestaltung der Welt beteiligen zu können – keinen Faden in das menschliche Bezugssystem zu schlagen.

Zwangsläufig wird auch der viel diskutierte demographische Wandel in Deutschland Auswirkungen auf das Verständnis von Arbeit haben. Wenn die Lebenserwartung bei guter Gesundheit steigt, Kinder und Jugendliche ein selteneres Gut werden, ändern sich Bewertungen und Selbstverständlichkeiten.

Momentan ist der Druck groß, innerhalb von zehn bis zwanzig Jahren ein umfangreiches Programm zu absolvieren: Ausbildung abschließen, Berufseinstieg schaffen, erste Karriereschritte hinlegen, parallel dazu Partner suchen und finden,

Familie gründen, Kinder bekommen, dabei natürlich die eigene Altersvorsorge klären und möglicherweise auch schon für die pflegebedürftigen Vorfahren sorgen. Das führt zum Paradox, dass das Gehalt gebraucht wird, um die Schulden aus dem Bafög-Kredit abzubauen, während doch schon die Riester-Renten-Beiträge überfällig wären. Der demographische Wandel bietet die Chance, diese gedrängten und überfordernden Lebensabschnitte zu entzerren. Warum eine Strecke in zehn Jahren entlang hetzen, wenn dafür fünfzig Jahre zur Verfügung stehen? Die Neu- und Höherbewertung von häuslicher und pflegerischer Arbeit ist ohnehin überfällig. Positiver Effekt der Entschleunigung der (Erwerbs-)Biographien wird sein, dass die Erfahrungen und Leistungen von Älteren neu gesehen werden.

Der Lebenslauf eines Menschen wird in Phasen beschrieben werden. Sequenzierte Modelle für die Lebens-Arbeits-Zeit beider Geschlechter werden nötig sein, um hierzulande Lebensstandard und Lebensqualität zu erhalten.

Kleine Kinder fragt man gern: »Was willst Du denn mal werden, wenn Du groß bist?« Bislang erwartet man gewöhnlich Antworten, die einem Berufsbild entsprechen. Was Kinder in einigen Jahren auf diese Frage antworten dürfen – darauf können wir gespannt sein.

*S. H.*

# Literatur-Empfehlungen

Hannah Arendt: Über die Revolution, München, Zürich 2000.

Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München, Zürich 2007.

Frithjof Bergmann: Die Freiheit leben, Freiamt 2005.

Frithjof Bergmann, Stella Friedland: Neue Arbeit kompakt. Vision einer selbstbestimmten Gesellschaft, Freiamt 2007.

Wolfgang Engler: Unerhörte Freiheit. Arbeit und Bildung in Zukunft, Berlin 2007.

Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin 2006.

Erich Fromm: Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Erich Fromm: Gesamtausgabe in zwölf Bänden. Bd. V, München 1999.

Erich Fromm: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, Stuttgart 1976.

André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt a. Main 2000.

André Gorz: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1994.

Paul Lafarge: Das Recht auf Faulheit, Grafenau/Uetze 2001.

Hartmut Rosa: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne, Frankfurt a. Main 2005.

Richard Sennett: Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 2005.

Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, München 2004.

Oscar Wilde: Der Sozialismus und die Seele des Menschen, Zürich 1970.

## Zu den Filmen (DVD)

Parallel zum Buch ist eine DVD erschienen, die folgende Kurzfilme enthält:

1. *Neue Arbeit – Neue Kultur*. Dokumentarfilm, 2:50 Minuten.  
Der Philosoph Frithjof Bergmann umreißt die Grundzüge seines Konzeptes von »Neuer Arbeit – Neuer Kultur« – ein Zusammenschritt einer Veranstaltung auf dem deutschen Sozialforum Cottbus 2007.  
Regie: Ludger Lemper 2008.
2. *Der Fundus zwischen Vision und Realität*. Dokumentarfilm, 6:10 Minuten.  
Ein Potsdamer Projekt wird porträtiert, welches sich den Ideen von Frithjof Bergmann verbunden fühlt und versucht, einen alternativen Arbeits-Ort zum Leben zu erwecken.  
Regie: Rico Hufe 2008.
3. *Kleingeld*. Spielfilm (Kurzfilm), 15:32 Minuten.  
Im Berlin der 1990er Jahre begegnen sich ein Banker und ein Bettler. Eine stille Geschichte um Geld, Werte und Moral.  
Regie: Marc-Andreas Borchert. Mit freundlicher Genehmigung der Hochschule für Film und Fernsehen »Konrad Wolf« Potsdam-Babelsberg 1999.
4. *Handicap*. Spielfilm (Kurzfilm), 1:06 Minuten.  
Rechtsradikale haben es schwer hierzulande. Die Welt ist nicht auf ihr Handicap eingestellt. Ob es Abhilfe schafft, wenn Wäscheständer aus dem Hitlergruß werden?  
Regie: Caspar-Jan Hogerzeit. Mit freundlicher Genehmigung des Vereins »Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland« Berlin 1998.

Die DVD kann kostenlos bestellt werden bei: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bereich Öffentlichkeitsarbeit  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

## Zu den AutorInnen

*Prof. Dr. Dietrich Fischer*

ist Rentner und war nach dem Studium der Volkswirtschaft in Berlin und Halle/Saale als Hochschullehrer (Dozent/Professor) in Potsdam tätig. Er ist Vorsitzender des ALV-Bildungswerkes Brandenburg e. V. – dem Bildungswerk des Brandenburger Arbeitslosenverbandes. Zugleich engagiert er sich als stellvertretender Vorsitzender im Paritätischen Bildungswerk Brandenburg e. V.

*Benno Herzog*

arbeitet als Dozent für Sprachsoziologie an der Universität Valencia. Seine Schwerpunkte liegen in Methoden der qualitativen Sozialforschung, Diskursanalyse, Migration, Integration und Rassismus. 2007 erhielt er den Forschungspreis »Valencia se solidariza« für seine Arbeit über das Bild von Immigranten in kostenlosen Printmedien. Zur Zeit promoviert er über diskursive Ausschlussmechanismen. Eine vollständige und aktualisierte Fassung seiner Publikationen und Vorträge findet sich auf: [www.traducat.net](http://www.traducat.net).

*Stefanie Holuba*

lebt als freie Publizistin in Berlin. Ihre Themenschwerpunkte sind »Faulheit und Arbeit« sowie »Politik und Geschichte des Lachens«; bisherige Buch-Veröffentlichung: »An der Grenze des Marxismus – Arbeiten Paul Lafargues« im GNN-Verlag. Weitere Informationen unter: [www.stefanieholuba.de](http://www.stefanieholuba.de).

*Rosalind Honig*

hat in Berlin Landschaftsplanung studiert und während dieses Projektstudiums das selbstbestimmte Lernen kennen- und schätzen gelernt. Die zweifache Mutter arbeitet freiberuflich als Mentorin für »Neue Arbeit« und »Neue Kultur« in Potsdam. Sie gibt Workshops und bietet Einzelberatung mit Elementen der Gestaltarbeit, der systemischen Arbeit, des Projektmanagements und der Naturerlebnispädagogik. Weitere Infos: [www.orientierungshilfe.net](http://www.orientierungshilfe.net).

*Axel Krumrey*

hat von 2002 bis 2007 Politikwissenschaft an der Universität Potsdam studiert und sein Diplom in den Schwerpunktbereichen »Politisches System« und »Politische Theorie« gemacht. Seine Diplomarbeit schrieb er zum Thema »Die NPD in Sachsen – auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft?« Seit 2007 ist er Assistent der Geschäftsführung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bisherige Publikationen u. a.: »Rotes Brandenburg mit braunen Flecken – Analyse der Kommunalwahlen in Brandenburg 2008« – RLS Reihe Standpunkte 22/2008.

*Adeline Otto*

ist Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und studiert an der Freien Universität Berlin Politik, Geschichte und Recht mit Schwerpunkt Frankreich. Sie ist Sprecherin der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE, sowie Mitglied im Netzwerk Grundeinkommen in Deutschland und der attac-AG »Genug für alle«.

*Judith Siegmund*

lebt in Berlin, ist Konzept- und Video-Künstlerin und Philosophin. 2007 erschien ihr Buch »Die Evidenz der Kunst. Künstlerisches Handeln als ästhetische Kommunikation« (transcript). Neben ihrer Arbeit als Künstlerin unterrichtete sie an den Kunsthochschulen Mainz und Hannover und an der Freien Universität Berlin. Weitere Infos: [www.judithsiegmund.de](http://www.judithsiegmund.de).

# Die Linke und die Gewalt



Die Frage der Gewalt zerreißt die Linke wie kaum etwas anderes. Zuletzt hat es Heiligendamm gezeigt. Die Linke kämpft für eine Gesellschaft ohne Gewalt und Krieg und sie trägt zugleich eine Tradition schrecklichster Formen der Gewalttätigkeit mit sich. Ihre Verweise auf die Macht der Gewalt und die Gewalt der Macht sind stichhaltig. Doch wie darauf reagieren? Mit der strategischen Position der Militanz? Radikaler Gewaltfreiheit? Einem linken radikalen Pazifismus?

Rainer Rilling (Hrsg.)

**Eine Frage der Gewalt**

Antworten von links

Texte 49 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Broschr

144 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 978-3-320-02157-3

**KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH**

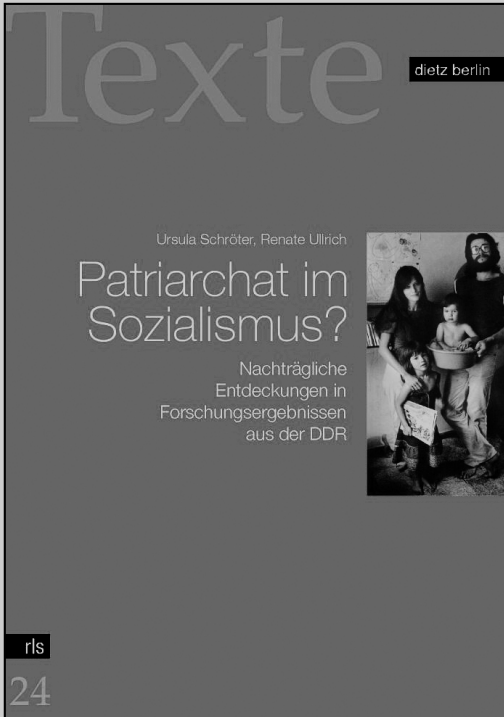
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

**dietz berlin**

# Patriarchat in der DDR



Das sozialistische Patriarchat in der DDR: Gehört es ein für allemal zum Teufel gejagt, oder darf es noch einmal in Ruhe betrachtet werden? Bietet es – allem Anschein zum Trotz – vielleicht sogar Stoff für Zukunftshoffnung? Wenn es der wirklichen – sprich: neugierigen – Kritik unterworfen wird? Ursula Schröter und Renate Ullrich, schon in der DDR in der soziologischen Forschung tätig, gestatten sich »nachträgliche Entdeckungen« und kommen zu sehr erstaunlichen Ergebnissen.

Ursula Schröter, Renate Ullrich

## **Patriarchat im Sozialismus?**

Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR

Reihe: Texte der RLS Band 24

169 Seiten, 9,90 Euro · ISBN 978-3-320-02900-5

**KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH**

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de





Das Wort Arbeit wird inflationär gebraucht, es ist zu einem großen »Alles und Nichts« geworden. Der tägliche Sprachgebrauch kennt viele Wendungen: Man geht zur Arbeit, wird zum Arbeitsessen eingeladen, man arbeitet im Haushalt, verrichtet Gartenarbeit, leistet Beziehungsarbeit, Arbeit in der Pflege von Kindern und Gebrechlichen, ehrenamtliche Arbeit und so weiter und so fort. »Arbeit« leitet sich vom mittelhochdeutschen »arebeit« her und bedeutet als solches ursprünglich Mühsal, Beschweris und Leiden. Frühere Kulturen machten denn auch aus ihrer Verachtung für die Arbeit keinen Hehl. Nur zu gern überließ man sie den Sklaven oder Leibeigenen.

Wie passt das zusammen: leben und menschenwürdig arbeiten?

ISBN 978-3-320-02198-6



9 783320 021986